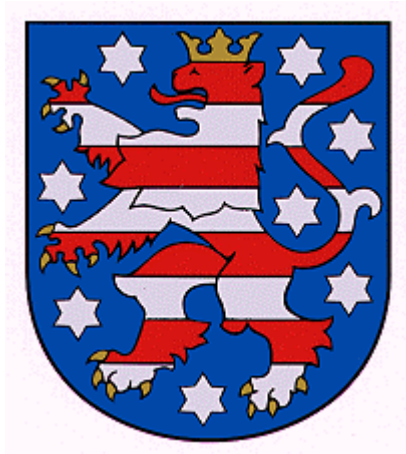


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer

Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005

Michael Edinger • Andreas Hallermann • Karl Schmitt

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	6
I. Einleitung	7
II. Gesellschaftliche Entwicklungen in Thüringen und Ostdeutschland seit dem Umbruch	9
1. Die politische Transformation in Ostdeutschland: Merkmale und theoretische Zugänge	9
2. Soziale, wirtschaftliche und politische Trends seit 1989/90	13
III. Sozioökonomische Lage und Gerechtigkeitsempfinden	22
1. Thüringen-Verbundenheit und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	22
2. Gerechtigkeit in der Gesellschaft	25
IV. Die Bilanz der deutschen Einheit	31
1. Die Bewertung der deutschen Einheit	31
2. Beurteilung von Bundesrepublik und DDR – 1990 und 2005 im Vergleich	37
3. Wie denken die Jugendlichen und jungen Erwachsenen über die DDR und die Einheit?	44
4. Wer zieht welche Bilanz der Einheit und warum?	47
V. Die Demokratiebewertung	53
1. Einstellungen zu Politik und Demokratie	53
2. Rechtsextreme Einstellungen	67
3. Die Bewertung der Demokratie und die Bilanz der deutschen Einheit	76
VI. Fazit	81
Literatur	84
Anhang: Tabellarische Übersichten	87

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Lebendgeborene, Gestorbene und Saldo in Thüringen 1985-2004	14
Abb. 2:	Wanderungen von und nach Thüringen 1989-2004	15
Abb. 3:	Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts	17
Abb. 4:	Verfügbares Jahresnettoeinkommen privater Haushalte in Thüringen je Einwohner 1991 bis 2003	18
Abb. 5:	Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 1991 bis 2004	19
Abb. 6:	Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen 1990-2004	20
Abb. 7:	Wahlbeteiligung bei den Wahlen in Thüringen 1990-2005	21
Abb. 8:	Thüringen-Wahrnehmungen im Zeitverlauf	23
Abb. 9:	Ostdeutsches Diskriminierungsempfinden nach Häufigkeit des Kontakts mit Westdeutschen	26
Abb. 10:	Sozioökonomische und soziokulturelle Deprivation im Zeitverlauf	27
Abb. 11:	Gerechtigkeitswahrnehmungen nach Priorität im Spannungsfeld von Freiheit-Gleichheit-Sicherheit	30
Abb. 12:	Präferenz für eine eigenständige DDR – nach Geschlecht, Bildung und finanzieller Lage	33
Abb. 13:	Bewertung der deutschen Einheit 2000 bis 2005	34
Abb. 14:	Vorteile der Einheit und Freude über die Überwindung der Teilung – nach Geschlecht, Bildung und finanzieller Lage	36
Abb. 15:	Bewertung von DDR und BRD 1990 und 2005 im Vergleich	38
Abb. 16:	Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der ehemaligen DDR	39
Abb. 17:	Vergleich der heutigen Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende	40
Abb. 18:	Individuelle Veränderungen im Bild der Bundesrepublik und der DDR von 1990 bis 2005	41
Abb. 19:	Saldo der Bewertungen von Bundesrepublik und DDR 1990 und 2005	42
Abb. 20:	Saldo der Bewertungen von Bundesrepublik und DDR 1990 nach Bewertung der deutschen Einheit	44
Abb. 21:	Urteile über die deutsche Vereinigung bei Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich	45
Abb. 22:	Quellen des DDR-Bildes Jugendlicher und junger Erwachsener	46
Abb. 23:	Beurteilung der deutschen Einheit nach kirchlicher Bindung	51
Abb. 24:	Entwicklung des politischen Interesses 2002-2005	54

Abb. 25:	Verhältnis zur Politik nach politischem Interesse	55
Abb. 26:	Tatsächliche legale politische Partizipation 2001 bis 2005	56
Abb. 27:	Starke politische Partizipation nach ausgewählten Wertorientierungen und politischen Wahrnehmungen	58
Abb. 28:	Typen demokratiebezogener Einstellungen im Zeitverlauf	60
Abb. 29:	Rechtsextreme Einstellungen nach Altersgruppen 2001 bis 2005	71
Abb. 30:	Rechtsextremismus nach Nähe zur DDR und Bewertung der deutschen Einheit	73
Abb. 31:	Rechtsextremismus nach Typen demokratiebezogener Einstellungen	75
Abb. 32:	Unterstützung für den Sozialismus in Theorie und Praxis – nach Demokratiebewertung	77
Abb. 33:	Entwicklung der Bewertungen von Bundesrepublik und DDR – nach Demokratiebewertung	79

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der eigenen finanziellen Lage in Thüringen im Zeitverlauf	24
Tab. 2:	Priorität: Freiheit oder Gleichheit sowie Freiheit oder Sicherheit	29
Tab. 3:	Einstellungen zum Sozialismus als Staatsidee und in der Praxis	32
Tab. 4:	Bewertungen der deutschen Einheit	35
Tab. 5:	Bewertung von Bundesrepublik und DDR – nach Beurteilung der deutschen Einheit	43
Tab. 6:	Einschätzung von Bundesrepublik und DDR 1990 und 2005 – nach Präferenz für Freiheit oder Gleichheit und Sicherheit	48
Tab. 7:	Einheitsgegner und Befragte mit großer Nähe zur DDR nach autoritären Einstellungen und Empfinden von Anomie	49
Tab. 8:	Typologie des Demokratieverständnisses	61
Tab. 9:	Unterstützung des demokratischen Systems nach Ebenen 2001 bis 2005	62
Tab. 10:	Erklärungsgrößen der Demokratieunterstützung nach Ebenen	66
Tab. 11:	Zustimmung zu den zehn Aussagen zum Rechtsextremismus 2001 bis 2005	69
Tab. 12:	Unterstützung des demokratischen Systems nach Ebenen – nach Einstellungen zur Einheit	78

Vorwort

Mit der Untersuchung zum THÜRINGEN-MONITOR 2005 liegt zum sechsten Mal eine Studie zu den politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Thüringen vor. Gemäß der bisherigen Praxis werden auch in diesem Jahr die Einstellungen zur Politik allgemein sowie die zu einem ausgewählten Schwerpunktthema einer politikwissenschaftlichen Analyse unterzogen. Im Zentrum der bisherigen Studien standen der Rechtsextremismus (2000), Jugend und Politik (2001), die Familie (2002), die Einstellungen zur Demokratie (2003) und zuletzt im Vorjahr die Bewertung des Sozialstaats und die an ihn gerichteten Erwartungen. In der diesjährigen Untersuchung analysiert das Forscherteam der Friedrich-Schiller-Universität Jena schwerpunktmäßig die Einstellungen der Thüringer zu den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen seit der deutschen Einheit.

Anderthalb Jahrzehnte nach der Vereinigung fällt diese Studie in eine Zeit, in der die Ereignisse von 1989/90 sowie der damals einsetzende Transformationsprozess wieder in das öffentliche Bewusstsein gerückt sind. Inmitten der zahlreichen Rückblicke und Zwischenbilanzen weist der THÜRINGEN-MONITOR 2005 zwei Besonderheiten auf: Zum einen folgt er bei der Auseinandersetzung mit 15 Jahren Einheit dem Blickwinkel der Bürger, analysiert ihre Wahrnehmungen und Einschätzungen, spürt schließlich den Ursachen ihrer Bewertungen nach. Zum anderen werden die Zusammenhänge zwischen den Positionen der Thüringerinnen und Thüringer zur Einheit und ihren politischen Einstellungen, insbesondere ihren Einstellungen zur Demokratie untersucht. Es ist die Hoffnung der Autoren, auf diesem Wege einen Beitrag zum besseren Verständnis der politischen Kultur im Freistaat leisten zu können.

Wie in den vergangenen Jahren lag der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung eine repräsentative Telefonbefragung zugrunde, die von „Infratest dimap“ zwischen dem 20. Juni und 3. Juli 2005 unter 1.000 wahlberechtigten Thüringer Bürgern durchgeführt wurde. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten insgesamt sowie getrennt nach Geschlecht, Bildung, Alters- und Berufsgruppen sind in dem der Studie angehängten Tabellenteil dokumentiert. Dieser Anhang ermöglicht es, viele der im Text gemachten Aussagen im Detail nachzuvollziehen.

Die Autoren danken „Infratest dimap“ und namentlich den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto für die wie immer freundliche und konstruktive Zusammenarbeit in jeder Phase des Projekts. Unser Dank geht ferner an Herrn Thomas Bauer M.A. für die Erstellung des Tabellenanhangs und für die Datenaufbereitung sowie an Frau Katharina Hochfeld für Unterstützung bei der Literatursuche.

Jena, im Oktober 2005

Michael Edinger

Andreas Hallermann

Karl Schmitt

I. Einleitung

Im Jahre 1989 haben die Bürgerinnen und Bürger der damaligen DDR sich in einer historisch beispiellosen friedlichen Revolution des SED-Regimes entledigt und damit den Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten frei gemacht, die am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde. Der Prozess der Vereinigung war und bleibt eine der eindrucksvollsten Manifestationen des politischen Freiheitswillens des deutschen Volkes in der neueren Geschichte. Er führte auf demokratischem Wege sehr rasch zur Erarbeitung und Verabschiedung demokratischer Verfassungen in Thüringen und den übrigen wieder konstituierten Ländern Ostdeutschlands und etablierte den freiheitlichen und demokratischen Verfassungsstaat als gesamtdeutsches politisches Leitbild.

Die Aufbruchstimmung der Jahre 1989 und 1990, aus der heraus der Prozess der Vereinigung begann, war stark bestimmt, mindestens aber mit getragen von der Erwartung einer raschen Angleichung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die Westdeutschlands. Sowohl der Transfer finanzieller und personeller Ressourcen von West nach Ost als auch die hohe Akzeptanz der in der Bundesrepublik konsolidierten politischen Ordnung durch die neuen Bundesbürger vor allem in den Anfangsjahren der Vereinigung waren von dieser Erwartung begleitet.

In der realen Fortentwicklung der Vereinigung zeigte sich jenseits der Schaffung demokratischer Institutionen und Verfahren indessen recht bald, dass vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich der Erfolg, das Tempo und die Folgen der Transformation nicht nur deutlich hinter den positiven, ja zuweilen euphorischen Erwartungen der Wende-Zeit zurückblieben. Vielmehr gab die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und die damit einhergehende soziale Verunsicherung den Nährboden für ein Potenzial an Unzufriedenheit ab, das auch für die demokratische Transformation nicht ohne Folgen bleiben konnte. Manifest werdende Ausländerfeindlichkeit und Neigungen zu politischem Extremismus sowie nicht übersehbare Anzeichen handfester Politikverdrossenheit begründen nach aller historischen Erfahrung die politische Sorge um eine auch in Zukunft stabile Demokratie.

Aus solcher Sorge ist um die Mitte des 20. Jahrhunderts die „politische Kulturforschung“ entstanden, die auch den Untersuchungen des THÜRINGEN-MONITORS zugrunde liegt. Mit dem Instrumentarium sozialwissenschaftlicher Umfragen geht sie der Frage nach, ob, mit welcher Intensität und mit welchen Veränderungstendenzen sich in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Politik eine Bürgerkultur ausdrückt, die dem demokratischen Verfassungsstaat verpflichtet ist – oder aber ob und gegebenenfalls in welcher Intensität sich auch mit einer demokratischen Bürgerkultur unvereinbare Einstellungen artikulieren. Die seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Untersuchungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS haben jedenfalls in dieser Hinsicht ergeben, dass zwar insgesamt und im Zeitverlauf relativ stabil von einer bei der Mehrheit der Thüringer fest verankerten demokratischen Bürgerkultur auszugehen ist. Andererseits aber machen sie deutlich, dass in einem durchaus nicht unbeachtlichen Umfang ein Bodensatz an Unzufriedenheit vorliegt, ja antidemokratisches Potenzial sichtbar wird. Um nun anhand einer differenzierteren Betrachtung der Ursachen eines solchen Einstellungsbildes auch die Frage nach möglichen politischen Konsequenzen diskutierbar zu machen, wurden neben den politischen Einstellungen im engeren Sinne jeweils zusätzlich besondere Bevölkerungsgruppen bzw. politische Themen sozusagen mit dem Vergrößerungsglas betrachtet.

Fünfzehn Jahre nach der „Wende“ ist nun aus verschiedenen Gründen ein guter Zeitpunkt, in diesem Jahr das Urteil der Thüringer über das vereinte Deutschland zu erfragen und in den Mittelpunkt des THÜRINGEN-MONITORS zu stellen. Einerseits bedarf jede lebendige Demokratie einer Erinnerungskultur, die sich in nicht zu langen Abständen dem Vergleich der Gegenwart mit dem – freilich in der retrospektiven Wahrnehmung präsenten – Gründungskonsens des Gemeinwesens stellt. Was ist, so wäre demnach zu fragen, aus den Erwartungen der Wendezeit geworden? Wie wirken sich demgegenüber veränderte Erwartungen und Wahrnehmungen auf die politischen Einstellungen der Thüringer aus? Andererseits haben die bisherigen Studien des THÜRINGEN-MONITORS zumindest Hinweise darauf ergeben, dass die Wahrnehmung der deutschen Einheit und des Transformationsprozesses seit 1990 selbst ein Faktor ist, der seinerseits bestimmte Einstellungen der Thüringer zur Demokratie bestimmt und möglicherweise erklärbar macht. Stabilisiert oder relativiert die Wahrnehmung der Vereinigung aus der heutigen Perspektive das demokratische Bürgerbewusstsein der Thüringer? Welches Bild von der Thüringer Gesellschaft zeichnet der THÜRINGEN-MONITOR 15 Jahre nach der Wiedervereinigung?

Damit sind die Grundfragen angedeutet, um die es in der Untersuchung des Jahres 2005 geht. Eingangs werden zunächst einige soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in Thüringen und Deutschland seit dem Umbruch dargelegt (Kap. II). Hierbei kann es nicht um eine auch nur annähernd Vollständigkeit beanspruchende Bilanz der Entwicklungen seit 1990 gehen; vielmehr werden einige Sachzusammenhänge entfaltet, die einerseits für die Beurteilung der Fragestellungen in den folgenden Abschnitten und andererseits als mögliche Erklärungsvariablen heranzuziehen sind. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Einstellungen zur Gerechtigkeit der Gesellschaft werden im darauf folgenden Abschnitt untersucht (Kap. III).

Den Kern der Untersuchung bilden jedoch die beiden folgenden Kapitel, die dem diesjährigen Schwerpunktthema bzw. den politischen Einstellungen gewidmet sind. Im Zentrum des Kapitels IV stehen Ausführungen dazu, wie sich die Bilanz der deutschen Einheit in den Augen der Thüringer darstellt. Sie orientieren sich an den folgenden Leitfragen: Wie wird die deutsche Einheit bewertet, wie stellt sich der Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR dar? Urteilen Jugendliche und junge Erwachsene anders über die DDR und die Einheit als Befragte, die sie aus jahrelangem unmittelbarem Erleben kennen? Wer zieht aus welchen Gründen welche Bilanz des Einheitsprozesses? Das Kapitel V behandelt schließlich die Einstellungen der Thüringer zur Politik und zur Demokratie. Dabei wird wie in allen früheren Studien auch die Verbreitung und Struktur rechtsextremer Orientierungen behandelt. Für diese sowie für eine ganze Reihe weiterer Fragen lassen sich dabei die Entwicklungen in Einstellungen über einen Zeitraum von nunmehr fünf Jahren verfolgen. Ein Fazit (Kap. VI) fasst die Ergebnisse zusammen und fragt nach möglichen Konsequenzen.

II. Gesellschaftliche Entwicklungen in Thüringen und Ostdeutschland seit dem Umbruch

1. Die politische Transformation in Ostdeutschland: Merkmale und theoretische Zugänge

Es bedarf keiner Anstrengung um festzustellen, dass das Thüringen des Jahres 2005 ein grundlegend anderes Land ist als zum Zeitpunkt der Neugründung 1990. Straßenverhältnisse, Stadtzentren oder die durchschnittliche Einkommensentwicklung – sie alle legen ebenso wie Arbeitslosenziffern und Geburtenentwicklung beredtes Zeugnis ab von einem in seiner Art beispiellosen gesellschaftlichen Umbruch (vgl. Kap. II.2). In 15 Jahren deutscher Einheit hat Thüringen wie die übrigen ostdeutschen Länder den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft vollzogen, eine in ihren Folgen dramatische Veränderung seiner Altersstruktur erfahren und sich von einem industriell geprägten Land zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickelt – um nur einige Dimensionen des Wandels zu nennen. In dieser Zeit haben die Thüringer vielfältige Erfahrungen mit einem im Vergleich zur DDR grundlegend anderen politischen, Wirtschafts- und Sozialsystem gesammelt. Zugleich haben sich diesbezügliche Einstellungen entwickelt, die vielfach mit einem sich wandelnden Bild des DDR-Regimes verbunden sind. Unter welchen Rahmenbedingungen sind die Orientierungen gegenüber dem vereinigten Deutschland und gegenüber der DDR ausgebildet und womöglich revidiert worden? Welche Relevanz kommt diesen Orientierungen anderthalb Jahrzehnte nach dem – verfassungsrechtlich so firmierenden – Beitritt der neuen Länder zum Gebiet des Grundgesetzes zu?

Die gesellschaftlichen Veränderungen in Thüringen wie in Ostdeutschland insgesamt sind Teil des umfassenderen und vielschichtigen Transformationsprozesses in den postkommunistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas. Mehr noch als letztere sind sie charakterisiert durch die hohe Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels, die klare Orientierung auf Demokratie und Marktwirtschaft sowie die Erfassung sämtlicher Bereiche des sozialen Lebens von der Wirtschaft über die Sozialversicherungssysteme bis hin zur Kinderbetreuung und den familialen Lebensformen. Die Weichen für die politische und gesellschaftliche Neugestaltung wurden nicht im Westen, sondern noch in der zu Ende gehenden DDR gestellt: zunächst mit der friedlichen Revolution des Herbstes 1989, dann – bei kontinuierlich wachsendem Einfluss der westdeutschen politischen Eliten – mit den Verhandlungen am Runden Tisch und insbesondere mit der Volkskammerwahl 1990, deren Ergebnis gewissermaßen einem Referendum zugunsten einer zügigen Herstellung der deutschen Einheit gleichkam.

Ungeachtet dieser Weichenstellungen ist der beinahe vollständige Transfer des in einem anderen gesellschaftlichen Kontext entwickelten westdeutschen Institutionensystems *die* Besonderheit der ostdeutschen Transformation. Dieser hat den Transfer von Eliten eingeschlossen – mit der Konsequenz, dass noch heute eine Mehrheit der Spitzenpositionen in den Bereichen der Ministerialverwaltung, der Justiz und Teilen der Wirtschaft und Wissenschaft durch Westdeutsche besetzt ist. Verbunden mit einer gewaltigen Kapitalhilfe in mittlerweile vierstelliger Milliardenhöhe machte der innerdeutsche Institutionen- und Elitentransfer die neuen Länder zu dem vielfach konstatierten Sonderfall unter den postkommunistischen Trans-

formationen.¹ Nicht nur im synchronen Vergleich, sondern auch in historischer Perspektive ist der Prozess der deutschen Einheit einzigartig – und auch insoweit zu Recht als „Experiment“ und „sozialer Großversuch“ (Giesen/Leggewie 1991) charakterisiert worden.²

Insgesamt ist die ostdeutsche Transformation durch die weitgehende Übertragung des westdeutschen Ordnungsmodells auf die neuen Länder geprägt worden. Diese sorgte dafür, dass westdeutsche Erfahrungen, Diskurse und Lösungsstrategien gleichermaßen omnipräsent wie dominant gewesen sind. Noch die Kontroversen etwa in der Wirtschafts-, der Sozial- oder der Verfassungspolitik folgten vielfach den aus der alten Bundesrepublik bekannten Mustern.³ Dieses Strukturmerkmal des sozialen Wandels in den neuen Ländern hat sich nicht nur auf die Makro-Ebene, also beispielsweise das politische System und die Wirtschaftsordnung ausgewirkt, sondern auch seinen Niederschlag auf der Ebene der gesellschaftlichen Vermittlungsorganisationen (Parteien, Verbände, Kirchen etc.), mitunter auch im Bereich der individuellen Lebensformen und Identitäten gefunden. Die Parteienlandschaft etwa hat sich in enger Anlehnung an das westdeutsche Parteiensystem entwickelt; der Aufbau von Interessenorganisationen auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite folgte weitgehend den Mustern der alten Länder.

Die anscheinende Neugestaltung der ostdeutschen Gesellschaft nach westdeutschen Blaupausen hat in der zu Anfang/Mitte der 1990er-Jahre prosperierenden sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung (vgl. pars pro toto die Überblicke bzw. Zwischenbilanzen von Kaase/Lepsius 2001, Kollmorgen 2003, Reißig 1998) eine Wiederbelebung von Modernisierungstheorien begünstigt. Stark vereinfacht gingen ihre Vertreter (etwa Zapf 1991) von einer allmählichen, wenngleich nicht notwendig konfliktfreien Angleichung der Strukturen und Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die westdeutschen aus. Die verspätete, weil durch die kommunistische Herrschaft teilweise unterbrochene Modernisierung Ostdeutschlands – an anderer Stelle ist mit spöttischem Unterton von „nachholender Revolution“ die Rede (Habermas 1990) – ist nach dieser Lesart auf Erfolg im Sinne der Erreichung westlicher Standards „programmiert“. Entsprechend positiv sind dann auch die Bilanzen von zehn Jahren Einheit durch die entsprechenden Autoren ausgefallen (pars pro toto Zapf 2000, bestätigend Kaase 2002).

Teils in Konkurrenz, teils komplementär zu einer solchen modernisierungstheoretischen Interpretation haben sich in Anlehnung an die Transitionsforschung akteurszentrierte Ansätze entwickelt, die vor allem den Verlauf der Systemumbrüche sowie zentrale Entscheidungen in der frühen Transformationsphase mitsamt ihren Wirkungen auf den weiteren Transformationsverlauf zu erklären versuchten. Der Regimewechsel in der DDR wurde etwa auf die sinkenden Kosten und die wachsende Rationalität des Protests (Opp 1991) oder auf die wechselseitige Verstärkung von „Exit“ (Auswanderung) und „Voice“ (Protest) zurückgeführt (Hirschman 1992). Zugleich nahmen sie die Voraussetzungen einer demokratischen Konsolidierung und die Paradoxien der gleichzeitigen Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft in den Blick.

1 In vergleichender Perspektive ist von einem privilegierten Sonderfall und der „Einheit als Privileg“ (Wiesenthal 1996) geschrieben worden.

2 Diese Terminologie ist allerdings insofern irreführend, als sie Laborbedingungen und damit stabile und fest vorgegebene Rahmenbedingungen suggeriert.

3 Die Allgegenwärtigkeit Westdeutschlands in der ostdeutschen Transformation wurde erheblich dadurch begünstigt, dass die alte Bundesrepublik bereits zu SED-Zeiten als (vorwiegend über die Medien präsente) Referenzgesellschaft für die DDR-Bürger fungiert hatte.

Es kann hier keine auch noch so kursorische Würdigung der beiden in der Politikwissenschaft dominanten theoretischen Zugänge geleistet werden (eine frühe Gegenüberstellung bei Merkel 1994). Stattdessen sei darauf verwiesen, dass sich die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Untersuchungen im Zuge der ostdeutschen Transformation verlagert haben. Vor allem zwei Entwicklungen scheinen bemerkenswert:

Erstens wird die Einheit verstärkt im Kontext der Entwicklung des vereinigten Deutschlands insgesamt analysiert. Damit richtet sich das Augenmerk zusehends auf die Implikationen des Modus und Verlaufs des Einigungsprozesses. Die Übertragung der westdeutschen Institutionen und Entscheidungsmechanismen in den Osten erscheint dabei als ambivalent: Einerseits ist sie Chance und Stabilitätsgarant gewesen, andererseits hat sie überholte Strukturen tendenziell konserviert und in der alten Bundesrepublik anstehende Reformen etwa im Bereich der Sozialsysteme verzögert (Wiesenthal 2001: 21), kurzum: sie ist (auch) durch „Rationalitätsdefizite“ charakterisiert (Lehmbruch 2002). Diese erweiterte, sozusagen bundesrepublikanisierte Perspektive auf den Einigungsprozess ermöglicht umgekehrt auch eine Binnendifferenzierung: Trotz zahlreicher prägender Gemeinsamkeiten im Transformationsprozess haben sich innerhalb Ostdeutschlands mitunter regionale Besonderheiten ergeben, die etwa einzelne „Leuchttürme“ in den neuen Ländern Westdeutschland ähnlicher erscheinen lassen als der ostdeutschen Nachbarschaft. In diesem Kontext ergeben sich zugleich Anknüpfungspunkte an das Konzept der regionalen politischen Kultur (zum Konzept Wehling 1985).

Damit ist zugleich die zweite Entwicklung angesprochen: Fragen der politischen Kultur im vereinten Deutschland und damit die subjektive Dimension des Einigungsprozesses finden seit einigen Jahren verstärkte Aufmerksamkeit im sozialwissenschaftlichen Schrifttum (pars pro toto Falter/Gabriel/Rattinger 2000, Fuchs/Roller/Weßels 1997, Gabriel 1997 und 2002, Pickel/Pickel/Walz 1998). Dieses verstärkte Interesse trägt der Bedeutung der politischen Kultur für die demokratische Konsolidierung Rechnung. Folgt man dem Ebenenmodell Merkels, so ist diese erst dann abgeschlossen, wenn – über die institutionelle, die repräsentative und die Verhaltenskonsolidierung hinaus – auch die Konsolidierung einer Staatsbürgerkultur erreicht ist (Merkel 1999: 143-169). Während die Schaffung von Verfassungen und Verfassungsorganen (institutionelle Ebene) relativ schnell erfolgen kann, beansprucht die Verankerung der Demokratie in den Köpfen und zumal in den Herzen der Bürger gemeinhin sehr viel mehr Zeit.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Notwendigkeit, die politischen Einstellungen und Orientierungen der neuen Bundesbürger in Thüringen und den anderen ostdeutschen Ländern über einen längeren Zeitraum hinweg zu verfolgen. Erst diese „Dauerbeobachtung“ vermag Aufschluss darüber zu geben, ob und in welchem Umfang sich eine nachhaltige oder gar vollständige Konsolidierung der Demokratie ergeben hat bzw. in welchen Feldern weiterhin Schwierigkeiten bestehen. Zugleich macht diese Perspektive deutlich, dass die Beschäftigung mit der „subjektiven“ Seite der deutschen Einheit auch anderthalb Jahrzehnte nach Beginn des „sozialen Großversuchs“ unabdingbar ist. Sozialwissenschaftlich sind die mit der deutschen Einheit verbundenen Erwartungen, Wahrnehmungen und Urteile gleich in mehrerer Hinsicht relevant:

a) Zunächst geben sie in Verbindung mit den politischen Einstellungen im engeren Sinn Auskunft über das Ausmaß und die Facetten der demokratischen Konsolidierung in Thüringen. Mithin versprechen sie eine Antwort auf die Frage, inwiefern innerhalb der vergleichsweise kurzen Zeit von 15 Jahren, also von nicht mehr als etwa einer halben Generation, das neue politische System jenseits seiner institutionellen und repräsentativen Verankerung über Wurzeln in der politischen Kultur Thüringens verfügt.

b) Betrachtet man (trotz der oben formulierten Vorbehalte) Thüringen als *pars pro toto* für die neuen Länder, so sind darüber hinaus – zumal bei Einbeziehung von Vergleichsdaten – Erkenntnisse über die Gemeinsamkeit zu den alten Ländern jenseits „objektiver“ Indikatoren wie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder des Lebensstandards zu erwarten. Wie unschwer ersichtlich, wird damit der Topos der inneren Einheit angesprochen: Inwiefern wächst im Bereich der politischen Kultur zusammen, was zusammengehört?

c) Insofern sich nur begrenzte Angleichungsprozesse, mitunter gar wachsende Divergenzen zu den Einstellungen Westdeutscher aufweisen lassen, wie es der Mainstream der politikwissenschaftlichen Literatur nahe legt (*pars pro toto* Gabriel 2002, zusammenfassend Edinger/Hallermann 2004: 21-27), so verspricht das diesjährige Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS Antworten auf die Frage, woher diese Unterschiede rühren. Sind sie, um eine gängige Debatte in der Literatur aufzunehmen (zusammenfassend Niedermayer 2001: 93-95), vorwiegend durch die Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation bedingt oder eher Resultat der spezifischen sozialen Situation in Thüringen bzw. in Ostdeutschland?

Die (Hinter-)Gründe für die derzeitigen Einstellungen zum vereinigten Deutschland sind von eminenter politischer Relevanz auch jenseits des wissenschaftlichen Diskurses. Dies gilt zumal dann, wenn die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Entwicklungen in den vergangenen 15 Jahren eng mit der Bewertung der DDR – und sei es ihrer retrospektiven Bewertung – verbunden ist. Entsprechende Befunde und Analysen geben Auskunft darüber, in welchen Bevölkerungsgruppen die Demokratie über ein festes Wurzelwerk verfügt und in welchen Gruppen die Wertschätzung der DDR besonders verbreitet ist. Dabei interessieren vor allem die Motive für die jeweilige Regimebewertung. Speziell für die Gruppe der jungen Erwachsenen, die nur über sehr begrenzte eigene Erfahrungen mit der DDR verfügen und die die deutsche Einigung kaum auf der Folie eines klar konturierten Bilds von der Vorwendezeit wahrnehmen, liegen dazu bislang kaum Erkenntnisse vor. Ob beispielsweise eine gewisse Affinität zur DDR aus ideologischer Verbundenheit mit dem früheren Regime herrührt, oder ob sie sich aus der Unzufriedenheit mit dem Status quo speist, dürfte beispielsweise für die schulische wie außerschulische Bildungsarbeit, aber auch für die öffentlich-rechtlichen Medien nicht ohne Belang sein.

Befunde über die subjektiven Einstellungen zum vereinigten Deutschland bestimmen den Handlungskorridor für die Politik. Dies gilt in dem ganz generellen Sinn, dass die Einstellungen zur DDR und zu den politischen Entwicklungen im vereinigten Deutschland erkennen lassen, mit welcher Akzeptanz demokratische Politik rechnen kann – auch und gerade dann, wenn sie nicht aus dem Füllhorn materieller und sonstiger Wohltaten schöpfen kann. Ganz spezifisch stellt sich aber auch die Frage nach dem Spielraum für die in der Gesellschaft als notwendig empfundenen, nach ihrer Intensität, ihrem Umfang, ihrem Adressatenkreis und ihrer Ausgestaltung jedoch heftig umstrittenen Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Anders gewendet lassen sich jene mutmaßlichen Widerstände ausmachen, auf die eine den Anspruch auf politische Führung einlösende Politik bei der Umgestaltung des Sozialstaats stoßen wird.

Kann insoweit kein Zweifel an der doppelten, sowohl sozialwissenschaftlichen als auch politischen Relevanz des Schwerpunktthemas – als Teilaspekt des ostdeutschen Transformationsprozesses – bestehen, so ist die subjektive Bewertung des vereinten Deutschlands durch die Thüringer nur vor dem Hintergrund der „objektiven“ Entwicklungen der Jahre 1990 bis 2005 zu verstehen. Daher ist der empirischen Analyse der diesjährigen Umfrageergebnisse eine knappe vergleichende Darstellung wesentlicher sozialer, ökonomischer und politischer Trends in Thüringen vorangestellt.

2. Soziale, wirtschaftliche und politische Trends seit 1989/90

Die Begleiterscheinungen der Transformation sind an zahlreichen Indikatoren abzulesen, die Auskunft über private oder öffentliche Verhältnisse ermöglichen. Auf die Veränderungen im Bereich des gesellschaftlichen Rahmens, von der Wirtschaftsordnung über das politische System bis zum Rechtssystem, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Vielmehr soll es um die Veränderungen der Gesellschaftsstruktur selbst gehen. Dazu werden im Folgenden die Bereiche Bevölkerung, Familie und Lebensformen, Arbeit und Wirtschaft sowie Politik beleuchtet. Grundlage dafür sind im Wesentlichen amtliche Statistiken, also die Angaben der Statistischen Ämter des Bundes sowie Thüringens.

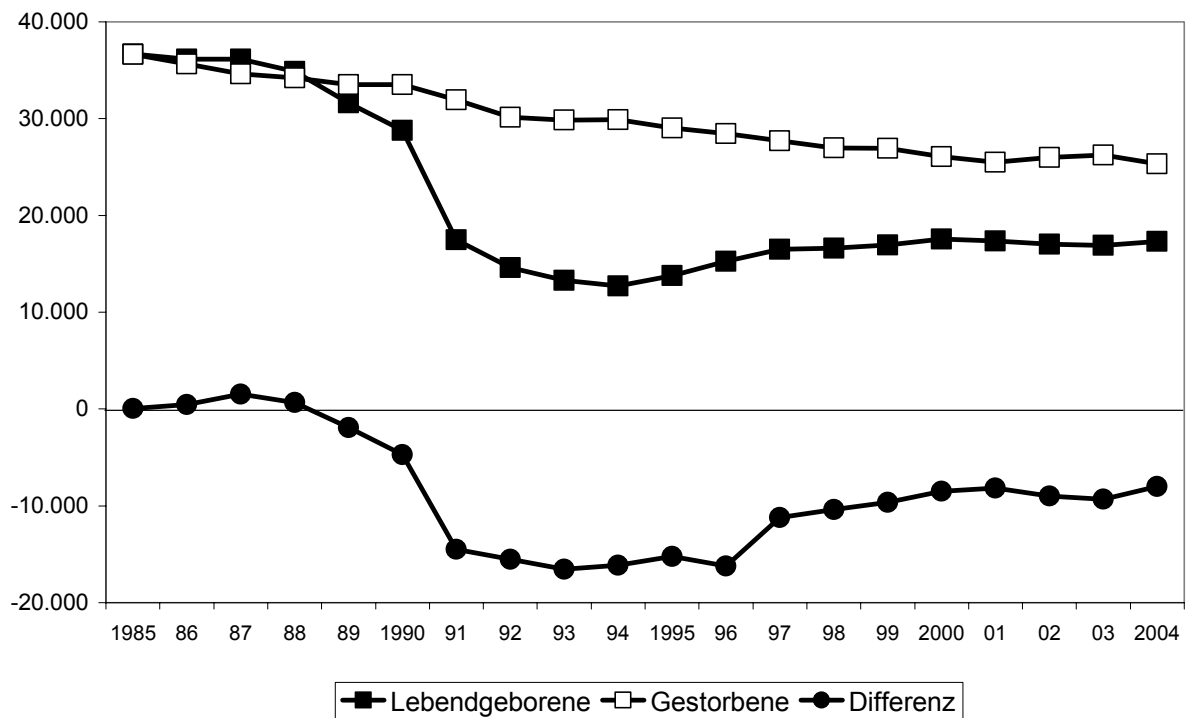
In jedem Bereich wird die Entwicklung in Thüringen seit dem politischen Umbruch 1989/90 betrachtet. Dazu werden vereinzelt Daten der Vorwendezeit genutzt, um den Transformationsprozess zu verdeutlichen. An vielen Stellen ist es darüber hinaus sinnvoll, die Daten für die gesamte Bundesrepublik sowie für West- bzw. Ostdeutschland zum Vergleich heranzuziehen. Diese Indikatoren der Begleiterscheinungen des Transformationsprozesses selbst liefern keine Informationen über Einstellungen, Motivationen, Reaktionen o. ä. in der Bevölkerung. Die aufbereiteten amtlichen Statistiken können aber im weiteren Verlauf der Untersuchung als Erklärungsmuster und Interpretationshilfe bestimmter Entwicklungen oder Einstellungen dienen und ergänzen so die aus der Umfrage gewonnenen Erkenntnisse.⁴

Bevölkerungsentwicklung

Wenn man die Bevölkerungsentwicklung eines Landes betrachtet, so muss man die natürliche Bevölkerungsbewegung auf der einen Seite von den Veränderungen aufgrund von Wanderungen auf der anderen Seite unterscheiden. Wanderungsbewegungen über die Landesgrenzen hinweg waren in der DDR nach dem Mauerbau 1961 die Ausnahme, so dass sie vernachlässigt werden können. Natürliche Bevölkerungsbewegungen, also Schwankungen der Häufigkeit von Geburten und Todesfällen, gab es natürlich auch in der DDR. Der Bevölkerungssaldo war in den 1980er-Jahren in etwa ausgeglichen.

An den natürlichen Bevölkerungsbewegungen im Verlaufe der Wendejahre kann man die einschneidenden Transformationserfahrungen in Thüringen am deutlichsten ablesen: Die Anzahl der Geburten ist 1990/91 dramatisch eingebrochen, innerhalb von wenigen Jahren hat sich ihre Anzahl mehr als halbiert. Knapp 35.000 Geburten 1988 standen im Jahre 1992 nur noch knapp 15.000 Geburten gegenüber. Der Abwärtstrend erreichte erst 1994 seinen Tiefpunkt. Nach einer Phase der Konsolidierung ist dann ab 1995 wieder ein leichter Anstieg der Geburtenziffern zu beobachten, deren Anzahl blieb aber etwa halb so hoch wie zu DDR-Zeiten.

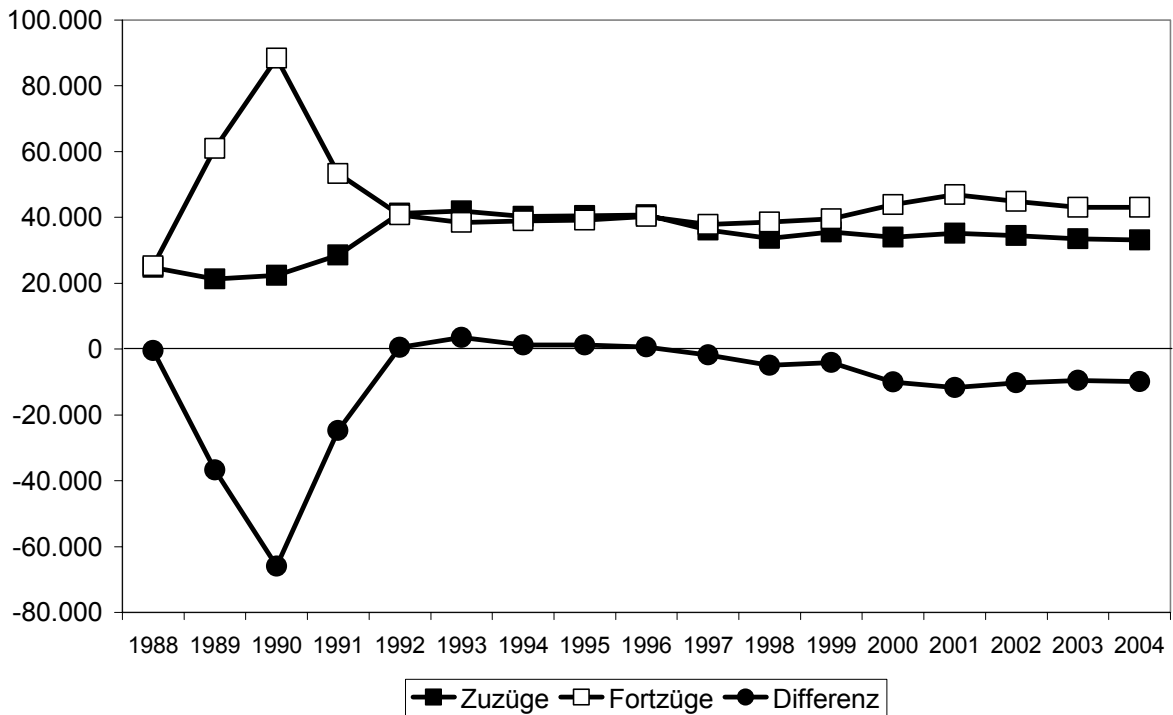
4 Die Zahlenangaben im Text, sofern sie keine explizite Quellenangabe haben, sind Angaben des Statistischen Bundesamtes bzw. des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Abb. 1: *Lebendgeborene, Gestorbene und Saldo in Thüringen 1985-2004*

Anmerkung: Die Zahlen bis 1990 beziehen sich auf die drei DDR-Bezirke Erfurt, Suhl und Gera

Dieses Phänomen des Geburtenknicks, zuweilen demographische Revolution (Dennis 1998) genannt, war zur Wendezeit überall in Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten. Es bietet sich an, diese Entwicklung als Versuch zu interpretieren, den Status quo trotz drastischer Veränderungen des sozialpolitischen Umfelds zu konservieren. Die Umbruchzeit brachte für jeden Einzelnen eine starke Veränderung der persönlichen Situation mit sich. Aufgrund der großen Unsicherheit bezüglich der Entwicklung verzichteten viele auf weitere aktive Veränderungen ihrer persönlichen Situation. Das bedeutete nicht nur den Verzicht auf Kinder, sondern gleichzeitig gingen die Anzahl der Eheschließungen wie auch der Ehescheidungen deutlich zurück. Der Kinderwunsch wurde zunehmend später realisiert, die Anzahl der Kinder pro Frau sank deutlich (vgl. TM 2002: 12). Die Anzahl der Lebendgeburten stieg im Verlauf der 1990er-Jahre wieder leicht an, ohne jedoch jemals wieder in die Nähe der DDR-Werte zu kommen. Daher verliert Thüringen seit Jahren kontinuierlich allein durch diese natürliche Bevölkerungsbewegung jährlich knapp 10.000 Einwohner. Damit liegt der Freistaat im ostdeutschen Schnitt.

Westdeutschland hat hingegen seit Jahren kleine Bevölkerungszugewinne zu verzeichnen (Statistisches Bundesamt 2004a: 27). Diese Zunahme hat jedoch keine natürliche Ursache, sondern ist wanderungsbedingt. Ein Teil dieser Wanderer kommt aus Thüringen bzw. den neuen Ländern. Im Jahre 2004 hat Thüringen nur durch Wanderungsbewegungen knapp 10.000 Einwohner verloren: 43.000 Fortgezogenen standen lediglich 33.000 Zugezogene gegenüber. Diese Zahlen sind etwa seit dem Jahre 2000 stabil. Während der 1990er-Jahre hatte Thüringen die ähnlich hohen Abwandererzahlen durch Zuwanderung kompensieren können. Der Großteil des Bevölkerungsverlusts – von 1989 bis 2004 immerhin knapp 330.000 Einwohner – ist allerdings bereits in den Wendejahren eingetreten: Allein 1990 hat Thüringen netto über 60.000 Einwohner verloren.

Abb. 2: *Wanderungen von und nach Thüringen 1989-2004*

Diese Wanderungsbewegungen sind wiederum kein spezielles Thüringen-Problem, sondern in allen ostdeutschen Ländern zu beobachten. Auch die Entwicklung der Zahlen in Thüringen ist typisch für Ostdeutschland insgesamt: In den drei Jahren zwischen 1989 und 1991 hat Ostdeutschland netto beinahe eine Million Einwohner an Westdeutschland verloren (Statistisches Bundesamt 2004b: 53). Besonders beunruhigend ist die Tatsache, dass vor allem junge Menschen Abwanderungsgedanken hegen. Knapp die Hälfte der 18- bis 24-jährigen Thüringer gibt an, wahrscheinlich oder sicher abwandern zu wollen (vgl. TM 2004: 32).

In der Kombination von natürlicher und wanderungsbedingter Bevölkerungsbewegung bleibt festzuhalten, dass Thüringen derzeit Jahr für Jahr etwa 20.000 Einwohner verliert. Vor der Wende lebten in den drei Bezirken Erfurt, Gera und Suhl kontinuierlich knapp über 2,7 Millionen Einwohner, aktuell sind es nur noch gut 2,3 Millionen. Wenigen Gewinnern unter den Thüringer Kreisen (wie etwa die Stadt Weimar) stehen viele Verlierer gegenüber. Auch wenn die Extrapolation derzeitiger Verhältnisse in die Zukunft mit sehr großer Unsicherheit behaftet ist, so ist die vermutliche Entwicklung auf alle Fälle besorgniserregend: Der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zufolge wird die Einwohnerzahl Thüringens weiter drastisch sinken, so dass bereits in etwa 20 Jahren weniger als 2 Millionen Menschen in Thüringen leben werden, die noch dazu im Durchschnitt sehr viel älter sein werden als heute. Die Herausforderungen an die Schaffung von Anreizen für Zuwanderung, an Veränderungen des regenerativen Verhaltens der Bevölkerung und insbesondere für die Anpassung der Sozialversicherungssysteme sind daher immens. Der Reformdruck auf diese Systeme entsteht aber ebenfalls durch aktuelle Probleme mit Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Familienstrukturen und Lebensformen

An den erwähnten Eheschließungs- und Ehescheidungsziiffern kann man die Verunsicherung der Thüringer in den Wendejahren gut ablesen. Wurden in den 1980er-Jahren in Thüringen

jährlich noch etwa 20.000 Hochzeiten gefeiert, so sank deren Zahl binnen zwei Jahren auf die nach der Wende durchschnittlich gezählten etwa 8.000 Hochzeiten. Noch drastischer ist die Entwicklung bei den Scheidungen: Die Anzahl von etwa 8.000 jährlichen Scheidungen zu DDR-Zeiten sank im Jahre 1991 auf nur noch ein Fünftel, gut 1.600 Scheidungen. Die Anzahl der Scheidungen auf 1.000 Bürger verringerte sich auf den historischen Tiefststand von 0,6. Während sich in den letzten 15 Jahren die Anzahl der Hochzeiten auf niedrigem Niveau stabilisiert hat, stieg die Anzahl der Scheidungen wieder deutlich an, ohne jedoch die hohen Vorwenderaten wieder zu erreichen.

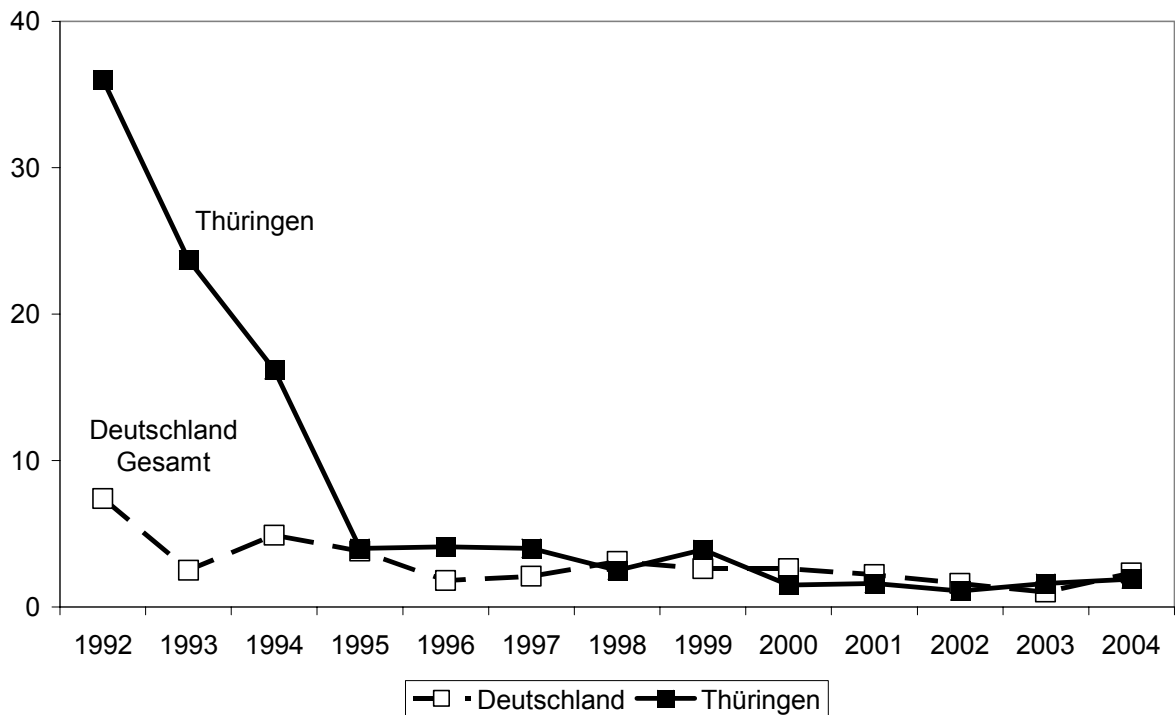
Die Struktur der Privathaushalte in Thüringen hat sich seit der Wende ebenfalls deutlich verändert. So sind die Alleinlebenden in Thüringen von etwa 260.000 im Jahr 1991 auf mittlerweile etwa 390.000 im Jahr 2004 angestiegen. Damit ist zum ersten Mal der Ein-Personen-Haushalt die häufigste Haushaltsform, knapp vor den bisher durchweg häufigsten Zwei-Personen-Haushalten. Somit lebt etwa jeder sechste Thüringer alleine, während nach wie vor die überwiegende Mehrheit in Mehr-Personen-Haushalten lebt.

Die Zahl der Alleinstehenden hat sich in Thüringen in den vergangenen 15 Jahren deutlich um etwa 15 Prozent erhöht, von 367.000 in 1991 auf 425.000 in 2004. Gleichzeitig ist die Anzahl der Ehepaare um ebenfalls etwa 15 Prozent oder 100.000 Paare zurückgegangen. Die Anzahl der Familien mit Kindern hat sich seit 1991 drastisch verringert, von fast 500.000 auf mittlerweile nur noch knapp 400.000.

Wirtschaft und Arbeit

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung Thüringens und der neuen Länder insgesamt, die hier nur schlaglichtartig beleuchtet werden kann, zeichnete sich nach der „Wende“ zunächst ein rasanter Aufholprozess ab. Für die Zeit der Wende 1989-1991 weist das Statistische Jahrbuch keine Angaben aus, allerdings ist von einem deutlichen Rückgang des BIP in den Thüringer Bezirken auszugehen (vgl. für Ostdeutschland gesamt Kollmorgen 2003a: 26). Von 1992 bis 1994 weisen die Statistiken dann für Thüringen jeweils ein zweistelliges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr aus. Der Bundesdurchschnitt lag dabei deutlich darunter, und auch der Durchschnitt der neuen Länder wurde in Thüringen ganz deutlich überboten. Bis 1994 waren in Thüringen die höchsten Zuwachsraten aller neuen Länder zu verzeichnen.

Abb. 3: *Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts
(in Prozent)*

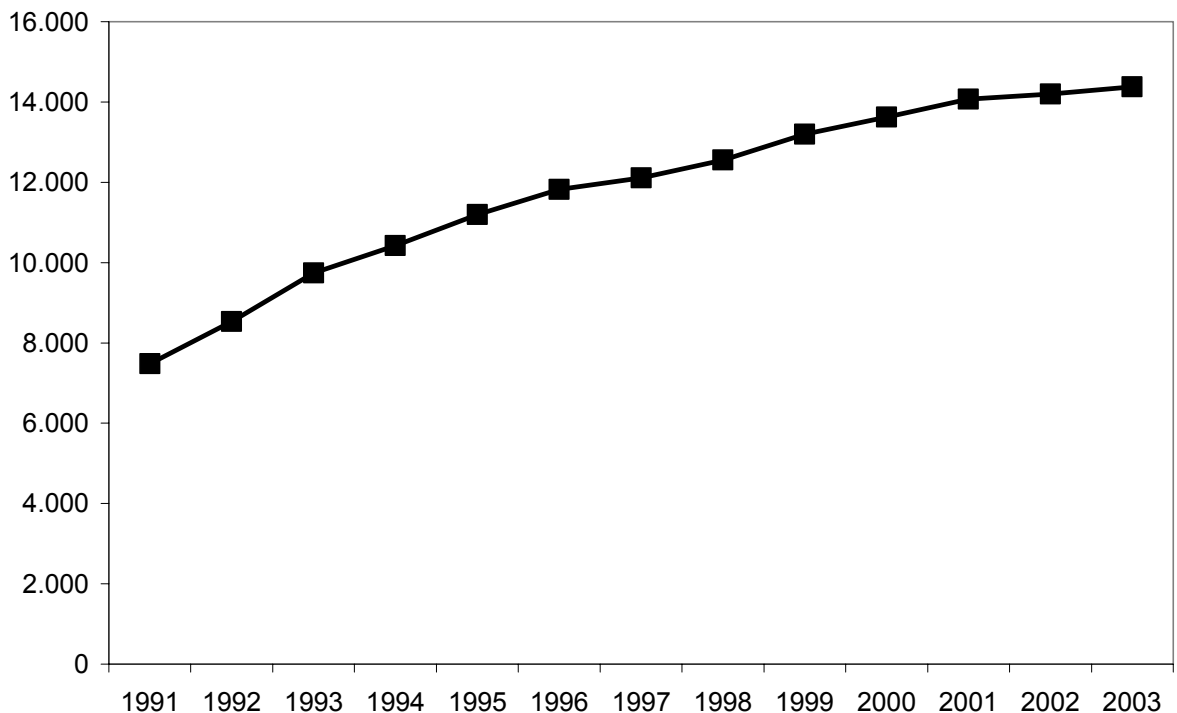


Quelle: Statistisches Bundesamt

In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre begann allerdings eine Schwächeperiode der Wirtschaft, die bis heute andauert. Die Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts wurden deutlich schwächer, und vor allem kam der Aufholprozess der neuen Länder im Vergleich zu Westdeutschland zum Erliegen. Im Zeitraum zwischen 1991 und 1994 konnte das Bruttoinlandsprodukt in Thüringen von knapp 17 Milliarden Euro auf knapp 33 Milliarden noch fast verdoppelt werden, im Jahr 2004 lag es bei gut 42 Milliarden Euro. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen konnte seit 1991 von jährlich gut 13.000 Euro auf mehr als 40.000 Euro verdreifacht werden.

Einen massiven Aufschwung erlebte – nach einem zunächst deutlichen Rückgang in den Jahren 1990 und 1991 – der Außenhandel Thüringens. Im Jahr 2003 erreichten die Ausfuhren ein Volumen von 6,3 Mrd. Euro und lagen damit um mehr als das Fünffache höher als 1992. Die Exportquote der Thüringer Industrie verdoppelte sich im selben Zeitraum auf über 25 Prozent. Sie liegt damit zwar weiterhin erkennbar unter der westdeutschen, die starke Außenhandelstätigkeit hat aber wesentlich zu den Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Indirekt kommt sie auch den Privathaushalten zugute, deren verfügbares Nettoeinkommen sich seit 1991 fast verdoppelt hat (vgl. Abb. 4), und trägt zur Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen bei.

Abb. 4: *Verfügbares Jahresnettoeinkommen privater Haushalte in Thüringen je Einwohner 1991 bis 2003*
(Mittelwerte in Euro)

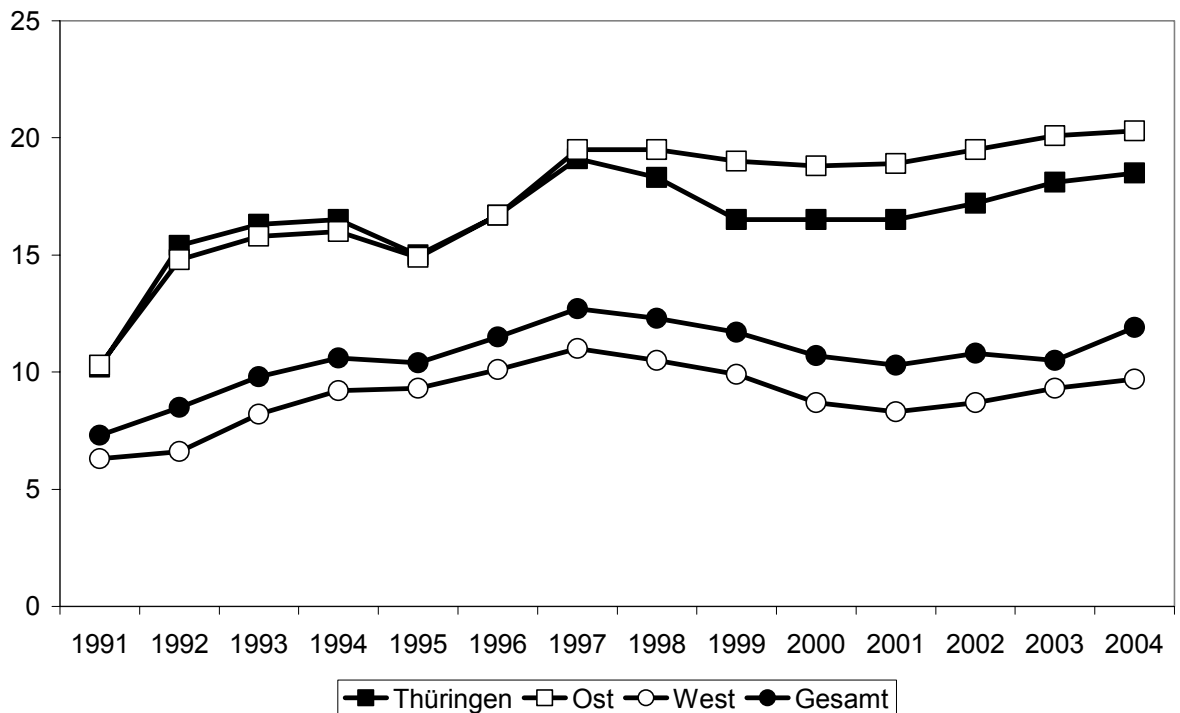


Quelle: Statistisches Landesamt

Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist bis 1997 kontinuierlich gewachsen, dann leicht zurückgegangen, um ab 2001 wieder deutlich anzusteigen. Dabei ist insbesondere ab 1997 der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland größer geworden, denn die zwischenzeitliche Erholung ist beinahe nur im Westen aufgetreten. Thüringen entwickelte sich zunächst parallel zu den ostdeutschen Ländern, aber ab 1997 gelingt hier eine leichte Verbesserung der Lage. Seit 1998 hat Thüringen im ostdeutschen Vergleich die niedrigste Arbeitslosenquote (vgl. Abb. 5). Diese ist aber etwa 2004 mit 18,5 Prozent immer noch beinahe doppelt so hoch wie im Durchschnitt der alten Länder.

Dazu kommt eine deutlich unterschiedliche Struktur der Arbeitslosen zwischen Ost- und Westdeutschland. In der DDR war die Berufstätigkeit beinahe aller Frauen im erwerbsfähigen Alter üblich und galt als selbstverständlich. Diese hohe Erwerbsorientierung war in der Nachwendezeit noch deutlich sichtbar, danach hat sich die Quote aber den westdeutschen Verhältnissen angeglichen. Im Jahr 2004 lag die Frauenerwerbsquote (bezogen auf alle Frauen) im früheren Bundesgebiet bei 44,4 Prozent, in den neuen Ländern (plus Ost-Berlin) bei 46,7 Prozent. Die ehemals hohe Frauenerwerbsquote ist heute nur noch an der vergleichsweise hohen Arbeitslosenquote von Frauen zu erkennen. Während in den alten Ländern 39,7 Prozent aller Arbeitslosen 2004 Frauen waren, waren es in den neuen Ländern 45,9 Prozent. In Thüringen lag die Quote mit 49,8 Prozent noch einmal deutlich höher.

Abb. 5: *Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 1991 bis 2004*
(in Prozent aller abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen)

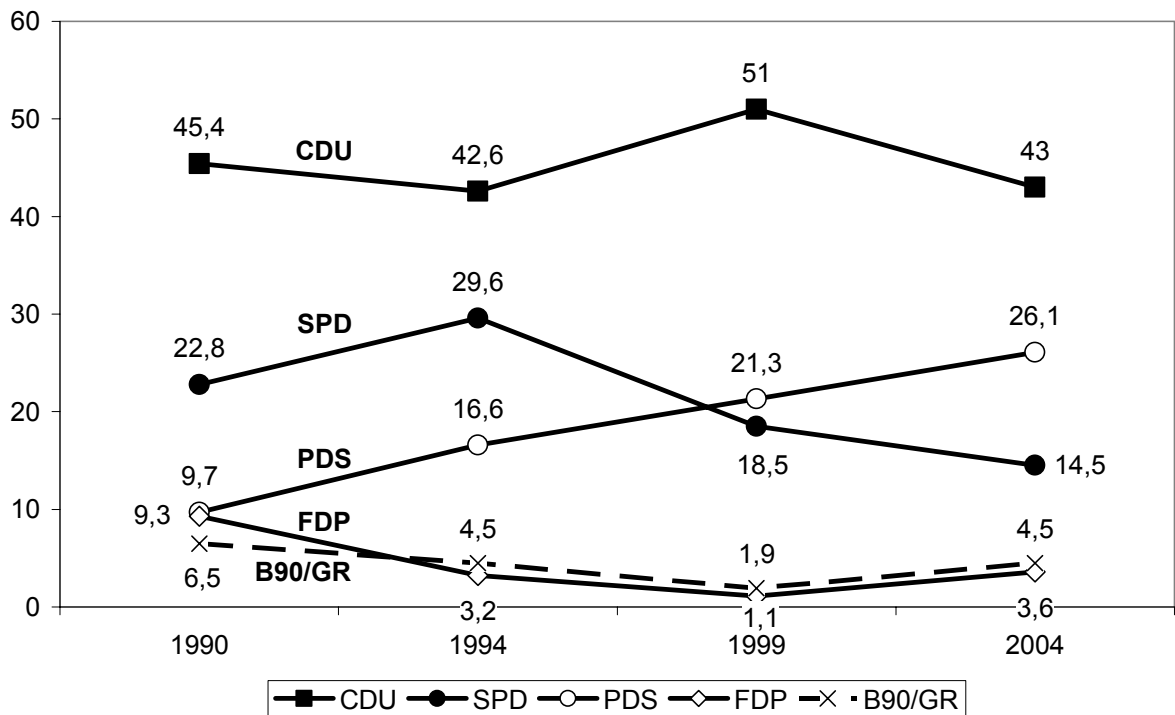


Politik

Im Verlauf des Jahres 1990 wurde in Thüringen im Wesentlichen das westdeutsche politische System etabliert. Besonders die Parteien hatten große Umstrukturierungs- bzw. Aufbauleistungen zu vollbringen, um der neuen Rolle im neuen System gerecht werden zu können. Neben organisatorischen Veränderungen schlug sich der Systemwechsel vor allem auch in der Mitgliedschaft der Parteien nieder: Die Anzahl der Parteimitglieder ging deutlich zurück. Davon waren vor allem die FDP mit ihren Vorgängerparteien und die PDS betroffen, bei denen sich die Mitgliederzahlen bereits 1991 im Vergleich zur Vorwendezeit etwa halbiert hatten. Im Jahr 2004 war die CDU mit gut 13.000 Mitgliedern die mitgliederstärkste Partei in Thüringen, gefolgt von der PDS mit knapp 9.000 Mitgliedern. Die SPD liegt seit Jahren konstant bei etwa 5.000 Mitgliedern, die FDP hat sich mit gut 2.000 Mitgliedern zuletzt deutlich stabilisiert und Bündnis 90/Die Grünen bildet mit nach wie vor knapp 500 Mitgliedern in Thüringen das Schlusslicht unter den etablierten Parteien (vgl. Niedermayer 2005: 385).

Bei den seit 1990 in Thüringen abgehaltenen Wahlen hat sich die CDU jeweils als stärkste politische Kraft erwiesen (vgl. Abb. 6). Zunächst regierte sie mit der FDP, dann in einer Koalition mit der SPD und seit 1999 mit absoluter Mehrheit. Der Stimmenanteil der SPD hat sich seit ihrer Regierungsbeteiligung in der zweiten Legislaturperiode etwa halbiert; seit 1999 ist sie hinter der PDS nur noch drittstärkste Kraft im Thüringer Landtag.

Abb. 6: *Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen 1990-2004*
(in Prozent)

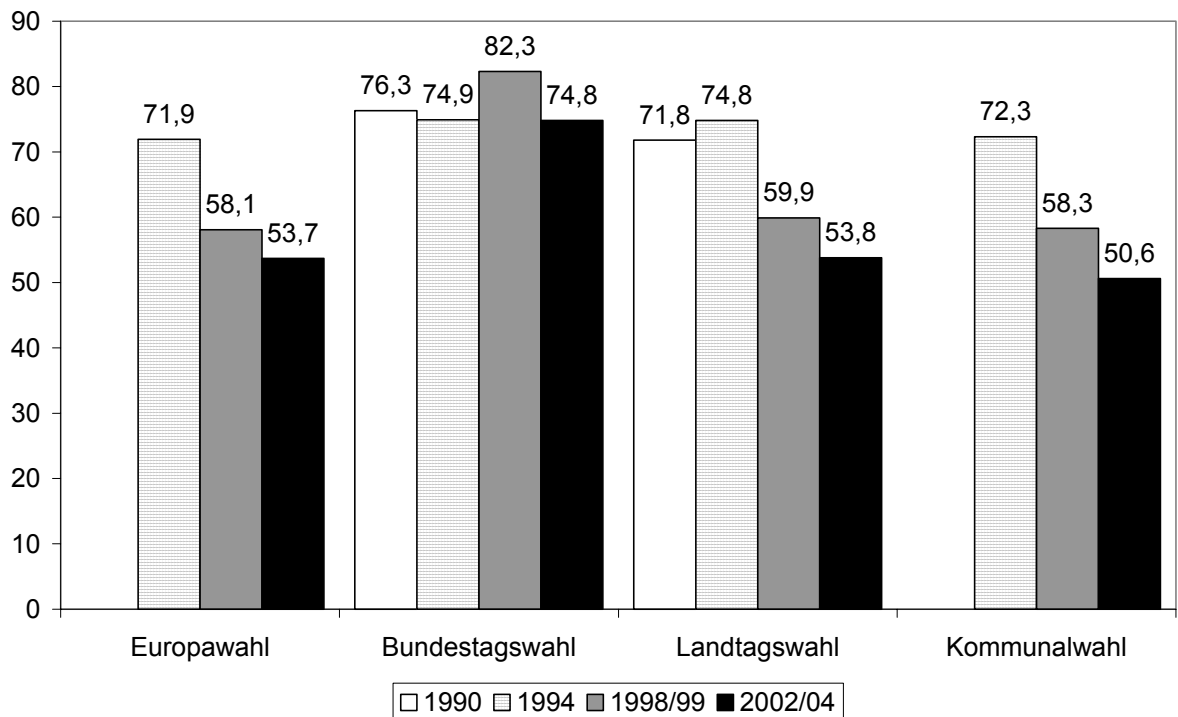


Die PDS hat ihre Position seit 1990 kontinuierlich ausbauen können und konnte zuletzt mehr als ein Viertel der Wähler für sich gewinnen. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP waren nur im ersten Landtag vertreten und scheiterten seither jeweils an der Fünfprozent-Sperrklausel. Kleinere Parteien hatten bisher keine realistische Chance, in den Thüringer Landtag einzuziehen.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen unterscheiden sich deutlich von den Ergebnissen der Bundestagswahlen. Während der CDU-Wähleranteil von 1990 bis 2002 bei Bundestagswahlen von etwa 45 auf unter 30 Prozent zurückging, konnte sich die SPD von 22 Prozent der Wählerstimmen 1990 bis auf knapp 40 Prozent 2002 kontinuierlich verbessern. Bei PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen waren die Unterschiede zwischen den Wahlen auf Bundes- und Landesebene nicht so ausgeprägt.

Ein deutlich rückläufiger Trend zeigt sich bei der Wahlbeteiligung in Thüringen (vgl. Abb. 7). Lediglich an den Bundestagswahlen haben sich kontinuierlich etwa drei Viertel aller Thüringer Wahlberechtigten beteiligt. Die Bundestagswahl 1998 hat sogar deutlich über 80 Prozent aller Bürger an die Urnen gelockt. Bei allen anderen Wahlen in Thüringen zeigt sich ein deutlicher Abwärtstrend in der Wahlbeteiligung. Nahmen 1990 und 1994 noch beinahe drei Viertel der Wahlberechtigten an den Landtagswahlen teil, so waren es 1999 und 2004 jeweils weniger als 60 Prozent. Dieses Muster ist bei Europa- und Kommunalwahlen in Thüringen gleichermaßen festzustellen.

Abb. 7: *Wahlbeteiligung bei den Wahlen in Thüringen 1990-2005*
(in Prozent)



Eine niedrige Wahlbeteiligung allein kann keine Auskunft über die Stabilität eines politischen Systems geben, wie etwa am Beispiel der USA zu sehen ist. Der Rückgang der Wahlbeteiligung im Freistaat seit Ende der 1990er-Jahre wäre aber dann durchaus bedenklich, wenn er nicht nur auf Desinteresse, sondern auch auf die Unzufriedenheit der Thüringer mit dem politischen System oder seiner Vertreter zurückzuführen sein sollte. Über diese Zusammenhänge lassen sich auf der Basis der im THÜRINGEN-MONITOR erhobenen Daten allerdings keine Aussagen treffen.

Die hier präsentierten Daten zu den sozioökonomischen und politischen Entwicklungen während der vergangenen 15 Jahre lassen Chancen für Thüringen erkennen, für die beispielhaft die Modernisierung der Infrastruktur, die wachsende Exportorientierung der Wirtschaft und insbesondere die Schaffung von „Leuchttürmen“ mit den damit verbundenen Signalwirkungen für das Umfeld stehen. Für den empirischen Sozialforscher geben die referierten Statistiken vor dem Hintergrund von aus der Umfrageforschung bekannten Zusammenhängen zugleich doch auch Anlass für eine Reihe kritischer Fragen: Inwieweit sind die berichteten Entwicklungen Ursachen oder Wirkungen von speziellen Thüringer bzw. ostdeutschen Befindlichkeiten? Der Geburtenrückgang und die nach wie vor niedrige Geburtenrate lassen auf Verunsicherung und Zukunftsängste schließen; die wirtschaftliche Entwicklung und die hohe Arbeitslosenquote dürften dem Gefühl der Benachteiligung Vorschub leisten; die deutlich zurückgehende Wahlbeteiligung könnte ein Indikator politischer Unzufriedenheit sein. Diesen Vermutungen kann man mit Hilfe einer Befragung der Thüringer nachgehen, wobei die aufgezeigten Entwicklungen dann zur Begründung einzelner Einstellungen oder Haltungen eingesetzt werden können.

III. Sozioökonomische Lage und Gerechtigkeitsempfinden

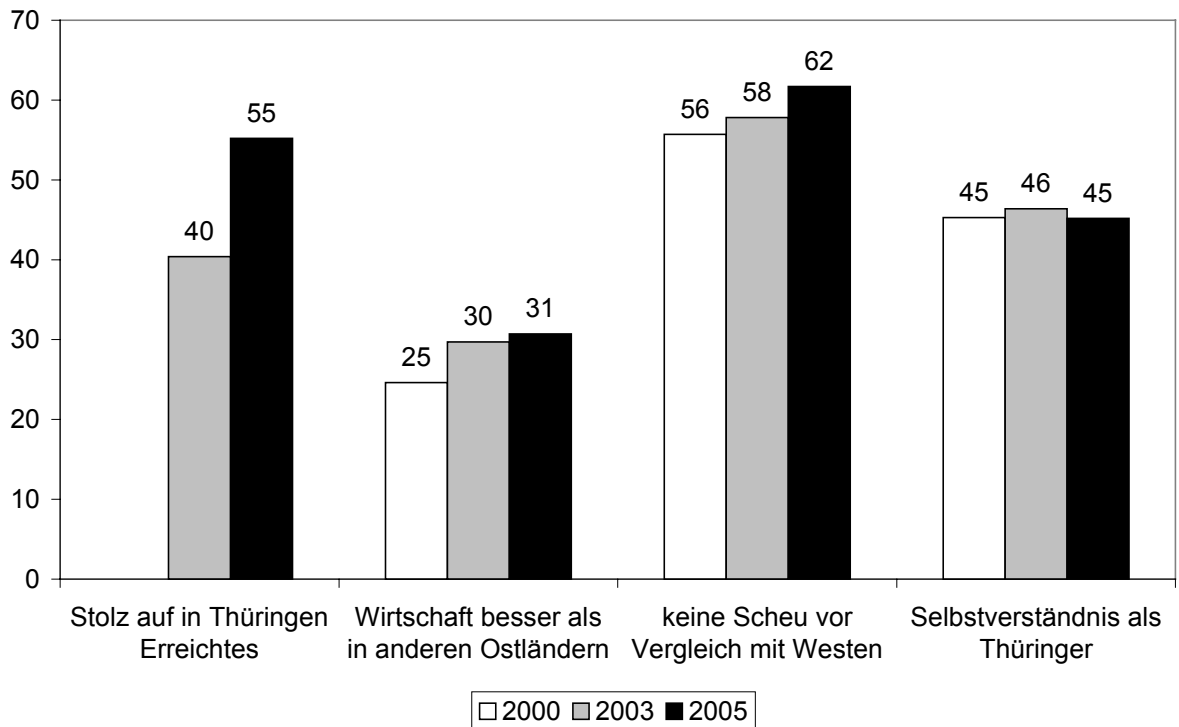
1. Thüringen-Verbundenheit und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Erkundet man fünfzehn Jahre nach dem Vollzug der deutschen Einheit, wie das Erreichte in Thüringen oder anderswo in Ostdeutschland bewertet wird, so ist der Tenor der Urteile zweifellos durch die skizzierten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungslinien geprägt. Gleichwohl wäre es verfehlt anzunehmen, dass die Einschätzungen der Bürger nichts anderes als ein Spiegelbild der etwa in Realeinkommen, Arbeitslosenquoten oder Wahlbeteiligung ablesbaren „objektiven“ Entwicklungen sind. Bekanntlich variieren die Bewertungen je nach Lebenssituation und Persönlichkeit des Befragten, hängen von Erwartungen und Erfahrungen ab, kurzum: sie sind subjektiv geprägt. Wie also fällt die Zwischenbilanz des deutschen Einigungsprozesses etwa anderthalb Jahrzehnte nach Überwindung der Zweistaatlichkeit aus? Wie sehen die Thüringer ihr Land im Jahr 15 der deutschen Einheit?

Zunächst gilt: Die Bürgerinnen und Bürger sind mehr denn je stolz auf das, was seit 1990 in Thüringen erreicht worden ist. Eine absolute Mehrheit der Befragten bekundet diese Auffassung, ein gutes Drittel zeigt sich unentschieden, während nicht einmal jeder Zehnte ablehnt. Damit hat sich der Anteil der Zustimmungen gegenüber dem Jahr 2003 deutlich erhöht. Teils dürfte sich dieser Stolz auf das Erreichte damit erklären, dass den Befragten dabei auch das eigene Wirken vor Augen steht. Ebenso bedeutsam ist aber auch die positive Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklungen seit dem politischen Umbruch. Die Aussage, dass sich die wirtschaftliche Lage in Thüringen seit der „Wende“ verbessert hat, findet eine deutliche Mehrheit. Zudem ergibt sich ein sichtbarer Zusammenhang mit dem Stolz auf das Erreichte: Je besser die wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte eingeschätzt werden, desto mehr zeigen sich die Interviewten vom Erreichten überzeugt.

Im Einklang mit diesen Befunden steht ein überwiegend positives Thüringen-Bild, das sich etwa im Selbstverständnis der Befragten ausdrückt, aber auch beim Vergleich mit anderen Ländern. Seit 2000 gibt konstant eine knappe Mehrheit der Interviewpartner an, dass sie sich in erster Linie als Thüringer fühlen (vgl. Abb. 8). Erst mit weitem Abstand folgt das primäre Selbstverständnis als Deutscher; ein knappes Fünftel der Befragten nennt eine vorwiegend ostdeutsche Identität. Wer sich vorrangig mit Thüringen identifiziert, der ist auch eher der Meinung, dass der Freistaat den Vergleich mit manchen westdeutschen Ländern nicht zu scheuen braucht, während sich kein Zusammenhang mit der Aussage zum Ostländervergleich ergibt.

Abb. 8: *Thüringen-Wahrnehmungen im Zeitverlauf*
(Zustimmungen in Prozent)



Bei beiden Vergleichen schneidet der Freistaat gut ab: Sechs von zehn Befragten sehen ihn keineswegs im Hintertreffen gegenüber Westdeutschland – ein über die Jahre hinweg recht stabiler Wert (vgl. Abb. 8). Zudem ist die Gruppe derjenigen, die die Wirtschaftsentwicklung in Thüringen positiver bewerten als die in den übrigen neuen Ländern etwas stärker als die Kontrastgruppe – bei einer erheblichen Zahl von Unentschiedenen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Relation verschlechtert, sie ist allerdings deutlich besser als im Jahr 2003. Die Wahrnehmungen Thüringens hängen untereinander zusammen: Vor allem der Ost- und der Westländervergleich korrelieren jeweils stark positiv mit dem Stolz auf in Thüringen Erreichtes. Die alles in allem ausgeprägte Thüringen-Verbundenheit gilt jedoch weder vorbehaltlos noch undifferenziert.⁵ Namentlich die jüngste Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen fällt mit ihren skeptischeren Einstellungen ein wenig aus dem Rahmen.

Während Thüringen bei seinen Bürgern hoch im Kurs steht, wird die wirtschaftliche Lage zwischen Sonneberg und Nordhausen, Eisenach und Altenburg eher nüchtern eingeschätzt, wenngleich ein wenig freundlicher als in den übrigen ostdeutschen Ländern. Nur etwa jeder vierte Thüringer betrachtet die wirtschaftliche Lage als gut, mehr als der Hälfte gilt sie als weniger gut und dem verbleibenden Viertel erscheint sie sogar schlecht. Trotz dieses eher düsteren Stimmungsbilds hat sich im Vergleich zum Vorjahr eine Aufhellung ergeben (vgl. Tab. 1). Kamen 2004 auf jede positive Einschätzung rechnerisch etwa 1,7 schlechte, ist das Verhältnis in diesem Jahr exakt 1:1 und entspricht damit ungefähr den Werten von 2002 und 2003. Damit stellt sich diese Relation jedoch weit ungünstiger dar als noch in den vorangegangenen Befragungsjahren.

⁵ So werden die Entwicklungen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen im Vergleich zur DDR durchaus negativer bewertet (vgl. ausführlicher Kap. IV.1).

Tab. 1: *Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der eigenen finanziellen Lage in Thüringen im Zeitverlauf (in Prozent)*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Allg. wirtschaftliche Lage						
(sehr) gut	39	35	23	22	19	24
weniger gut	50	51	52	58	49	53
schlecht	11	14	25	20	32	24
Eigene finanzielle Lage						
(sehr) gut	59	61	58	53	57	49
weniger gut	31	29	33	36	30	33
schlecht	10	10	9	11	13	18

Die eigene finanzielle Lage sehen die Thüringer wie in allen Jahren zuvor deutlich positiver als die allgemeine wirtschaftliche Lage: Die Befragten, die ihre eigenen finanziellen Möglichkeiten als schlecht betrachten, stellen eine Minderheit dar. Allerdings hat sich diese Minderheit seit dem Jahr 2000 fast verdoppelt. Zugleich ist der Anteil der Interviewten mit einer guten oder sehr guten Situation erstmalig knapp unter die Marke von 50 Prozent gefallen. Die Entwicklungen seit 2002/2003 vermitteln den Eindruck, dass die Thüringer die über Jahre hinweg konstatierte Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage zusehends auch in der eigenen Tasche spüren. Seit 2003 ist dabei die Zahl der Personen, die sich materiell schlecht gestellt sieht, gegenüber den in eigener Wahrnehmung gut Situierten gestiegen. Insgesamt bleiben im Vergleich zum Vorjahr eine sichtlich verschlechterte Bewertung der eigenen und eine leicht verbesserte Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zu konstatieren.

Beide Einschätzungen sind eng miteinander verknüpft, unterscheiden sich aber hinsichtlich der Gruppen, die sie äußern. Während die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen weitgehend unabhängig von bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen bewertet wird, gilt dies für die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage erwartungsgemäß nicht. Sie ist zum einen vom formalen Bildungsniveau abhängig, zum anderen von der Arbeitslosigkeit – jeweils aus der Forschung zur sozialen Ungleichheit hinlänglich bekannte Zusammenhänge. Besonders deutlich ist der kausale Zusammenhang mit der Erwerbslosigkeit: So charakterisieren 60 Prozent der Arbeitslosen ihre finanzielle Lage als schlecht, während es unter den Vollzeit-erwerbstätigen gerade einmal neun Prozent und bei den Rentnern 15 Prozent sind. Auch eine frühere Arbeitslosigkeit ist von Relevanz für die Wahrnehmung der eigenen Lage. Befragte mit einer mindestens halbjährigen Phase der Erwerbslosigkeit liegen diesbezüglich weit hinter denjenigen zurück, deren berufliche Laufbahn in dieser Hinsicht kontinuierlich verlaufen ist. Zwei Drittel der letzteren Gruppe geben eine (sehr) gute finanzielle Lage an, in der Kontrastgruppe derjenigen mit der Erfahrung von Arbeitslosigkeit ist es kaum mehr als ein Drittel.

Die eigene finanzielle Lage bzw. ihre Wahrnehmung durch die Befragten ist folgenreich. Die Ergebnisse des vergangenen Jahres haben eindrucksvoll illustriert, wie sehr der finanzielle Spielraum die Bewertung der Gesellschaftsordnung, die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat

und nicht zuletzt die Reformorientierung bestimmen. Ein besonders enger Zusammenhang konnte mit der relativen Deprivation nachgewiesen werden, also dem Gefühl, nicht den Anteil an gesellschaftlichen Gütern zu erhalten, der einem nach eigenem Urteil zustünde (TM 2004: 35). Auch 2005 hat die Einschätzung der eigenen Finanzsituation einen sehr starken Effekt auf die relative Deprivation. Wie in den beiden Vorjahren sind es die finanziell schlechter Gestellten, Arbeitslose und Befragte mit unsicherem Arbeitsplatz, die sich weit überproportional als benachteiligt empfinden. Insgesamt ist die relative Deprivation gegenüber 2004 geringfügig angestiegen: Etwa 41 Prozent der Befragten meinen etwas weniger zu haben, als ihnen zustehe; 14 Prozent sehen gar eine große Kluft zwischen Sein und Sollen. Die beträchtliche Verbreitung dieses diffusen Gefühls gesellschaftlicher Benachteiligung verweist auf die besondere Sensibilität der Thüringer für Fragen der Gerechtigkeit.

2. Gerechtigkeit in der Gesellschaft

Dass Gerechtigkeit zumal in der ostdeutschen Gesellschaft mehr als eine in Wahlkampfzeiten gerne bemühte politische Kampfvokabel darstellt, haben gerade die Ergebnisse des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS gezeigt. Wie gerecht den Bürgerinnen und Bürgern die Gesellschaft erscheint und ob sie sich gerecht behandelt fühlen, war nicht nur relevant für die Bewertung des Sozialstaats und für Ausmaß und Art der Unterstützung von Sozialreformen, sondern hatte darüber hinaus auch Einfluss auf die Bewertung der Demokratie und verschiedene politikbezogene Orientierungen (TM 2004: 72). Mit Blick auf das Schwerpunktthema des vorliegenden THÜRINGEN-MONITORS interessiert in diesem Jahr vor allem, ob die Gerechtigkeitsempfindungen in einem Zusammenhang mit den Einstellungen zur deutschen Einheit sowie den retrospektiven Bewertungen der DDR stehen.

Neben der Frage nach dem gerechten Anteil lassen sich Erkenntnisse über Gefühle der Benachteiligung noch anhand von zwei weiteren Aussagen gewinnen: der zur Gerechtigkeit in der Gesellschaft und der zur Behandlung Ostdeutscher durch Westdeutsche. Die Aussage, dass Westdeutsche Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandeln, hebt auf einen ostspezifischen Aspekt der Diskriminierung ab. Dies wird schon daraus ersichtlich, dass eine spiegelbildliche Frage an die Westdeutschen kaum sinnvoll gestellt werden könnte. Wie schon 2004 beklagen fast 60 Prozent der Thüringer eine abwertende Behandlung durch Westdeutsche. Jeder Fünfte stimmt der entsprechenden Aussage sogar vorbehaltlos zu – nach 15 Jahren staatlicher Einheit ein bemerkenswert hoher Anteil.⁶ Zugleich hat sich jedoch der Anteil entschiedener Ablehnungen merklich erhöht, sodass das Diskriminierungsempfinden im Mittel leicht zurückgegangen ist.

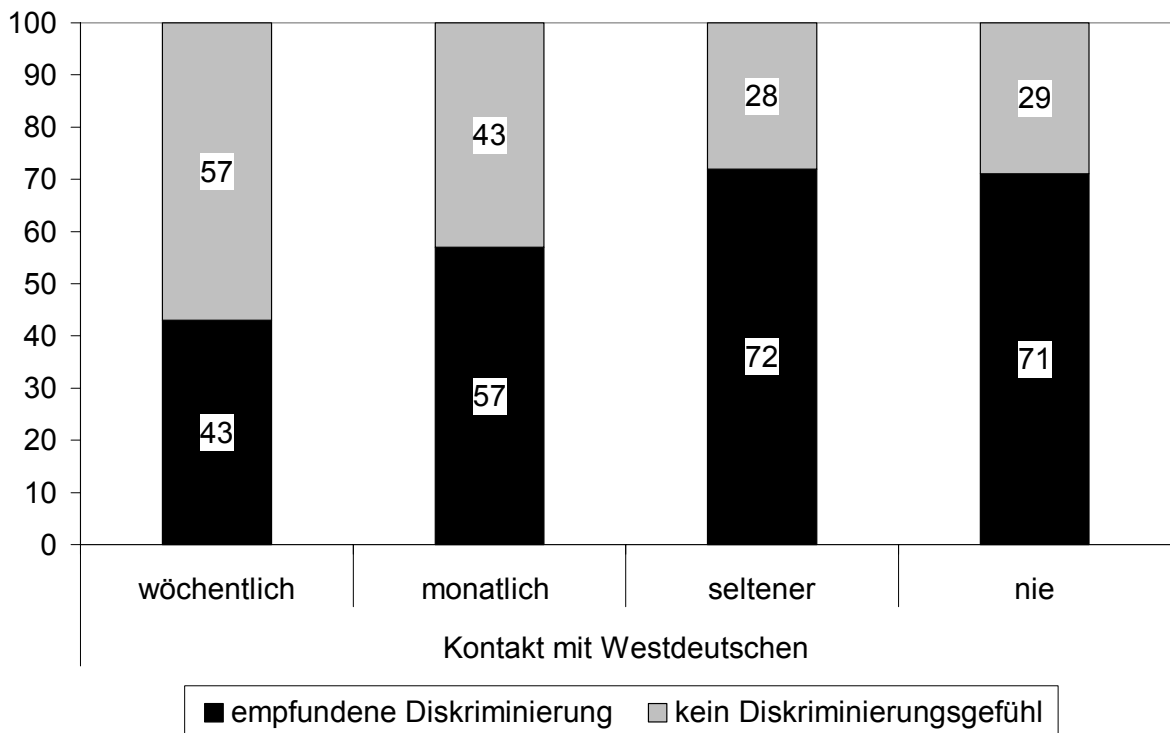
Ausweislich der aktuellen Daten dürfte ein wirksames Gegenmittel gegen die Empfindungen westdeutscher Arroganz und Diskriminierung der häufigere Kontakt mit Bürgern der alten Länder sein. So fühlt sich von den Befragten, die wöchentlich mit Westdeutschen zu tun haben, nur eine Minderheit diskriminiert. Hingegen gilt dies für fast drei Viertel derjenigen, die Bürger der alten Bundesrepublik nur aus den Medien oder aus Erzählungen Dritter kennen (vgl. Abb. 9). Für die Wahrnehmung der Westdeutschen in Thüringen bestätigt sich damit scheinbar die in der Vorurteilsforschung diskutierte Kontakthypothese. Danach verbessert sich die Einstellung gegenüber Fremdgruppen mit steigender Kontakthäufigkeit.⁷ Allerdings

6 Er entspricht allerdings durchaus den bei bundesweiten Befragungen der vergangenen Jahre ermittelten Befunden; vgl. beispielhaft Noelle-Neumann/Köcher 2002: 521.

7 Einen knappen Überblick über die Literatur und Studien zur Kontakthypothese am Beispiel der Fremdenfeindlichkeit gibt Weins 2004: 46-50.

wäre hier zu prüfen, ob nicht auch die Art des Kontakts eine Rolle spielt, also beispielsweise private Kontakte günstigere Wirkungen haben als solche am Arbeitsplatz.

Abb. 9: *Ostdeutsches Diskriminierungsempfinden nach Häufigkeit des Kontakts mit Westdeutschen (in Prozent)*

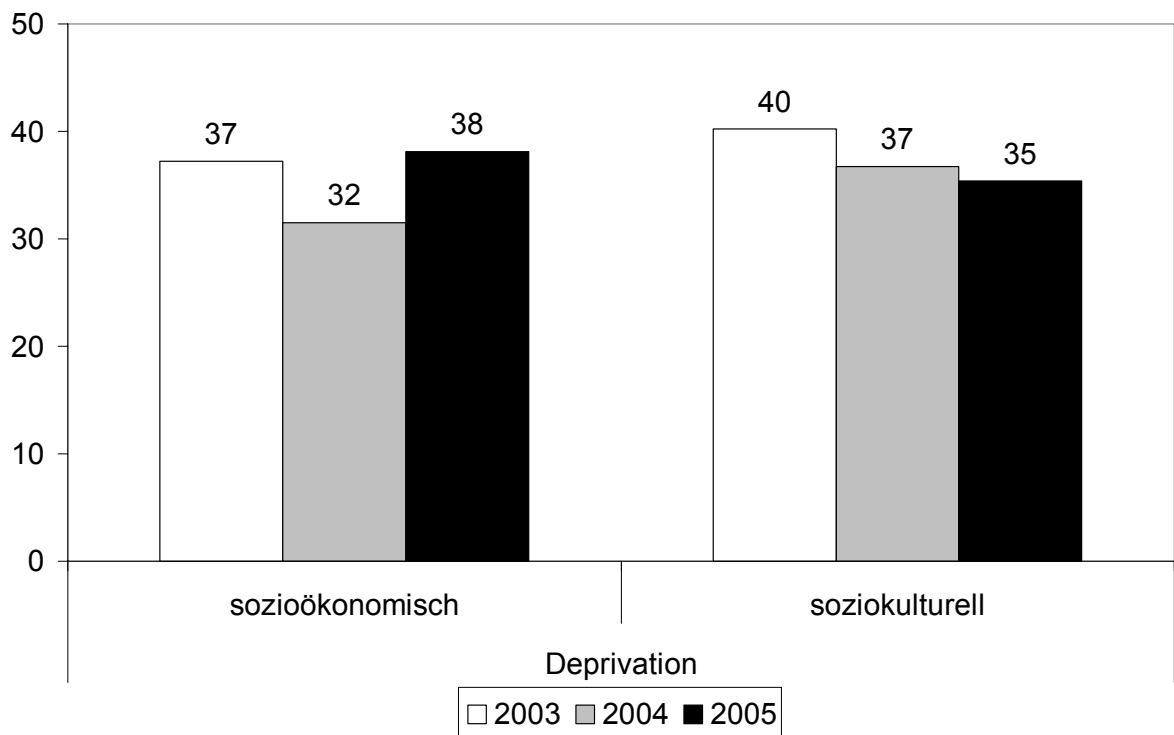


Weitgehend konstant geblieben ist die Bewertung der Gesellschaft als gerecht oder ungerecht. Wie in den beiden Jahren zuvor gilt weiterhin drei von vier Thüringern die Gesellschaft, in der sie leben, als ungerecht. Leicht positivere Urteile finden sich in den höheren Bildungsgruppen sowie unter den Vollzeitbeschäftigten, jedoch übertreffen die positiven Bewertungen in keiner Befragtengruppe die Negativurteile. Wie schon 2004 stehen die Aussagen zur gerechten Gesellschaft und zum gerechten Anteil in einem deutlich positiven Zusammenhang. Bemerkenswert ist jedoch das schon vom Vergleich der allgemeinen Wirtschaftslage mit der eigenen finanziellen Lage vertraute Muster: Während kaum ein Befragter, der sich um seinen legitimen Anteil gebracht sieht, die Gesellschaftsordnung für gerecht erklärt, gibt es umgekehrt viele Thüringer, die sich persönlich fair behandelt sehen, gleichwohl aber an der Gerechtigkeit in der Gesellschaft zweifeln. Für eine Transformationsgesellschaft wie die Thüringens, die auch nach 15 Jahren rasanten Wandels noch unter besonderem Veränderungsdruck steht, muss eine solch skeptische Wahrnehmung als schwere Hypothek gelten.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach dem gerechten Anteil zusätzliche Relevanz. Als Kernindikator für die individuelle Dimension des Gerechtigkeitsempfindens hat sie in zwei Indizes Eingang gefunden, die unterschiedliche Aspekte relativer Deprivation erfassen: den sozioökonomischen und den soziokulturellen. Als sozioökonomisch depriviert gelten Befragte in weniger guter oder schlechter finanzieller Lage, die zugleich angeben, (viel)

weniger als das ihnen Zustehende zu erhalten.⁸ Ihr Anteil beläuft sich in diesem Jahr auf 38 Prozent und liegt damit um sechs Punkte über dem Vorjahreswert und fast exakt auf dem Niveau von 2003 (vgl. Abb. 10). Hingegen sind die Werte des zweiten Deprivationsindex, mit dem die wahrgenommene gesellschaftliche Unterprivilegierung erfasst werden soll und der insofern auf die soziokulturelle Dimension von Deprivation bezogen ist, rückläufig. Dieser Index basiert auf den Aussagen zum gerechten Anteil und zur Diskriminierung Ostdeutscher durch ihre westdeutschen Landsleute. Da hier jeweils der Westen bzw. die Westdeutschen als Bezugspunkt gewählt werden, sei es ausdrücklich oder nur implizit, handelt es sich zugleich um ein Instrument zur Messung einer spezifisch ostdeutschen Deprivation. Nach diesem Index gelten diejenigen Befragten als depriviert, die sich sowohl um den gerechten Anteil gebracht als auch durch Westdeutsche diskriminiert sehen. Ihre Größenordnung ist zwischen 2003 und 2005 von 40 Prozent auf ein gutes Drittel zurückgegangen.

Abb. 10: *Sozioökonomische und soziokulturelle Deprivation im Zeitverlauf (in Prozent)*



In sozialstruktureller Hinsicht unterscheiden sich die Gruppen der Deprivierten nur unwesentlich voneinander. In beiden Fällen sind Frauen, die Altersgruppe zwischen 45 und 59 Jahren und Befragte mit einem formalen Bildungsniveau unterhalb von Abitur/EOS-Abschluss überproportional stark vertreten. Am stärksten betroffen sind jedoch die Arbeitslosen: Unter ihnen ist der Anteil derjenigen mit einem spezifisch ostdeutschen Deprivations-

8 Von dem im THÜRINGEN-MONITOR 2003 und 2004 berichteten gleichnamigen Index, der statt des gerechten Anteils die Bewertung der deutschen Einheit enthalten hat, ist hier vor allem deswegen abgewichen worden, um angesichts des diesjährigen Schwerpunktthemas die sozioökonomische Deprivation als einen Faktor zur Erklärung der Bewertung der deutschen Einheit berücksichtigen zu können (vgl. Kap. IV.4). Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, dass die Einheitsbewertung nicht bereits Teil der erklärenden Variable ist.

empfinden doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Befragten. Sozioökonomisch benachteiligt sehen sich wenig überraschend 83 Prozent der Arbeitslosen. Für die sozioökonomische Deprivation spielt zudem die Arbeitsplatzsicherheit eine Rolle: Wer seinen Arbeitsplatz als unsicher einschätzt, sieht sich mehr als doppelt so häufig sozioökonomisch benachteiligt als die Kontrastgruppe mit sicherem Arbeitsplatz. Für die spezifisch ostdeutsche Deprivation wiederum ist die Erwerbsgruppe bedeutsam: Jeder zweite Arbeiter, aber nur etwa jeder fünfte höhere Angestellte oder Beamte empfindet dergleichen.

Relative Deprivation und Gerechtigkeitswahrnehmungen stehen jedoch nicht nur mit sozialstrukturellen Faktoren und der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage in Verbindung. Prägend sind auch grundlegende Wertorientierungen, wie etwa die Prioritätensetzung bei der Trias Freiheit-Gleichheit-Sicherheit (vgl. TM 2004: 44). Diese Grundwerte sind im THÜRINGEN-MONITOR des vergangenen Jahres als Leitideen des Sozialstaats diskutiert worden. Ihre Bedeutung beschränkt sich freilich nicht auf einen Beitrag zur Erklärung sozialstaatlicher Orientierungen. Vielmehr stehen sie auch mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Wahrnehmungen und politischer Einstellungen im Zusammenhang. Dies gilt im Besonderen für die Entscheidungen im Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit sowie Freiheit und Sicherheit.

Zu den bemerkenswerten Befunden des THÜRINGEN-MONITORS 2004 gehörte – gerade im Vergleich zu den in bundesweiten Umfragen für die neuen Länder ausgewiesenen Werten – die hohe Wertschätzung der Freiheit. Hier hat sich innerhalb von nur einem Jahr eine deutliche Verschiebung in den Präferenzen zwischen Freiheit und Gleichheit ergeben. Gaben im Vorjahr noch 60 Prozent der Befragten im Entscheidungsfall der Freiheit den Vorrang, so sind es aktuell lediglich noch 48 Prozent. Gleichzeitig ist die Präferenz für Gleichheit um zehn Punkte auf 46 Prozent gestiegen. Damit liegt die Freiheit für die Thüringer in der „Rangordnung“ der Leitideen aber immer noch knapp vor der Gleichheit, und die Werte im Freistaat befinden sich weiterhin oberhalb des bislang für Ostdeutschland ermittelten Schnitts (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2004: 13).

Dass die Unterstützung der Freiheit jedoch auf schwachem Fundament steht, ergibt sich bei der Entscheidungsfrage zwischen Freiheit und Sicherheit. War die Freiheit letzterer schon 2004 klar nachgeordnet, so hat sie in diesem Jahr gegenüber der Sicherheit weiter an Unterstützung eingebüßt. Nur jeder fünfte Befragte spricht sich im Konfliktfall für sie aus; ein Jahr zuvor war es noch jeder vierte. Diese kurzfristigen Änderungen in den Präferenzen geben einen deutlichen Hinweis darauf, dass das Sicherheitsstreben unter den Rahmenbedingungen eines fortschreitenden Umbaus des Sozialstaates und womöglich auch des zusehends gegen Europa gerichteten Terrorismus wächst. Ausweislich der letztjährigen Befragung verstehen die Thüringer unter Sicherheit vornehmlich die Möglichkeit der sicheren Zukunftsplanung, die durch die womöglich noch forcierte Reform der sozialen Sicherungssysteme weiter erschwert wird. An zweiter Stelle folgt der Schutz vor Kriminalität, der mit den Bombenanschlägen in London eine neue Dringlichkeit erhalten haben könnte.

Auch bei der Kombination der beiden Entscheidungsfragen tritt die seltener gewordene Priorisierung der Freiheit deutlich zu Tage. Wie im Jahr 2004 lassen sich dabei vor allem zwei Typen gegeneinander abgrenzen, die in maximaler Distanz zueinander stehen: Befragte, die jeweils der Freiheit den Vorzug gegeben haben, und diejenigen, die sich in beiden Fällen dagegen und damit für Sicherheit und Gleichheit ausgesprochen haben.⁹ Wie sich Tabelle 2

9 Zur Begründung des Verzichts auf eine Entscheidungsfrage zwischen Sicherheit und Gleichheit vgl. TM 2004: 37, Fn. 18.

entnehmen lässt, sind die konsistent Freiheitsorientierten dabei, zu einer Ausnahmeerscheinung zu werden; nur noch gut 15 Prozent der Thüringer sind diesem Typ zuzurechnen. Demgegenüber taucht die Kombination von Sicherheit und Gleichheit nunmehr am häufigsten auf (41 %), nachdem sie im Vorjahr noch seltener anzutreffen war als die Kombination Sicherheit vor Freiheit/Freiheit vor Gleichheit.

Tab. 2: *Priorität: Freiheit oder Gleichheit sowie Freiheit oder Sicherheit*
(in Klammern: Werte von 2004)
(in Prozent aller Befragten)

Entscheidung zwischen Freiheit und Gleichheit	Entscheidung zwischen Freiheit und Sicherheit	
	Freiheit	Sicherheit
Freiheit	15 (22)	31 (35)
Gleichheit	5 (4)	41 (31)

Anmerkung: Differenz zu 100 ergibt sich jeweils aus Befragten, die sich spontan unentschieden geäußert haben

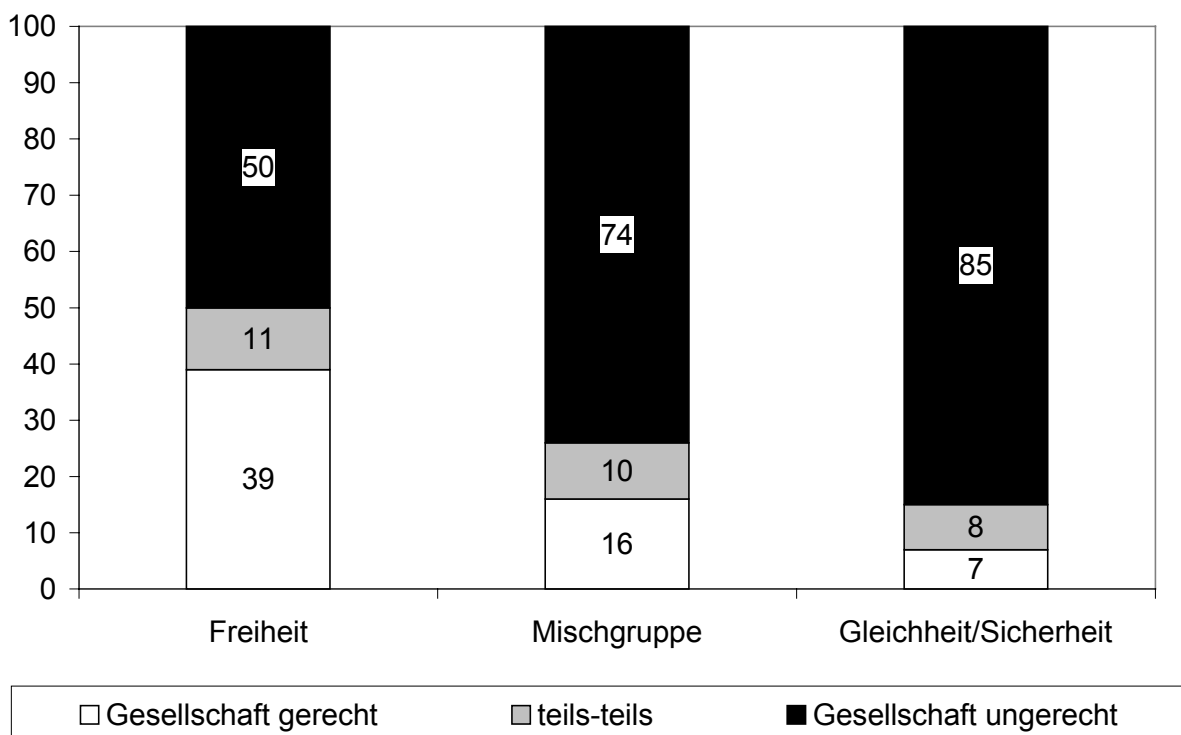
Wie im vergangenen Jahr unterscheiden sich die Präferenzen deutlich nach sozialstrukturellen Gruppen. Vereinfacht formuliert steht die Freiheit insbesondere bei den Befragten mit Abitur und/oder Universitätsabschluss, bei der jüngsten Altersgruppe und bei den Männern hoch im Kurs. Einzig unter den 18- bis 24-Jährigen sind die Befragten mit einer doppelten Präferenz für die Freiheit stärker vertreten als diejenigen mit einer Präferenz für Gleichheit und Sicherheit. Die Entscheidung zwischen Freiheit auf der einen und Gleichheit wie Sicherheit auf der anderen Seite bestimmt sich zudem nach dem Ausmaß der empfundenen sozioökonomischen und soziokulturellen Benachteiligung. Unter den Befragten ohne derartige Empfindungen sind diejenigen mit doppelter Präferenz für die Freiheit jeweils dreimal so stark vertreten wie unter den Deprivierten. Ähnlich deutlich fallen die Unterschiede zwischen Arbeitslosen und Berufstätigen aus.

Mit den skizzierten Präferenzen eng verbunden ist die Entscheidung zwischen einem freiheitlichen Staat und einem Vorsorgestaat. Insgesamt bevorzugt eine knappe absolute Mehrheit der Befragten einen Staat, der den Bürgern maximale Freiheit lässt, von ihnen aber auch Eigenverantwortung fordert (52 %). Eine starke Minderheit spricht sich hingegen für einen Staat aus, der sich um den Einzelnen kümmert, auch wenn er ihm dafür weniger Freiheiten gewährt (40 %). Die Befragten mit einer doppelten Präferenz für die Freiheit sprechen sich sehr viel deutlicher für einen liberalen Staat aus (78 %), während in der Kontrastgruppe der fürsorgliche Staat mehrheitlich Zustimmung erfährt (53 %).

Über diese Zusammenhänge hinaus lässt sich eine deutliche Wirkung der Präferenzen für Freiheit oder Gleichheit/Sicherheit auf die Gerechtigkeitswahrnehmungen nachweisen. So stehen die Einstellungen der beiden Kontrastgruppen bei der Frage, ob die Befragten einen gerechten Anteil erhalten zu haben glauben, spiegelbildlich zueinander. Während 63 Prozent der Befragten mit doppelter Präferenz für die Freiheit dies bejahen, wird es von 63 Prozent

derjenigen, die der Gleichheit und der Sicherheit Priorität einräumen, bestritten. Noch stärker ist der Effekt auf die Wahrnehmung der Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Mit 39 Prozent sind die Befragten, die die Gesellschaft für gerecht erachten, zwar auch unter den Freiheitsorientierten in der Minderheit. Im Vergleich zur Gruppe derjenigen, die Gleichheit und Sicherheit für vorrangig erachten, sind die Freiheitsorientierten jedoch fünfmal häufiger von einer gerechten Gesellschaft überzeugt (vgl. Abb. 11). Mithin bestimmen neben sozioökonomischen und kulturellen Faktoren auch die Wertorientierungen im Spannungsfeld von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit die Einstellungen der Thüringer zu Fragen der Gerechtigkeit.

Abb. 11: *Gerechtigkeitswahrnehmungen nach Priorität im Spannungsfeld von Freiheit-Gleichheit-Sicherheit (in Prozent)*



Frühere Befunde des THÜRINGEN-MONITORS lassen erwarten, dass sowohl die Gerechtigkeitswahrnehmungen als auch die Richtungsentscheidung zwischen Freiheit und Gleichheit/Sicherheit Einfluss auf die Bewertung der deutschen Einheit haben. Bevor jedoch diese Zusammenhänge untersucht werden können, sind zunächst die Urteile über die Einheit selbst sowie die Bewertung von DDR und Bundesrepublik darzustellen und zu erläutern.

IV. Die Bilanz der deutschen Einheit

1. Die Bewertung der deutschen Einheit

In diesem Jahr wurden zahlreiche Facetten der Bewertung der deutschen Einheit untersucht, die anlässlich des 15. Jahrestags den Schwerpunkt des THÜRINGEN-MONITORS 2005 bildet. Unter anderem wurde nach dem Datum der deutschen Einheit gefragt: Weniger als die Hälfte der Befragten konnten den 3. Oktober korrekt nennen. Damit zeigt sich ähnlich wie in den Vorjahren, als die Parteien im Thüringer Landtag benannt werden sollten, dass das Wissen über politische Fakten gering ist. Aber die Fakten stehen auch nicht im Vordergrund der Betrachtung, sondern die Einstellungen und Empfindungen der Menschen im Bezug auf die Einheit. Wie sind die Befindlichkeiten der Thüringer 15 Jahre nach der Wende, und wie wird die DDR im Rückblick bewertet?

Zunächst ein Blick auf das Vergangene: Eine knappe Mehrheit der Befragten findet im Rückblick an der DDR mehr gute als schlechte Seiten. Dieser Anteil ist seit 2001 immer in etwa gleich groß. Vor allem die Älteren stimmen regelmäßig mit deutlicher Mehrheit zu, während bei den Jüngeren die Ablehnung überwiegt. Das überrascht nicht, denn je länger der Lebensabschnitt ist, der in der DDR verbracht wurde, umso schwerer fällt es, dieser Zeit mehr schlechte als gute Seiten abzugewinnen. Die allgemeine Frage lässt vermutlich nur die Wenigsten an die politische Ordnung der DDR denken. Während sich jedoch die privaten Assoziationen bei dieser Frage der wissenschaftlichen Untersuchung entziehen, kann der Bezug zur politischen Ordnung zumindest teilweise erhellt werden.

Dazu steht in diesem Jahr eine Frage zur Verfügung, die die Zufriedenheit mit dem Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat, thematisiert. Diese Frage ist angelehnt an die Frage nach der Demokratie in der Praxis, die der THÜRINGEN-MONITOR und viele andere Untersuchungen verwenden, um die Verankerung der Demokratie in der Bevölkerung zu messen. Sie wird zudem häufig auf die Aussage zur Demokratie als Staatsidee bezogen (so auch hier in Kapitel V.1). Analog dazu ist im THÜRINGEN-MONITOR 2005 zusätzlich nach der Zufriedenheit mit dem Sozialismus, wie in der DDR praktiziert wurde, und darüber hinaus nach der Bewertung des Sozialismus als Staatsidee gefragt. Die gemeinsame Verteilung dieser beiden Fragen ist in Tabelle 3 dokumentiert.

Immerhin ein knappes Drittel der Thüringer vertritt die Auffassung, dass der Sozialismus die beste Staatsidee ist, während zwei Drittel anderer Meinung sind. Überraschend hoch ist die Zustimmung zum Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat: sechs von zehn Thüringern waren damit zufrieden.¹⁰ In der Kombination kann man etwa ein Drittel der Thüringer als Gegner des Sozialismus in Theorie und Praxis bezeichnen. Ein weiteres Drittel ist mit der Praxis in der DDR durchaus zufrieden gewesen, hält aber die Idee nicht für überzeugend. Etwa ein Viertel der Befragten ist von Idee und Praxis gleichermaßen angetan, während nur ein kleiner Rest die Idee verteidigt, aber von der Praxis in der DDR abrückt.

10 Diese Frage ging nur an Befragte, die mindestens 30 Jahre alt sind, da die Jüngeren über den real existierenden Sozialismus kaum aus eigener Anschauung urteilen können.

Tab. 3: *Einstellungen zum Sozialismus als Staatsidee und in der Praxis
(in Gesamtprozent)*

Sozialismus in der Praxis	Sozialismus als beste Staatsidee		Gesamt
	Lehne völlig oder überwiegend ab	Stimme überwiegend oder völlig zu	
Sehr oder ziemlich unzufrieden	32,6	6,0	38,6
Sehr oder ziemlich zufrieden	35,2	26,2	61,4
Gesamt	67,8	32,2	100,0

Trotz der großen Unterstützung für den Sozialismus, wie er in der DDR bestanden hat, möchte wie im Vorjahr nur gut jeder fünfte Thüringer auch zur sozialistischen Ordnung zurückkehren. Zwei Drittel dieser Befragten halten den Sozialismus für die beste Staatsidee, möchten also aus ideologischen Gründen zurück; für ein Drittel geben andere Gründe den Ausschlag. Mit der Praxis des Sozialismus in der DDR waren 80 Prozent der Befragten zufrieden, die zum Sozialismus zurück möchten; beinahe alle in dieser Gruppe sahen mehr gute als schlechte Seiten in der DDR.

Ebenso wie die Wenigsten zurück zur sozialistischen Ordnung wollen, ist die Alternative einer eigenständigen DDR nur wenig attraktiv: Lediglich einer von sieben Thüringern zieht eine eigenständige DDR dem vereinigten Deutschland vor. Zwischen den beiden Gruppen der Befürworter einer eigenständigen DDR und der „Rückkehrwilligen“ besteht eine große Schnittmenge, sie sind aber nicht deckungsgleich: Ein geringer Prozentsatz der Befragten findet die Wiedervereinigung besser als eine eigenständige DDR, möchte aber dennoch zu einer sozialistischen Ordnung zurückkehren.

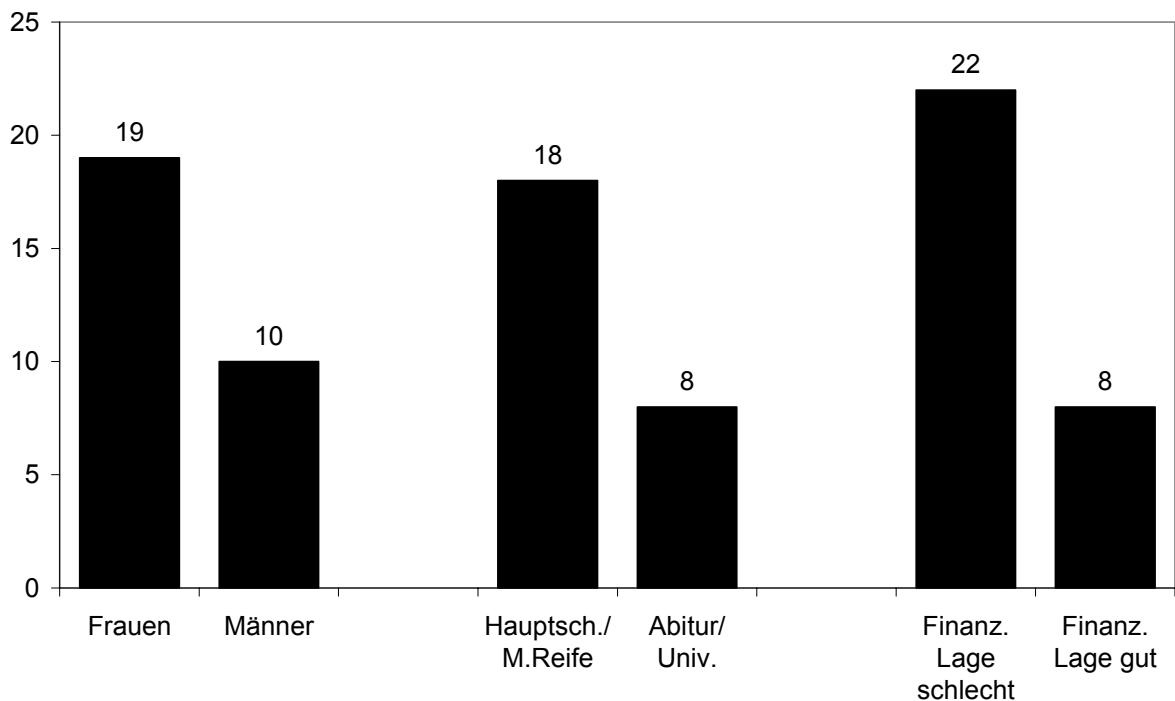
Analog zur breiten Ablehnung einer eigenständigen DDR gaben in Thüringen auch drei Viertel der Befragten an, die Wende als Befreiung von der SED-Herrschaft empfunden zu haben. Dieses Gefühl der Befreiung impliziert, dass die Wiedervereinigung für besser gehalten wird als eine eigenständige DDR. Umgekehrt jedoch spricht auch von den Anhängern einer eigenständigen DDR fast jeder Zweite von Befreiung. In diesem Schnittbereich ist möglicherweise ein gewisses Unterstützungspotenzial für einen Dritten Weg zwischen den politischen Systemen von Bundesrepublik und DDR zu sehen.

Der Wunsch nach einer eigenständigen DDR ist erwartungsgemäß nicht in allen Bevölkerungsgruppen in gleichem Umfang anzutreffen. Auch wenn die Unterschiede nicht übermäßig groß sind, so kann man auch an dieser Frage erkennen, welche Bevölkerungsgruppen die meisten Probleme mit der Wiedervereinigung haben: Immerhin jede fünfte Frau hält rückblickend eine eigenständige DDR für die bessere Alternative. Ähnliche Anteile finden sich auch bei den formal schlechter Gebildeten und bei den Befragten, deren finanzielle Lage weniger gut oder schlecht ist (vgl. Abb. 12).

Die älteren Befragten über 60 Jahre sprachen sich besonders nachdrücklich für die Vereinigung und gegen die Eigenständigkeit der DDR aus. Das gleiche gilt für Angehörige einer

Konfession, gleich ob katholisch oder evangelisch, und für diejenigen, die in größeren Städten leben. Auf dem Land hat die DDR mehr Anhänger als in der Stadt, was wahrscheinlich durch eine gewisse Konzentration formal gut Gebildeter etwa in Universitätsstädten und eine bessere wirtschaftliche Entwicklung in den urbanen Zentren zu erklären ist. Die Berufstätigkeit hat nur einen geringen Einfluss auf diese Einstellung, wobei aber Arbeitslose tendenziell häufiger zu einer eigenständigen DDR neigen als andere. Das trifft auch auf Eltern zu, die Kinder im eigenen Haushalt haben. Die Einstellungen dieser beiden letzten Gruppen, Arbeitslose und Eltern, könnten durch stärkere negative „Wende“-Erfahrungen erklärt werden, die etwa durch den Wegfall der DDR-Vollbeschäftigung und der DDR-Kinderbetreuung verursacht wurden.

Abb. 12: *Präferenz für eine eigenständige DDR – nach Geschlecht, Bildung und finanzieller Lage (in Prozent)*

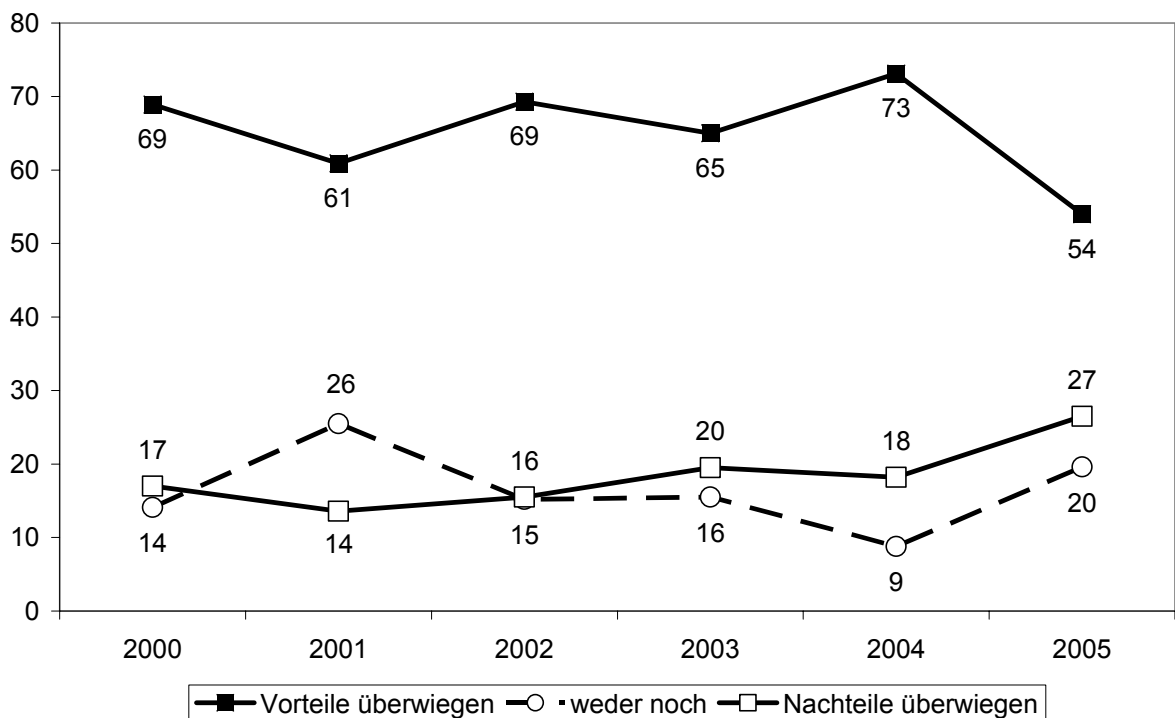


Von einer großen Mehrheit der Bevölkerung jedoch wird die Vereinigung für richtig gehalten, eine eigenständige DDR abgelehnt. Dennoch können über die Gestaltung der deutschen Einheit unterschiedliche Meinungen bestehen, sowohl über die bisherige wie über die zukünftige Entwicklung. Wie bewerten also die Thüringer die deutsche Einheit? Sehen Sie mehr Vorteile oder mehr Nachteile für sich, betrachten Sie die Entwicklung mit Freude oder Sorge, haben sich ihre Hoffnungen erfüllt?

Die bisherige Standardfrage des THÜRINGEN-MONITORS zur Bewertung der deutschen Einheit ist diejenige, ob die Befragten mehr Vorteile oder mehr Nachteile sehen. In diesem Jahr fällt diese Bilanz der Befragten etwas negativer aus als in den vergangenen fünf Jahren: Nur noch gut die Hälfte der Thüringer sieht für sich persönlich mehr Vor- als Nachteile, bei einem guten Viertel ist es umgekehrt (vgl. Abb. 13). Bislang sah von 2000 bis 2004 immer eine große Mehrheit der Thüringer mehr Vorteile als Nachteile der Einheit. In diesem Jahr wird

diese Reihe insofern etwas unterbrochen, als die Abweichung von den Vorjahren deutlicher ist als sonst. Zwar urteilt immer noch eine absolute Mehrheit der Befragten positiv, aber die negativen Urteile und auch der Anteil der Unentschiedenen sind deutlich angestiegen. Daraus lässt sich aber nicht auf einen Abwärtstrend schließen, war doch das Urteil im letzten Jahr überdurchschnittlich positiv ausgefallen. Betrachtet man aber die Entwicklung des Anteils derjenigen, die mehr Nachteile sehen, wird klar: Die Einheit wird von mehr und mehr Thüringern skeptisch oder negativ bewertet; mit kleineren Abweichungen wächst dieser Bevölkerungsteil kontinuierlich.

Abb. 13: *Bewertung der deutschen Einheit 2000 bis 2005*
(in Prozent)



Worin liegen die Ursachen für diese Entwicklung, welche Faktoren geben den Ausschlag für die Bewertung der Einheit? Die wichtigste Ursache kann man in der bereits beschriebenen Einschätzung der eigenen finanziellen Situation sehen. Sie hat einen großen Einfluss auf die Bewertung der Einheit, weit größer als die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Fast 60 Prozent der Befragten mit schlechter finanzieller Lage sehen mehr Nachteile, während es bei guter finanzieller Lage nur knapp zehn Prozent sind. Ein Teil der Verschlechterung in der Bewertung der deutschen Einheit in diesem Jahr geht also darauf zurück, dass der Anteil Befragter mit schlechter finanzieller Lage zugenommen hat. Frauen, Befragte in den mittleren Altersgruppen und formal weniger gut Gebildete bewerten die Einheit wie in den Vorjahren deutlich skeptischer. Der Rückgang im Anteil derjenigen, die mehr Vorteile sehen, ist aber im Vergleich zum Vorjahr in allen soziodemographischen Gruppen ähnlich festzustellen.

Diese Frage nach den Vor- bzw. Nachteilen der Einheit hängt sehr eng mit der Frage zusammen, ob bei den Thüringern eher die Freude, dass die Teilung überwunden ist, oder die Sorge über die Probleme, die mit der Wiedervereinigung verbunden sind, überwiegt. Wenn man beide Fragen kombiniert, sieht die größte Gruppe der Thüringer mehr Vorteile und

empfindet Freude über die Vereinigung: Ein gutes Drittel sind solche klaren Einheitsbefürworter. Etwa jeder fünfte Thüringer betrachtet die Einheit sehr skeptisch und macht sich deshalb Sorgen. Die drittgrößte Gruppe schließlich sieht für sich Vorteile, die Sorgen über die Probleme überwiegen aber gleichzeitig die Freude (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: *Bewertungen der deutschen Einheit*
(in Gesamtprozent)

	Sorge	Beides	Freude	Gesamt
Nachteile überwiegen	20,6	1,7	3,9	26,2
Weder - noch	8,7	3,8	7,1	19,7
Vorteile überwiegen	14,0	3,7	36,4	54,1
Gesamt	43,3	9,2	47,5	100,0

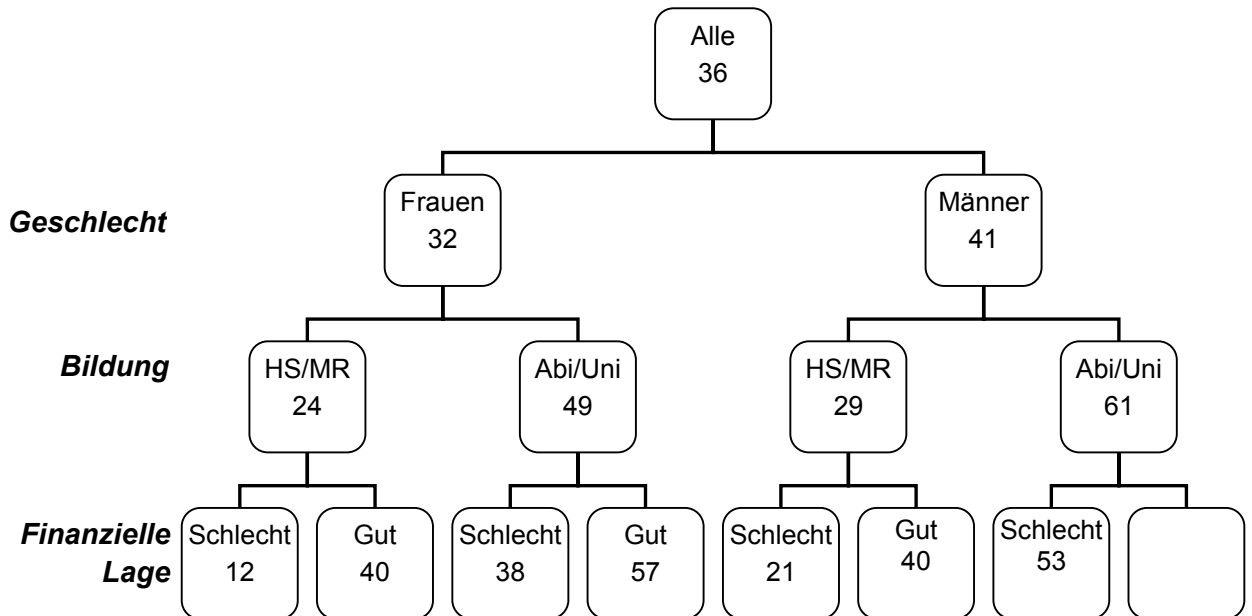
Ein Blick auf die größte Gruppe der Einheitsbefürworter zeigt den erwarteten Zusammenhang mit den bereits erwähnten Einstellungen zur DDR. Fast alle (97 %) ziehen die Vereinigung einer eigenständigen DDR vor, 95 Prozent wollen nicht zur sozialistischen Ordnung zurückkehren, nur 15 Prozent halten den Sozialismus für die beste Staatsidee und eine deutliche Mehrheit von etwa 60 Prozent waren mit dem Sozialismus der DDR nicht zufrieden. In der Gruppe der Einheitsgegner ist jeweils etwa die Hälfte der Befragten für eine eigenständige DDR, will zurück zur sozialistischen Ordnung und hält den Sozialismus für die beste Staatsidee. Fünf von sechs Einheitsgegnern waren mit dem Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat, zufrieden.

Wie bereits beschrieben, unterscheiden sich Männer und Frauen, hoch und gering Gebildete sowie Gutsituierte und finanziell Schwache in der Bewertung der deutschen Einheit besonders stark voneinander. In der Kombination dieser Merkmale ergeben sich dann für Einheitsgegner bzw. -befürworter gleichermaßen scharfe sozialstrukturelle Profile. Während insgesamt 36 Prozent der Thüringer mehr Vorteile als Nachteile der Einheit sehen und Freude statt Sorge empfinden, zeigen sich schon bei der Unterscheidung nach Geschlecht deutliche Unterschiede (vgl. Abb. 14). Bei Männern und Frauen wird die Einheit bei hoher Bildung gleichermaßen besser bewertet als bei niedriger Bildung. Allerdings bleibt der Geschlechterunterschied erhalten. Die persönliche finanzielle Lage schließlich hat insgesamt den größten Einfluss auf die Bewertung der Einheit. Dieser Einfluss ist aber nicht in allen Gruppen gleich, sondern er ist einerseits bei Frauen stärker als bei Männern, andererseits bei formal schlecht Gebildeten stärker als bei hoch Gebildeten. In der Summe ist der Anteil der Einheitsbefürworter bei den gut situierten, hoch gebildeten Männern mit 64 Prozent gut fünf Mal so hoch wie bei den finanziell schwachen, niedrig gebildeten Frauen (12 %).

Einheitsbefürworter unterscheiden sich also von den Einheitsgegnern im Wesentlichen dadurch, dass sie über mehr „Kapitalien“ verfügen, um etwaige Verwerfungen im Zuge der Vereinigung zu kompensieren. Sie haben außerdem vergleichsweise weniger Vorteile aus DDR-Zeiten bei der Vereinigung eingebüßt. In dieses Bild passt der Zusammenhang von Einheitsbewertung und Alter: Bei den Jungen unter 30 Jahren ist eine knappe Mehrheit den Einheitsbefürwortern zuzurechnen. Dieser Anteil nimmt dann mit steigendem Alter ab, um in

der ältesten Gruppe der über 60-Jährigen wieder über den Durchschnitt anzusteigen; die Rentner zählen überdurchschnittlich oft zu den (materiellen) Gewinnern der Einheit (vgl. auch Geißler 2002: 103).

Abb. 14: *Vorteile der Einheit und Freude über die Überwindung der Teilung – nach Geschlecht, Bildung und finanzieller Lage (in Prozent)*



Lesehilfe für das Kästchen unten links: Von allen Frauen mit Hauptschulabschluss (HS) bzw. Mittlerer Reife (MR), deren finanzielle Lage schlecht ist, sehen 12 % mehr Vorteile und es überwiegt die Freude über die Überwindung der Teilung.

Ein dazu passendes Ergebnis erbrachte die Frage danach, ob sich die mit der Einheit verbundenen Hoffnungen erfüllt haben: Für sechs von zehn Thüringern haben sich die Hoffnungen im Wesentlichen erfüllt, ein Drittel findet sie nur in geringem Maße, die übrigen gar nicht erfüllt. Bei fünf von sechs Einheitsgegnern haben sich die Hoffnungen nicht erfüllt, bei neun von zehn Einheitsbefürwortern haben sie sich erfüllt.

Will man die Bewertung der deutschen Einheit aufgrund der berichteten Fragen zusammenfassen, so könnte man vom Unglück im Glück sprechen: Die Vereinigung wird der Alternative einer eigenständigen DDR von fast allen Thüringern vorgezogen. Bei der konkreten Umsetzung sind die Meinungen aber gespalten. Sie reichen von deutlicher Zustimmung zur Art und Weise, wie die Vereinigung politisch gestaltet worden ist, bis hin zu offener Ablehnung. In das aktuelle Bild der deutschen Einheit mischt sich also in die grundsätzliche Befürwortung auch eine große Portion Skepsis. Besondere Distanz zum gegenwärtigen Weg ist bei Frauen, gering Gebildeten und wirtschaftlich Schwachen zu erkennen, also bei denjenigen, die bei der Vereinigung am wenigsten profitiert haben und über geringere Mittel verfügen, ihre Lage eigenverantwortlich zu verändern.

2. Beurteilung von Bundesrepublik und DDR – 1990 und 2005 im Vergleich

Die bislang präsentierten Daten haben die Bewertung der deutschen Einheit durch die Thüringer bereits deutlich werden lassen. Allerdings hat die Aussagekraft dieser Daten auch ihre Grenzen. Für Thüringen sind lediglich Wiederholungsbefragungen unterschiedlicher Personen seit 2000 für den THÜRINGEN-MONITOR durchgeführt worden. Diese Daten geben Auskunft über veränderte Zustimmungsraten der Bevölkerung zu verschiedenen politischen Fragen, lassen aber keine Schlüsse auf *individuelle* Veränderungen zu. Solche Angaben über die Bewertung der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der deutschen Einheit könnte man nur dann treffen, wenn man jedes Jahr seit 1989/90 bis heute wiederholt dieselben Personen nach ihren Einstellungen gefragt hätte.

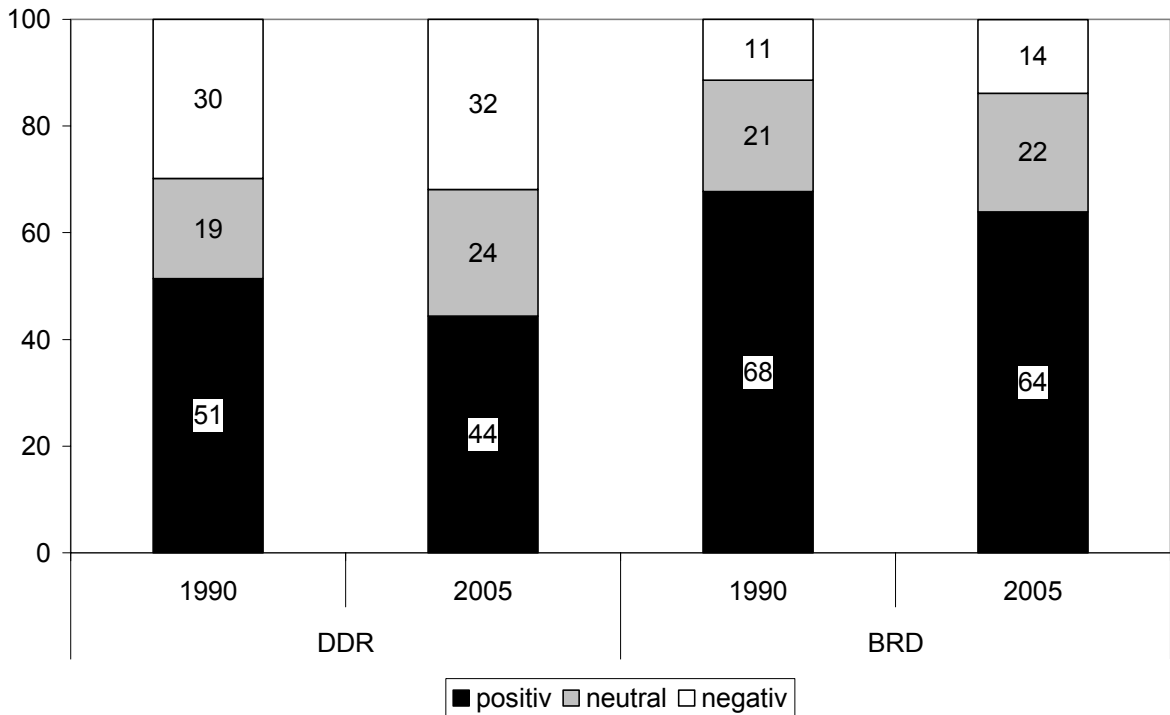
Eine solche so genannte Panelbefragung steht leider nicht zur Verfügung, aber mit dem „Design“ des THÜRINGEN-MONITORS 2005 kann man einen kleinen Teil dieser Informationslücke schließen. Deshalb wurden die Befragten in diesem Jahr gebeten, ihre aktuelle Bewertung der Bundesrepublik und der DDR mit Hilfe einer Skala von -5 bis +5 zu bestimmen. Dasselbe wurde dann im Rückblick für das Jahr 1990 vorgenommen.¹¹ Natürlich sind solche Rückerinnerungen nicht nur von den tatsächlichen Einstellungen im Jahr 1990 geprägt, sondern auch durch die 15 Jahre, die seither vergangen sind. Daher kann man also aus diesen Angaben das Stimmungsbild 1990 nur vage ablesen. Seinen Reiz erhält diese Frageanordnung erst durch den Vergleich der Rückerinnerung an 1990 mit der aktuellen Einschätzung aus dem Jahre 2005.¹² Auf diese Weise ist es möglich, sowohl Individual- als auch Aggregatdaten zu berichten.

Die Bundesrepublik wird insgesamt sowohl aktuell als auch im Rückblick für 1990 deutlich besser bewertet als die DDR (vgl. Abb. 15). Beide werden 2005 in der Gesamtbetrachtung schlechter bewertet, als dies – nach der Erinnerung der Befragten – im Jahr 1990 der Fall gewesen ist. Deutlicher noch ist dieser Unterschied bei der Bewertung der DDR. Generell verwundert in diesem Zusammenhang der geringe Anteil negativer Einschätzungen der DDR 1990, der nur schwer zu den damaligen Bildern – von den Herbsdemonstrationen bis zur überschwänglichen Freude über die Währungsunion – passen will. Im Rückblick scheint das Bild von der DDR bemerkenswert aufgeheitelt, vergleicht man es mit zeitgeschichtlichen Dokumenten des politischen Umbruchs 1989/90.

11 Die Frageformulierung lautete: „Wenn Sie sich an das Jahr 1990 zurückerinnern, wie war damals insgesamt Ihre Einstellung zur DDR, also zur DDR vor der ‚Wende‘? Sagen Sie es bitte anhand einer Skala von +5 bis -5. +5 heißt, dass Sie die DDR damals sehr positiv gesehen haben; -5 heißt, dass Sie die DDR damals sehr negativ gesehen haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“ Für 2005: „Und wie ist Ihre heutige Einstellung zur ehemaligen DDR?“

12 Da diese Rückerinnerung nur ab einem gewissen Alter der Befragten sinnvoll ist, werden hier in Kapitel IV.2 nur die Angaben derjenigen verwendet, die mindestens 30 Jahre alt sind. Die Angaben für die 174 Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden gesondert im Kapitel IV.3 berichtet.

Abb. 15: *Bewertung von DDR und BRD 1990 und 2005 im Vergleich (in Prozent)*



Anmerkung zur Gruppierung der Skala:

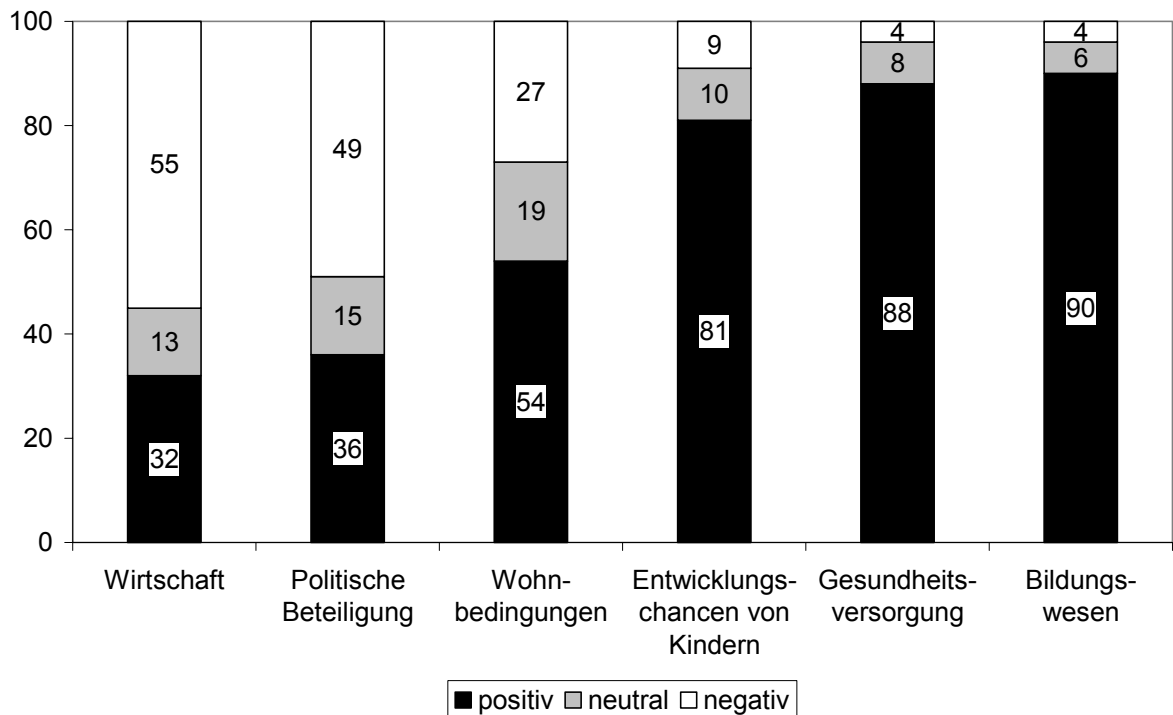
Positiv: +5 bis +2, Neutral: +1 bis -1, Negativ: -2 bis -5

Der in diesem Zusammenhang gelegentlich bemühte Vergleich zu Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Distanz zum Nationalsozialismus in Umfragen zwar kontinuierlich, aber sehr langsam wuchs, hinkt jedoch beträchtlich.¹³ Zum einen ist die DDR nachträglich keinesfalls so weit zu diskreditieren wie Nazideutschland. Zum anderen haben viele Befragte den größten Teil ihres Lebens in diesem Staat verbracht. Womöglich urteilen sie, wenn sie nach der DDR gefragt werden, weniger über das politische System des untergegangenen Staates, als vielmehr über ihre Alltagserfahrungen und -erlebnisse vor 1990, für die Politik keine besonders große Rolle gespielt haben muss. Letztlich können positive Einschätzungen der DDR darin begründet sein, dass die Befragten faktisch im Rückblick ihr eigenes Leben in der DDR beurteilen. Vor diesem Hintergrund ist durch den Austausch der Generationen eine zunehmend schlechtere DDR-Bewertung anzunehmen (vgl. die Ausführungen in Kap. IV.1).

Wie kommt es aber selbst 15 Jahre nach der deutschen Vereinigung zu dieser überraschend positiven Bewertung der DDR? Bei der Suche nach Gründen vermag möglicherweise die Bewertung verschiedener Lebensbereiche Aufschluss zu geben: Welche Bereiche im Leben in der DDR werden nachträglich positiv bewertet, welche negativ?

13 So war noch 1959 etwa jeder fünfte Westdeutsche der Meinung, die Zeit des Nationalsozialismus sei die Zeit gewesen, in der es Deutschland im 20. Jahrhundert am besten gegangen sei. Acht Jahre vorher war der Anteil noch doppelt so hoch, vier Jahre später nur noch halb so hoch (vgl. etwa Noelle-Neumann/Köcher 2002: 543).

Abb. 16: *Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der ehemaligen DDR (in Prozent)*



Anmerkung zur Gruppierung der Skala:

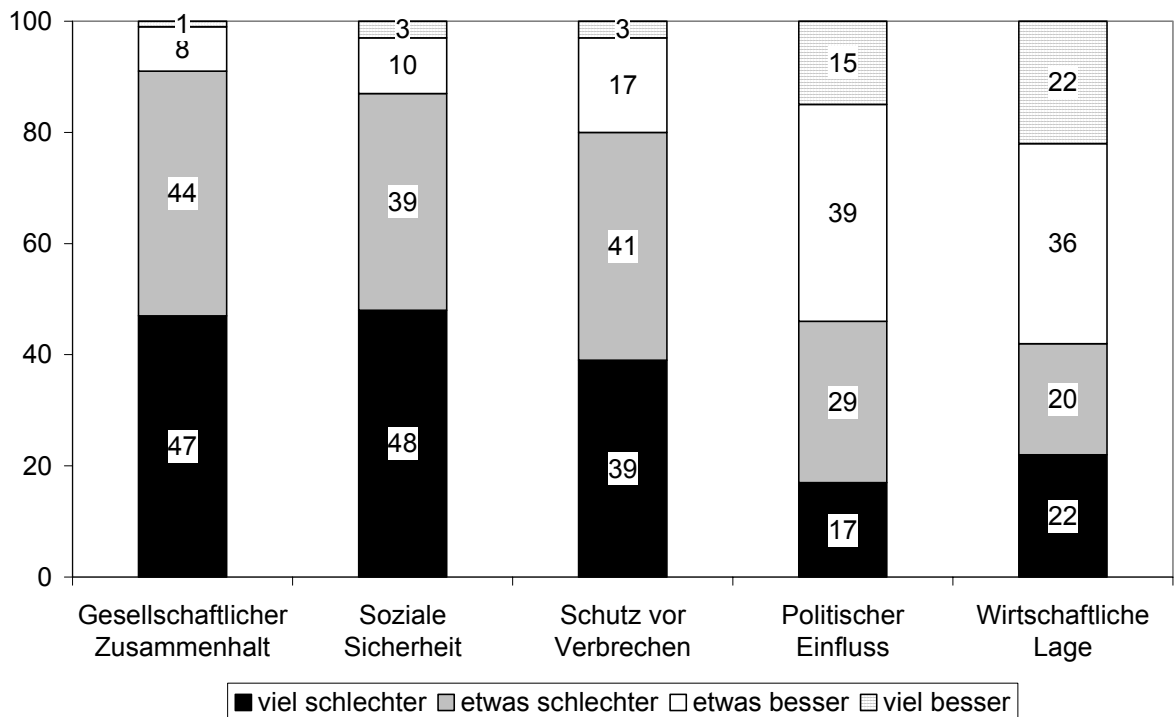
Positiv: +5 bis +2, Neutral: +1 bis -1, Negativ: -2 bis -5

Insbesondere die Gesundheitsversorgung und die Entwicklungschancen von Kindern werden rückblickend von beinahe allen Befragten als positiv bewertet (vgl. Abb. 16). Im Vergleich zu heute dürften bei der Gesundheitsversorgung vor allem die finanziellen Belastungen für den Einzelnen dafür sorgen, dass das DDR-Gesundheitssystem so gut abschneidet. Die Bewertung der Entwicklungschancen für Kinder in der Bundesrepublik würde wohl nicht annähernd so positiv ausfallen, wie die Entwicklung der Geburtenziffern in Thüringen und Ostdeutschland zeigen (vgl. Kap. II.2).

Die Wirtschaft und die politische Beteiligung werden zwar rückblickend etwa von der Hälfte der Befragten negativ bewertet, aber immerhin ein Drittel der Thüringer zieht selbst diesbezüglich eine positive Bilanz. Insgesamt zeigt sich ein nachträglich verklärtes Bild der ehemaligen DDR, das wohl auch durch negative Nachwendeerfahrungen bestärkt sein dürfte. Die Einschätzung der Veränderungen seit der Wende durch die Befragten bestätigt diese Ansicht.

Die wirtschaftliche Lage und der politische Einfluss sind in dieser Auswahl die einzigen Bereiche, die sich nach Ansicht der Mehrheit der Thüringer verbessert haben; eine beachtliche Minderheit sieht die Verhältnisse aber auch hier verschlechtert, was vielleicht auf die aktuelle wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik zurückzuführen ist. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, die soziale Sicherheit und der Schutz vor Verbrechen haben sich in den Augen der großen Mehrheit der Thüringer im Vergleich zur Vorwendezeit verschlechtert (vgl. Abb. 17). Bei derartig klaren „Mehrheitsverhältnissen“ ist auch sicher, dass Einheitsbefürworter wie -skeptiker diese Ansichten teilen und sich nur in Nuancen unterscheiden.

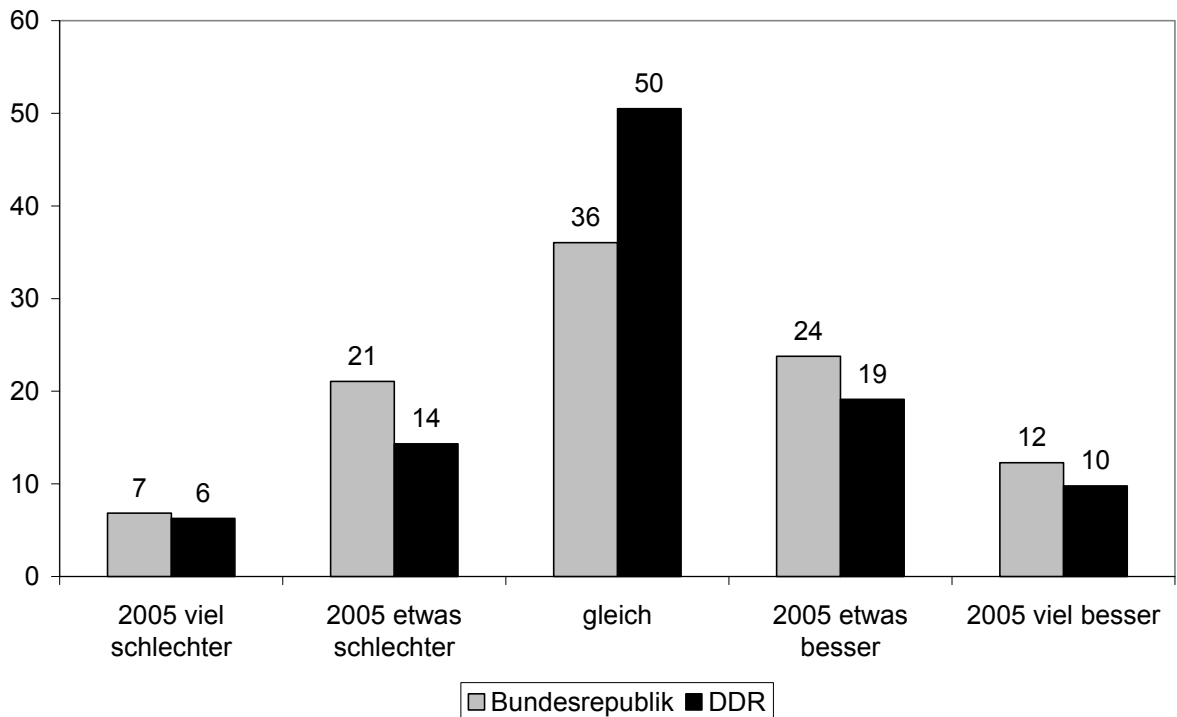
Abb. 17: *Vergleich der heutigen Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende (in Prozent)*



Weitaus interessanter und auch aufschlussreicher als der Blick auf die zusammengefassten Meinungen der Thüringer ist in diesem Fall der Blick auf die individuellen Veränderungen. Auch wenn Abbildung 15 eine große Stabilität der Ansichten suggeriert, so muss das bei einzelnen Befragten keineswegs der Fall sein. Vielmehr kann ein verbessertes Bild der Bundesrepublik von 1990 bis 2005 bei einem Befragten durch ein verschlechtertes bei einem anderen Befragten neutralisiert werden. Daher muss der Blick auf die individuellen Angaben gerichtet werden: Hat sich das Bild des Einzelnen von Bundesrepublik und DDR verändert? Wenn ja, welche Veränderungen sind aufgetreten, in welche Richtung gehen sie und wie stark sind sie?

Dazu wurden wiederum die Bewertungen von Bundesrepublik und DDR auf der Skala von -5 bis +5 herangezogen, und die Bewertungen für 1990 von denen für 2005 abgezogen. Auf diese Weise lässt sich ermitteln, wie groß die Anzahl derjenigen ist, bei denen die Bewertung gleich geblieben ist bzw. sich verändert hat. Diese positiven oder negativen Veränderungen auf der Individualebene sind in Abbildung 18 dargestellt.

Abb. 18: *Individuelle Veränderungen im Bild der Bundesrepublik und der DDR von 1990 bis 2005*
(in Prozent)



Anmerkung zur Gruppierung der Skala: „viel schlechter“: -10 bis -4, „etwas schlechter“: -3 bis -1, „gleich“: 0, „etwas besser“: +1 bis +3, „viel besser“: +4 bis +10

Zunächst sieht man, dass Abweichungen in den Bewertungen der beiden Zeitpunkte in beide Richtungen vorkommen; stärkere Abweichungen sind deutlich seltener als geringfügige. Bei der Bundesrepublik ist nur gut ein Drittel der Befragten, im Falle der DDR die Hälfte bei ihrer Meinung geblieben, genauer: Sie glauben, dass sie die beiden Staaten 1990 schon genauso bewertet haben wie heute. Die individuellen Abweichungen sind somit deutlich stärker, als es die zusammengefassten Meinungen (vgl. Abb. 15) ausgedrückt haben.

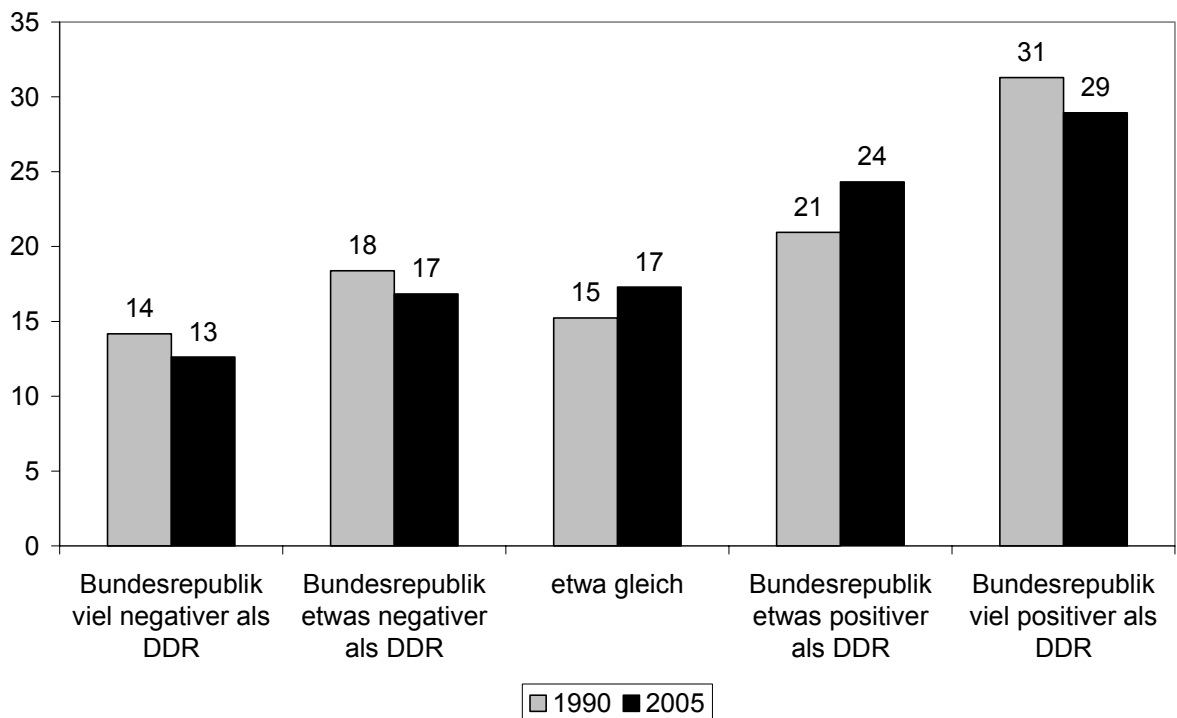
Die Tatsache, dass die Veränderungen im DDR-Bild geringer sind als im Bild der Bundesrepublik, ist wohl damit zu erklären, dass die DDR 1990 aufhörte zu existieren. Die beiden Bewertungen beziehen sich damit auf dasselbe Einstellungsobjekt. Die Bundesrepublik des Jahres 2005 ist aber deutlich verschieden von der Bundesrepublik des Jahres 1990, so dass hier unterschiedliche Einstellungen durchaus plausibel sind.

Die Abweichungen beider Bewertungen sind jeweils etwas stärker in die positive als in die negative Richtung, sowohl die Bundesrepublik wie auch die DDR werden heute freundlicher bewertet als noch vor 15 Jahren. Im Vergleich schneidet die Bundesrepublik-Bewertung etwas besser ab, da 36 Prozent der Befragten heute ein besseres Bild von ihr haben als 1990; bei der DDR sind das „nur“ 29 Prozent. Vergleicht man aber positive und negative Veränderungen, so weist das DDR-Bild die bessere Bilanz auf, denn es kommen weniger negative auf

eine positive Veränderung.¹⁴ Von welcher Seite man das Bild auch immer betrachtet, klar ist, dass diese individuellen Veränderungen weitaus interessantere Rückschlüsse zulassen als die zusammengefassten. Daher werden sie auch in der weiteren Untersuchung im Mittelpunkt stehen.

Das verwendete Untersuchungsinstrument lässt aber nicht nur eine getrennte Betrachtung der Einschätzung von DDR oder Bundesrepublik zu, sondern es eröffnet auch einen Blick auf die *relative* Einstufung beider zueinander. Dabei zeigt sich dann, ob auf der Skala von -5 bis +5 die Bundesrepublik oder die DDR besser bewertet wurden bzw. werden.

Abb. 19: *Saldo der Bewertungen von Bundesrepublik und DDR 1990 und 2005 (in Prozent)*



Wie bereits die zusammengefassten Bewertungen vermuten ließen, schneidet die Bundesrepublik im Vergleich mit der DDR deutlich besser ab (vgl. Abb. 19). Das sieht etwa die Hälfte der Befragten so, während nur etwa jeder Achte keinen Unterschied sieht. Ein knappes Drittel der Thüringer jedoch bewertet die DDR positiver als die Bundesrepublik, wenn auch diese Bewertung im Rückblick 1990 weiter verbreitet war als im Jahre 2005. Zum Abschluss dieser Betrachtung noch ein Blick auf die individuelle Entwicklung im Zeitverlauf: Das Bild der Bundesrepublik im Vergleich zum DDR-Bild ist von 1990 bis 2005 bei knapp 40 Prozent aller Befragten besser geworden, bei 20 Prozent gleich geblieben und ebenfalls bei knapp 40 Prozent schlechter geworden.

14 Durch die Gruppierung der Variablen entsteht der Effekt, dass im Aggregat eine leichte Verschlechterung des Bildes von Bundesrepublik und DDR zu sehen ist, auf der Individualebene aber eine leichte Verbesserung.

Wie passen diese Zahlen zu der oben präsentierten, überwiegend positiven Bewertung der deutschen Einheit? Die Einheitsgegner, bei denen die Nachteile der Vereinigung überwiegen und die Sorge über die Teilung die Freude überwiegt, unterscheiden sich beträchtlich von den Einheitsbefürwortern, die Vorteile sehen und Freude empfinden. Die Einheitsbefürworter beurteilen die Bundesrepublik positiv und die DDR negativ, die Einheitsgegner ordnen die DDR im positiven Bereich ein, die Bundesrepublik etwa neutral (vgl. Tab. 5).

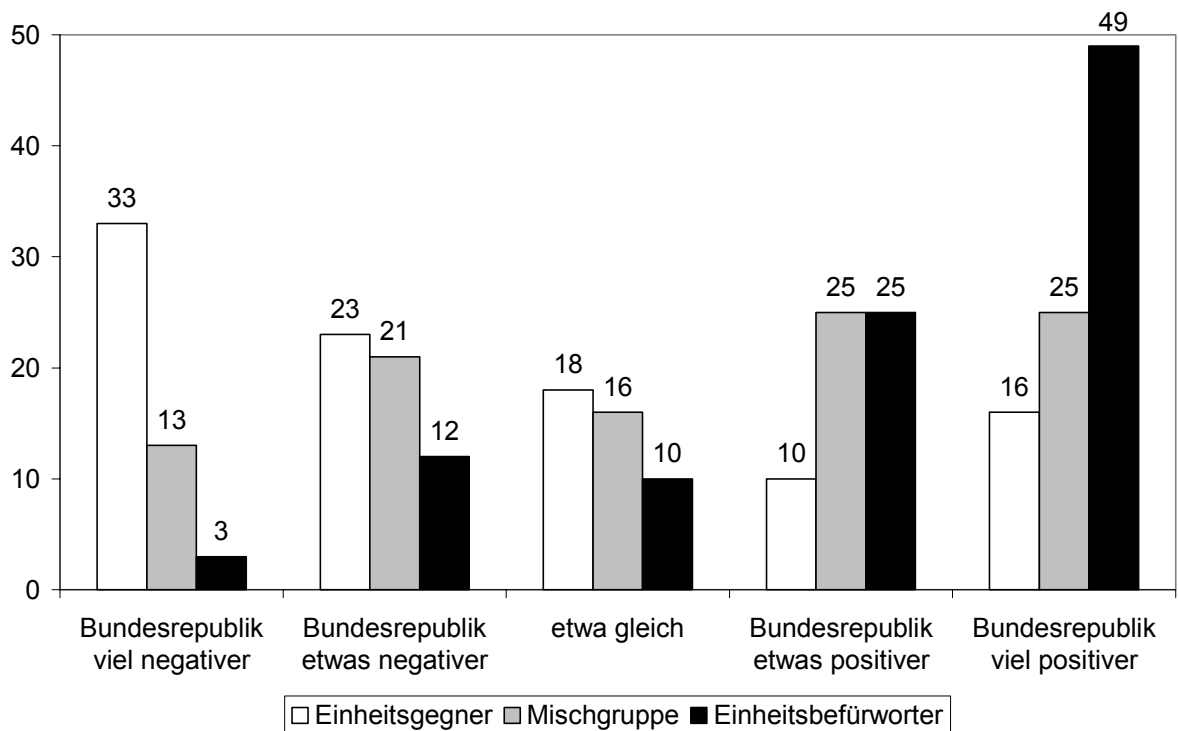
Tab. 5: *Bewertung von Bundesrepublik und DDR – nach Beurteilung der deutschen Einheit*
(Mittelwerte)

	Einschätzung der ...				Differenz der Einschätzung von ...	
	DDR 1990	DDR 2005	BRD 1990	BRD 2005	BRD und DDR 1990	BRD und DDR 2005
Einheitsbefürworter	-0,8	-1,5	3,0	2,7	3,8	4,2
Mischgruppe	0,9	0,8	2,0	1,5	1,1	0,7
Einheitsgegner	2,3	2,2	0,6	0,2	-1,6	-2,0

Anmerkung: Bei den Differenzen reichen die Skalen von -10 bis +10, sonst von -5 bis +5

Die Beurteilungen der deutschen Einheit und diejenigen von Bundesrepublik und DDR hängen also sehr eng zusammen, beide Gruppen sind aber nicht deckungsgleich. Etwa ein Viertel derjenigen, die in der deutschen Einheit mehr Vorteile als Nachteile sehen, sagen dennoch, dass die Bundesrepublik 1990 ein schlechteres Bild abgegeben hat als die DDR. Umgekehrt schnitt die Bundesrepublik bei einem Drittel derjenigen, die mehr Nachteile in der Einheit sehen, besser ab als die DDR. Sehr ähnlich ist der Zusammenhang mit der Frage nach der eigenständigen DDR: Fast drei Viertel der Befragten, die eine eigenständige DDR für besser gehalten hätten, beurteilten die DDR positiver als die Bundesrepublik. Aber immerhin jeder Achte dieser Gruppe hatte ein besseres Bild von der Bundesrepublik.

Abb. 20: *Saldo der Bewertungen von Bundesrepublik und DDR 1990 nach Bewertung der deutschen Einheit (in Prozent)*



Die verwendeten Untersuchungsinstrumente bekräftigen ihre Ergebnisse also wechselseitig, sie sind konsistent. Die aktuellen und retrospektiven Bewertungen von Bundesrepublik und DDR auf der elfstufigen Skala sind allerdings nicht nur präziser, sondern sie lassen auch Rückschlüsse auf die individuelle Veränderung der Einschätzungen zu. Nach dem Blick auf die Bevölkerungsgruppen, die der jeweiligen Einschätzung zuneigen, wird nach Ursachen für diese Einschätzungen gesucht. Zunächst aber noch eine kurze Betrachtung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bei der bisherigen Analyse aufgrund ihres Alters ausgeklammert worden sind.

3. **Wie denken die Jugendlichen und jungen Erwachsenen über die DDR und die Einheit?**

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 30 Jahren haben in der DDR ihre Kindheit, eventuell einen kleinen Teil ihrer Jugendzeit verbracht. Sie werden eigene Eindrücke dieser Zeit haben, die jedoch ergänzt und überlagert sind durch Erzählungen und Medienberichte. Daraus entsteht eine Gemengelage von mitunter disparaten DDR-Bildern, die politisch höchst relevant ist, da sie auch die Ansichten über das aktuelle politische System beeinflusst. Daher bedürfen gerade die Einstellungen dieser Gruppe einer genaueren Untersuchung.

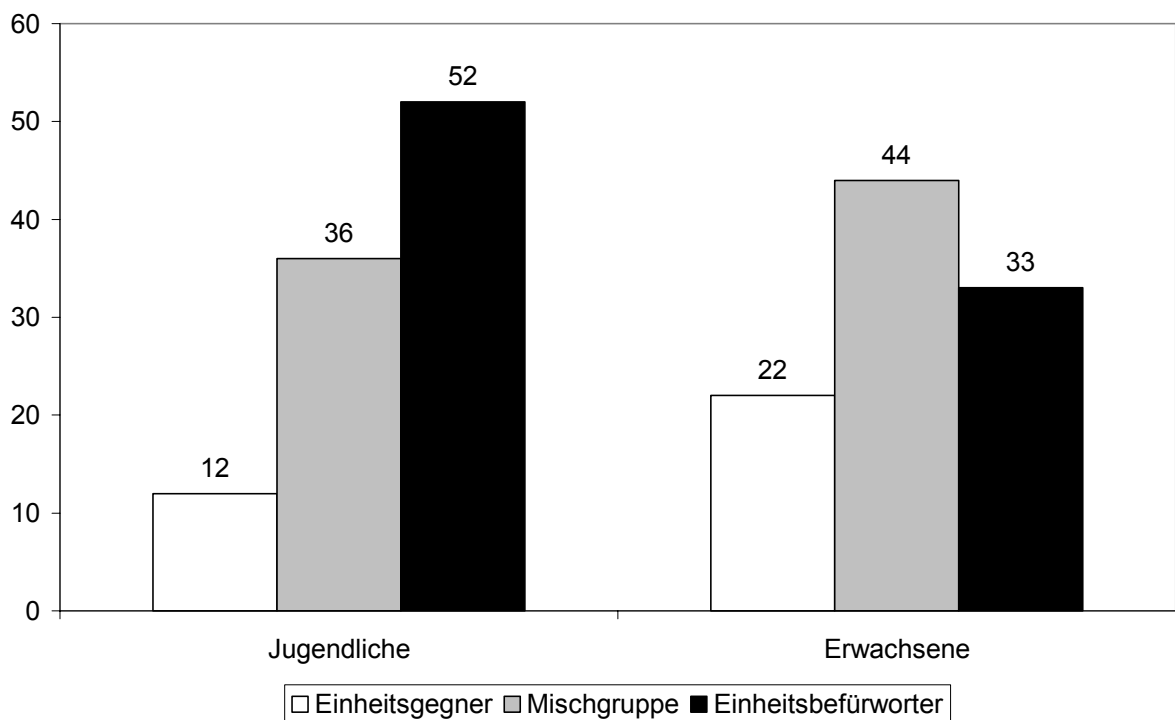
Die Bewertung der DDR fällt bei den Jugendlichen insgesamt schlechter aus als bei den Erwachsenen. Weniger als die Hälfte findet mehr gute als schlechte Seiten, während es bei den Erwachsenen 60 Prozent sind. Ein Viertel der Erwachsenen möchte zur sozialistischen Ordnung zurückkehren, aber nur ein Sechstel der Jugendlichen. Bei der Bewertung der DDR

in verschiedenen Bereichen zeigt sich ein sehr ähnliches Bild: Die Jugendlichen bewerten das Bildungswesen, die Wohnbedingungen, die politischen Partizipationsmöglichkeiten, die Gesundheitsversorgung und auch die Entwicklungschancen von Kindern in der DDR teils deutlich schlechter als die Erwachsenen. Dabei liegt die Bewertung mit Ausnahme der Partizipation aber jeweils noch deutlich im positiven Bereich. Jugendliche bewerten die genannten Bereiche also deutlich negativer als die Erwachsenen, aber strukturell ähnlich.

Einzigste Ausnahme dieser schlechteren DDR-Bewertung durch die Jugendlichen ist der Bereich der Wirtschaft, die sie deutlich besser einschätzen als die Erwachsenen. Möglicherweise übersteigt es ihre Phantasie, dass die Wirtschaft noch schlechter laufen könnte als sie es in der aktuellen Situation wahrnehmen. Bei zwei weiteren Einstellungen zeigen sich keine Altersunterschiede: Für den Sozialismus als Staatsidee kann sich in beiden Gruppen etwa jeder Dritte begeistern, eine eigenständige DDR hätten aber nur jeweils unter 15 Prozent der Befragten der Vereinigung vorgezogen.

Wie bereits die negativere DDR-Bewertung vermuten lässt, steht die heranwachsende Generation der Vereinigung insgesamt deutlich positiver gegenüber als die Erwachsenen: Etwa zwei Drittel der Jugendlichen sehen mehr Vor- als Nachteile in der Einheit und betrachten die Entwicklung mit Freude. Die jungen Männer sind in beiden Fällen deutlich positiver gestimmt als die jungen Frauen, deren Werte denen der Erwachsenen nahe kommen. Junge Frauen schätzen außerdem ihre eigene finanzielle Lage deutlich schlechter ein als junge Männer, was einen Teil dieses Unterschieds erklärt.

Abb. 21: *Urteile über die deutsche Vereinigung bei Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich (in Prozent)*

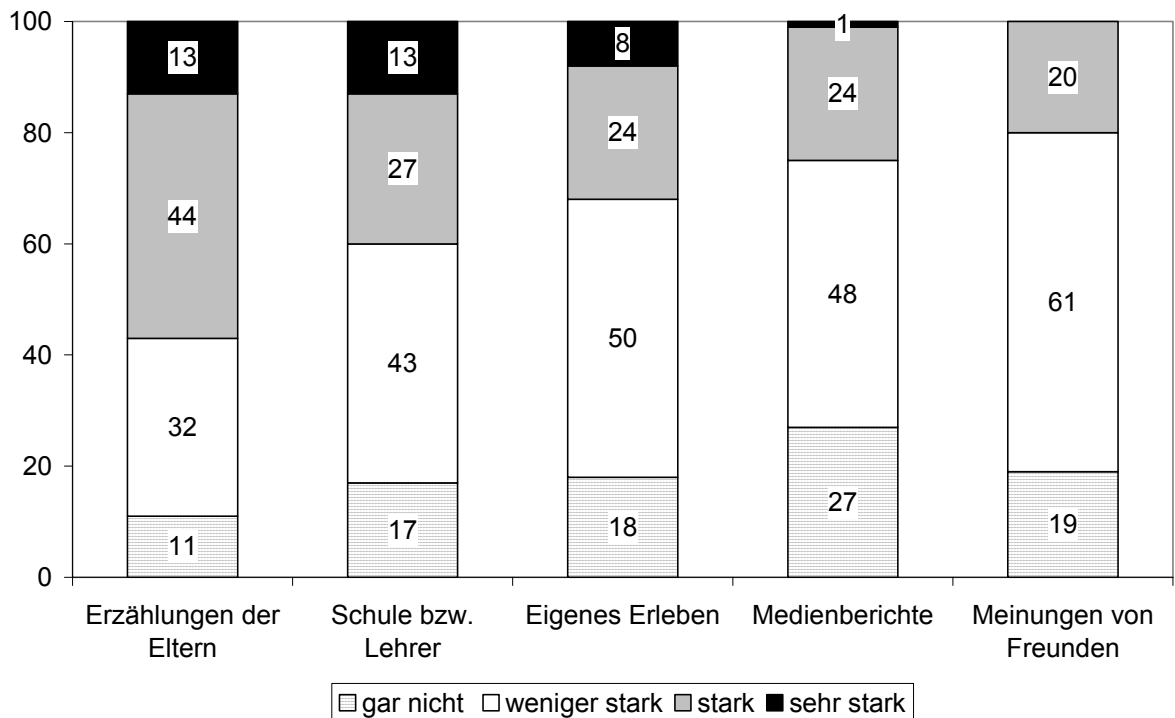


Die bestehenden Unterschiede zwischen Jugendlichen und Erwachsenen deuten darauf hin, dass sich in der jungen Generation ein anderes, deutlich skeptischeres Bild der DDR besteht. Woher aber kommt das Bild, wenn es sich nur bedingt auf die eigenen Erfahrungen stützen kann?

Jugendliche interessieren sich weniger für Politik und sie unterhalten sich auch deutlich seltener über die DDR als Erwachsene. Tun sie es dann aber doch, so stimmen etwa zwei Drittel der Jugendlichen mit ihren Eltern und mit sonstigen Familienmitgliedern in ihrer Meinung über die DDR überein. Das ist völlig unabhängig davon, welche Meinung über die DDR geäußert wird. Bei allgemeinen politischen Gesprächen ist die Übereinstimmung zwischen Jugendlichen und ihren Eltern noch stärker ausgeprägt.

Fragt man die Heranwachsenden danach, woher ihre Vorstellungen von der DDR stammen, bestätigt sich diese deutliche Orientierung an den eigenen Eltern. Nach der Selbsteinschätzung der jungen Erwachsenen ist ihr DDR-Bild aber auch durch die Schule bzw. die Lehrer geprägt worden (vgl. Abb. 22).¹⁵ Das eigene Erleben ist erwartungsgemäß vornehmlich von den älteren Heranwachsenden genannt worden, bei denen auch stärker als bei den Jüngeren die Meinung von Freunden eine Rolle spielt bzw. spielen kann. Medienberichte scheinen einen geringen Einfluss zu haben. Schaut man beispielhaft auf die Quellen politischer Information, so zeigen die Jugendlichen bei Fernseh- und Radiosendern eine deutliche Neigung hin zu privaten Anbietern, während die Erwachsenen den öffentlich-rechtlichen Sendern stärker zusprechen. Vermutlich wird im privaten Rundfunk und Fernsehen seltener über die jüngste deutsche Geschichte berichtet.

Abb. 22: *Quellen des DDR-Bildes Jugendlicher und junger Erwachsener (in Prozent)*



¹⁵ Die folgenden Ausführungen sind vor dem Hintergrund niedriger Fallzahlen zu sehen, da die entsprechende Frage aufgrund eines Fehlers bei der Datenerhebung nur an insgesamt 100 Personen dieser Altersgruppe gerichtet wurde, die Repräsentativität also eingeschränkt ist.

Bei denjenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ihr DDR-Bild sehr stark aus Erzählungen der Eltern oder aus Meinungen von Freunden speisen, finden sich überdurchschnittlich viele Einheitsgegner, weniger Einheitsbefürworter. Stützen sich ihre Erkenntnisse über die DDR vor allem auf die Schule bzw. Lehrer oder das eigene Erleben, so hat das kaum Einfluss auf das DDR-Bild. Die Medien scheinen ein besonders positives Bild der Vereinigung zu zeichnen, denn unter Jugendlichen, die Medien als sehr wichtige Quelle angeben, sind überdurchschnittlich viele Einheitsbefürworter.

4. Wer zieht welche Bilanz der Einheit und warum?

Untersucht man zunächst den Einfluss sozialstruktureller Merkmale auf die Bewertungen der Einheit sowie von DDR und Bundesrepublik, sind vor allem das formale Bildungsniveau und das Geschlecht relevant. Die Bundesrepublik wird von höher Gebildeten und von Männern positiver eingeschätzt, die DDR negativer, und zwar sowohl jeweils für sich genommen, als auch im Vergleich untereinander. Damit zeigt sich die größte Skepsis gegenüber der Bundesrepublik und darüber hinaus auch gegenüber der deutschen Einheit wieder bei Frauen und bei Befragten mit niedrigem Bildungsgrad. Der Unterschied nach dem Alter der Befragten ist nur im Vergleich signifikant: Je älter die Befragten, desto besser schneidet die Bundesrepublik im Vergleich zur DDR ab, sowohl im Rückblick für das Jahr 1990 als auch aktuell. Der Erwerbsstatus und der ausgeübte Beruf haben ebenso wenig Einfluss auf diese Einschätzungen wie die Wohnortgröße.

Ganz anders stellen sich die Zusammenhänge für die sozioökonomische Deprivation, das spezifisch ostdeutsche Diskriminierungsempfinden und die Bewertung der Gesellschaft dar. Alle drei Faktoren beeinflussen vor allem die aktuelle Bewertung der Bundesrepublik und den aktuellen Vergleich mit der DDR. Noch stärker aber wirken sie sich auf die Bewertung der deutschen Einheit aus. So gibt es unter den im sozioökonomischen Sinn Deprivierten doppelt so viele Einheitsgegner wie -befürworter. In der Vergleichsgruppe hingegen sind die Einheitsbefürworter mit 46 Prozent fünfmal so stark vertreten wie die Gegner der Einheit. Je mehr die Gesellschaft für gerecht gehalten wird und je weniger sich die Thüringer durch Westdeutsche diskriminiert sehen, umso besser wird die Bundesrepublik im Vergleich zur DDR gesehen – und um so positiver wird in der Konsequenz die Einheit eingeschätzt.

Einen großen Einfluss auf die Bewertung der beiden Staaten hat auch die Richtungsentscheidung zwischen Freiheit und Gleichheit/Sicherheit. Die Befragten, die sich sowohl gegen die Gleichheit als auch gegen die Sicherheit zweimal für die Freiheit entscheiden, haben ein sehr positives Bild der Bundesrepublik und ein negatives von der DDR (vgl. Tab. 6). In der Kontrastgruppe, also bei den Thüringern mit einer Präferenz für Gleichheit und Sicherheit, „koexistieren“ schwach positive Bewertungen der DDR und der Bundesrepublik. Interessant sind auch die Veränderungen in der Bewertung beider Gesellschaften im Zeitverlauf: Unter den konsistent Freiheitsorientierten hat sich das ohnehin negative DDR-Bild zwischen 1990 und 2005 nochmals deutlich verschlechtert, und das überaus positive Bild der Bundesrepublik leicht verbessert. Befragte mit einer Präferenz für Gleichheit und Sicherheit hingegen sehen heute die Bundesrepublik und die DDR gleichauf, während die Bundesrepublik 1990 noch um einen halben Punkt höher lag als die DDR. Insgesamt haben sich also die Unterschiede zwischen den Freiheitsorientierten und den auf Gleichheit wie Sicherheit Bedachten im Zeitverlauf weiter vergrößert. In der Mischgruppe hat sich seit 1990 sowohl die DDR-Bewertung als auch die der Bundesrepublik leicht verschlechtert.

Tab. 6: *Einschätzung von Bundesrepublik und DDR 1990 und 2005 – nach Präferenz für Freiheit oder Gleichheit und Sicherheit (Mittelwerte auf der Skala von -5 bis +5)*

Entscheidung für ...	Einschätzung der ...			
	DDR 1990	DDR 2005	BRD 1990	BRD 2005
2 x Freiheit	-1,1	-1,8	2,3	2,5
Mischgruppe	0,6	0,3	2,3	2,0
Gleichheit und Sicherheit	1,2	1,0	1,7	1,1

Um den Zusammenhang zwischen Wertorientierungen bzw. – allgemeiner gefasst – persönlichkeitsbezogenen Faktoren und den Bewertungen der deutschen Einheit, der Bundesrepublik und der DDR genauer zu bestimmen, lässt sich jedoch nicht nur die Werte-Trias von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit nutzen. Im THÜRINGEN-MONITOR 2005 stehen zusätzlich der Autoritarismus, Fragen zur Anomie und Ich-Stärke sowie insbesondere acht Fragen zu allgemeinen Verhaltens- und Wertorientierungen zur Verfügung.¹⁶ Während einige dieser Wertorientierungen von beinahe allen Befragten unterstützt werden – so etwa die Hilfe für Andere, die Entfaltung eigener Fähigkeiten und das Kritischsein –, polarisieren andere. Für die Untersuchung des Einflusses persönlicher Werte auf die Bilanzierung der deutschen Einheit sind die bloßen Häufigkeitsverteilungen jedoch weniger relevant als die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Werten, die zur Bildung der Indizes „Prosozialität“, „Materialismus“ und „Hedonismus“ geführt haben.

Zusätzlich zu diesen Indizes werden hier zwei weitere persönlichkeitsbezogene Variablen, die Anomie und der Autoritarismus, in die Analyse einbezogen. Anomie meint dabei die soziale Desorientierung des Einzelnen und ist durch die Aussage „Heute ändert sich alles so schnell, dass man nicht weiß, woran man sich halten soll.“ 2005 erstmals erhoben worden. Dieser Aussage stimmen fast 80 Prozent der Befragten zu, die Hälfte davon ohne Einschränkungen. Anders als die Messung der Anomie basiert die des Autoritarismus – wie in allen vorausgegangenen Jahren – auf zwei Aussagen: der Forderung nach einer starken Hand und zu Gehorsam und Disziplin als obersten Zielen der Kindererziehung.¹⁷ Der Anteil der autoritär Eingestellten ist seit 2003 auf nunmehr 58 Prozent gestiegen, der der Nicht-Autoritären mit 15 Prozent relativ konstant geblieben. Beide Konstrukte hängen stark miteinander zusammen, während sie in keiner Verbindung zu den oben genannten Werthaltungen stehen. Mit anderen Worten: Wer starke Empfindungen der Anomie hat, neigt überdurchschnittlich stark zu

16 Im Einzelnen wurde nach der Bedeutung von folgenden Verhaltensweisen für die Interviewten persönlich gefragt: kritisch sein, eigene Fähigkeiten entfalten, Rücksicht auf andere nehmen und anderen Menschen helfen (zusammengefasst als Prosozialität), ein hohes Einkommen anstreben und ehrgeizig sein (zusammengefasst als Materialismus), ein aufregendes, spannendes Leben führen und tun und lassen, was man will (zusammengefasst als Hedonismus).

17 Wer den beiden Aussagen „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“ und „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ zustimmt, wird demnach als autoritär, wer beide ablehnt als nicht-autoritär eingestuft. Die Mittelgruppe setzt sich aus den Befragten zusammen, die einer Aussage zustimmen und die andere ablehnen.

autoritären Positionen,¹⁸ fällt aber ansonsten nicht durch besonders ausgeprägte Orientierungen auf.

Welche Bedeutung kommt nun all diesen persönlichkeitsbezogenen Faktoren zu, wenn es um die Einstellungen zur deutschen Einheit und zur früheren DDR geht? Zunächst ergibt sich für sämtliche Bewertungen der Bundesrepublik und der DDR auf den Skalen von -5 bis +5 sowie für die Differenzen dieser Bewertungen ein klarer Befund: Sie sind von den genannten Wertorientierungen unabhängig. Auch für die Bewertung der deutschen Einheit und für die Affinität zur DDR sind diese irrelevant. Ob jemand von seiner eigenen Problemlösungskompetenz überzeugt ist, Kritikfähigkeit für wichtig erachtet, prosozial und/oder materialistisch eingestellt ist – all dies beeinflusst sein Urteil über die deutsche Einheit nicht. Relevante Unterschiede bestehen immerhin zwischen der Gruppe der Pflichtbewussten und Befragten, denen die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten am wichtigsten ist: Letztere stehen der Einheit deutlich positiver gegenüber als die Pflichtbewussten.

Lediglich zwei persönlichkeitsnahe Faktoren haben jedoch einen deutlichen Einfluss auf die Bewertung der deutschen Einheit und die Nähe zur DDR: der Autoritarismus und das Gefühl sozialer Desorientierung (Anomie). So finden sich unter den Autoritären und unter den sozial Desorientierten jeweils dreimal so viele Einheitsgegner wie unter den Nicht-Autoritären und unter denjenigen mit geringem Anomieempfinden (vgl. Tab. 7). Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich für die Affinität zur DDR. Von den Befragten mit starker sozialer Desorientierung steht ein knappes Drittel der DDR sehr nahe, in der Kontrastgruppe ist es hingegen nur jeder Achte. Das Gefühl, mit den gesellschaftlichen Veränderungen überfordert zu sein, sie nicht mehr verarbeiten zu können, stellt insoweit eine wichtige Quelle gleichermaßen für die negative Wahrnehmung der Einheit wie für die Sympathien dar, die der DDR entgegengebracht werden.

Tab. 7: *Einheitsgegner und Befragte mit großer Nähe zur DDR nach autoritären Einstellungen und Empfinden von Anomie (in Prozent)*

	Einheitsgegner	große Nähe zur DDR
Autoritarismus		
Autoritäre	25,6	35,9
Mittelgruppe	17,6	16,8
Nicht-Autoritäre	8,8	12,2
Anomie-Empfinden		
stark	24,1	30,5
schwach	7,8	12,5

Lesehilfe für die fett markierten Werte: Unter den Befragte mit starkem Anomie-Empfinden ist etwa jeder Vierte (24,1 %) ein Gegner der Einheit, unter den Befragten mit schwachem Anomie-Empfinden nur 7,8 Prozent

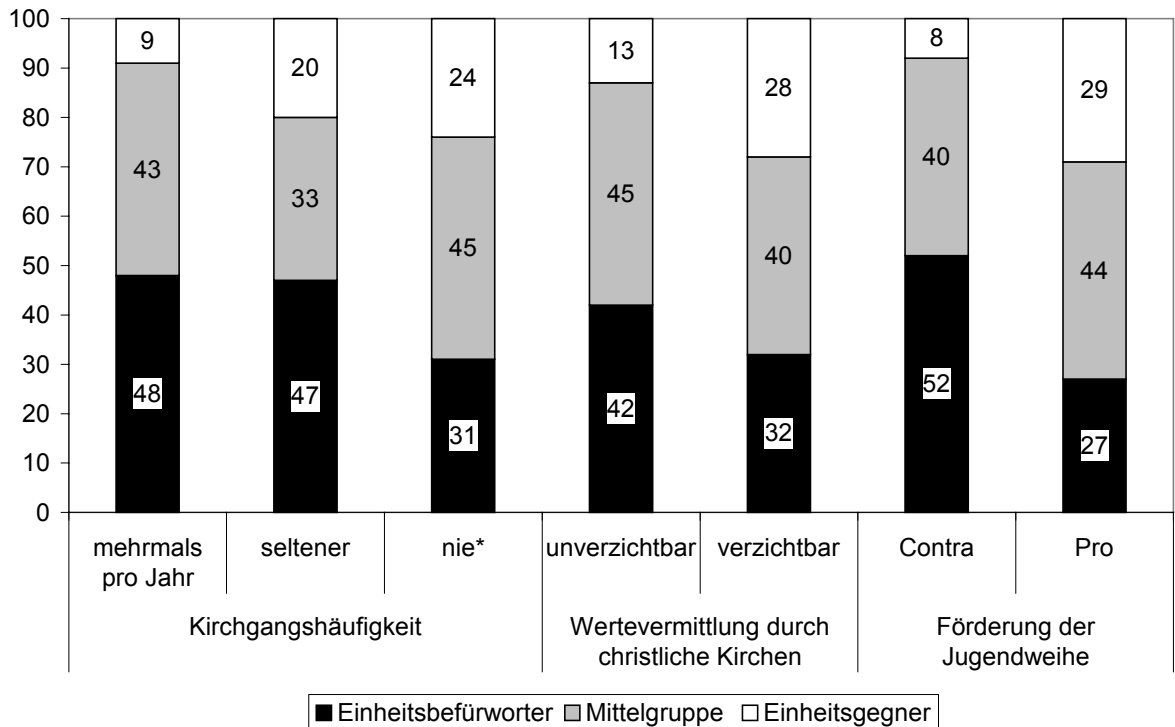
18 Im Rahmen einer explorativen Faktorenanalyse, in die zusätzlich alle acht Aussagen der Fragenbatterie zu den Verhaltensweisen eingegangen sind, bilden Anomie und Autoritarismus einen eigenen Faktor.

Bevor der Frage nachgegangen wird, ob der Einfluss von Anomie-Empfinden und autoritären Einstellungen auf die Einheitsbewertung auch in einer multivariaten Analyse erhalten bleibt, ist hier noch auf die Bedeutung religiöser Überzeugung und kirchlicher Bindungen einzugehen. Angesichts der prekären Stellung der christlichen Kirchen im DDR-Sozialismus, der Diskreditierung von Religion im SED-Regime und der im Kern – jedenfalls gemessen am Anteil der Konfessionsgebundenen – erfolgreich betriebenen Säkularisierungspolitik in Ostdeutschland ist nicht nur ein negativer Zusammenhang mit der DDR-Bewertung, sondern auch ein positiver Nexus mit der Einschätzung der deutschen Einheit zu erwarten. Die überdurchschnittliche Ablehnung einer eigenständigen DDR durch die konfessionell gebundenen Thüringer ist bereits berichtet worden (vgl. Kap. IV.1), aber auch die Einstufung von DDR und Bundesrepublik unterscheidet Protestanten und Katholiken von den Konfessionslosen. Insbesondere bei den (erinnerten) Bewertungen des Jahres 1990 klafft eine Lücke zwischen beiden Gruppen: Die Kirchenmitglieder urteilten negativer über die DDR und positiver über die Bundesrepublik.

Im Einklang damit sind konfessionell Gebundene unter den Befürwortern der Einheit überrepräsentiert. Einen zusätzlichen Effekt hat eine starke Kirchenbindung, wie sie ihren Ausdruck etwa in einem häufigen Gottesdienstbesuch findet. So liegt der Anteil der Einheitsgegner unter den Befragten, die mindestens mehrmals im Jahr in die Kirche gehen, nur halb so hoch wie unter den Konfessionsgebundenen mit seltenerem Kirchgang. Auch über den Kreis der Angehörigen einer Konfessionsgemeinschaft hinaus beeinflusst die Nähe zu den christlichen Kirchen, wie über die deutsche Einheit geurteilt wird. Die Bewertungen fallen sehr viel positiver aus, wenn die Befragten die christlichen Kirchen als für die Wertevermittlung in der Gesellschaft unverzichtbar betrachten (vgl. Abb. 23).¹⁹ Einen noch stärkeren Effekt hat die Position zur staatlichen Förderung der Jugendweihe, die als ein sozialistisches Pendant zu Konfirmation und Kommunion verstanden werden kann. Wer dagegen ist – und das sind 70 Prozent der Katholiken, 50 Prozent der Protestanten, aber nur jeder dritte Konfessionslose –, der hat im Schnitt eine weit positivere Einstellung zur deutschen Einheit als ein Befragter aus der Kontrastgruppe. Allerdings misst diese Aussage ebenso sehr die kirchliche Bindung wie die – lebensweltlich oder ideologisch – begründete Nähe zur DDR. Nichtsdestoweniger gilt, dass religiöse Überzeugungen und Kirchenbindung eine positive Bilanzierung der deutschen Einheit stark begünstigen.

19 Keinerlei Einfluss hat hingegen die Unterstützung des Religionsunterrichts als ordentliches Schulfach, was vor allem darin begründet liegt, dass die Meinungen der Konfessionsgebundenen in dieser Frage weit auseinander gehen.

Abb. 23: *Beurteilung der deutschen Einheit nach kirchlicher Bindung (in Prozent)*



* Faktisch handelt es sich hier um Konfessionslose, denen die Frage nach dem Kirchgang nicht gestellt worden ist, bei denen jedoch überwiegend Gottesdienstabstizienz unterstellt werden kann

Die Ausführungen zu den Gründen der Einheitsbewertung soll hier eine knappe multivariate Analyse beschließen. Bleiben in einem ersten Schritt die Bewertungen der DDR und der Bundesrepublik unberücksichtigt, so lässt sich die Einheitsbewertung vorwiegend mit Deprivationsgefühlen erklären. Negative Urteile über die Einheit speisen sich demnach in erster Linie aus der sozioökonomischen Deprivation und aus dem Empfinden, von Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Unter den verschiedenen Wertorientierungen erweist sich nur die Präferenz bei der Werte-Trias Freiheit-Gleichheit-Sicherheit als relevant. Darüber hinaus kommt der konfessionellen Bindung und der Bewertung der Jugendweihe Bedeutung zu. Fügt man in einem zweiten Schritt die verschiedenen Varianten der DDR-Bewertung und die Salden der Bewertungen von DDR und Bundesrepublik in das Erklärungsmodell ein, verlieren die bislang genannten Bestimmungsfaktoren an Stärke, bleiben aber relevant. Die Einstellungen zur DDR, vor allem ihre Bewertung im Vergleich zur westdeutschen Referenzgesellschaft, stellt dann nach der Deprivation den zweitstärksten Erklärungsfaktor dar.

Für die vorwiegend im Kontext der Demokratiebewertung diskutierte Frage, ob die Wahrnehmung der deutschen Einheit stärker von den Prägungen der DDR-Zeit oder von den gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen 15 Jahre gesteuert ist, bieten die hier vorgenommenen Analysen keine klare Antwort. Sowohl sozialisations- und wertebezogene Faktoren als auch der eigene Status in der neuen Gesellschaft und seine Wahrnehmung bestimmen die entsprechenden Urteile der Thüringer. Selbst einzelne Einflussgrößen lassen sich nicht eindeutig dem Bereich der Situation oder der Sozialisation zuordnen. So bezieht sich die Bewertung der Gesellschaft als gerecht oder ungerecht unzweifelhaft auf die aktuelle

Situation, die Bewertungsmaßstäbe können aber sehr wohl vorwiegend im frühen Sozialisationsprozess entwickelt worden sein. Umgekehrt sind grundlegende Wertorientierungen wie die Priorität für die Freiheit im Vergleich zu Gleichheit und Sicherheit zwar Ausdruck der Persönlichkeit des Befragten, zugleich aber auch durch die jeweilige soziale Situation bedingt. Insofern für die Erklärung der Einheitsbewertung auch die Einstellungen zur DDR herangezogen werden, spielen zusätzlich weltanschauliche Orientierungen eine Rolle, die quer zu der (vermeintlichen) Dichotomie von Sozialisation und Situation stehen. In der Kombination der oben genannten Faktoren lässt sich – unbeschadet ihrer konkreten Zuordnung – die Bewertung der deutschen Einheit durch die Thüringer gleichwohl ausgesprochen gut erklären.

Noch unbeachtet geblieben sind bislang die Verbindungen zwischen der Einheitsbewertung und den Einstellungen der Thüringer zur Demokratie. Bevor diese Zusammenhänge analysiert werden können, sind im Folgenden zunächst die politischen Perzeptionen sowie die Verbreitung und Struktur rechtsextremer Orientierungen im Freistaat zu diskutieren. Für diese Untersuchungsfelder stehen mittlerweile Zeitreihen für die Jahre 2001 bis 2005 zur Verfügung.

V. Die Demokratiebewertung

1. Einstellungen zu Politik und Demokratie

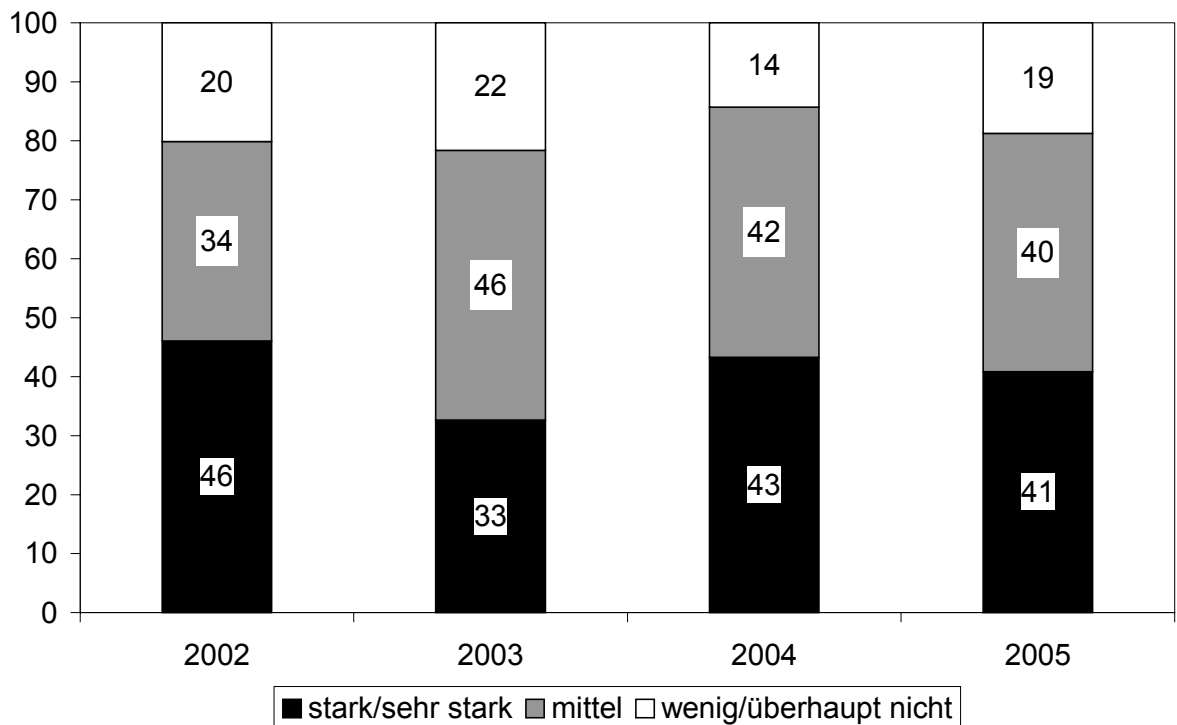
Neben den politischen Einstellungen im engeren Sinne bestehen in jeder politischen Gemeinschaft bestimmte Wahrnehmungen, anhand derer sich die Grundhaltung der Bürger zum Politischen bestimmen lässt. Besonders aussagekräftig ist dabei das politische Interesse, weil es Informationen über den Stellenwert des Politischen gibt.²⁰ Je nach der öffentlichen Diskussion über politische Fragen kann das politische Interesse auch kurzfristig beträchtlichen Schwankungen unterliegen. Ein mehr oder minder deutlicher Anstieg ergibt sich regelmäßig im Kontext von Wahlen, vor allem in der heißen Wahlkampfphase. In Thüringen fanden zwar sowohl in diesem Jahr als auch 2004 Wahlen statt, allerdings lag der Erhebungszeitraum in beiden Jahren weit vom tatsächlichen Wahltermin entfernt, 2004 sogar nach den Landtags- und Europawahlen.

Diese Tatsache mag erklären, weshalb das politische Interesse der Thüringer 2005 wie im Vorjahr geringer ausgeprägt war als im August 2002, als der Befragungstermin zu Beginn der Kampagnenphase der Bundestagswahl gelegen hatte. Mit knapp 41 Prozent liegt der Anteil politisch stark oder sehr stark Interessierter um wenige Prozentpunkte niedriger als 2002 und etwa auf dem Niveau des Vorjahres (vgl. Abb. 24). Eine vergleichbare Zahl von Befragten gibt ein mittleres Interesse an, während knapp ein Fünftel nur geringes oder überhaupt kein politisches Interesse äußert. Damit räumen die Thüringer Befragten der Politik größere Bedeutung ein als es Ost- wie Westdeutsche bei bundesweiten Befragungen in der Vergangenheit getan haben.²¹ Wie in den Vorjahren sind Ältere, formal höher Gebildete und Befragte, die sich politisch links einordnen, überdurchschnittlich interessiert. Auch zwischen den Geschlechtern finden sich Unterschiede: Während sich die Hälfte der Männer an Politik (sehr) stark interessiert zeigt, ist es unter den Frauen lediglich ein Drittel.

20 Regelmäßig wird in Bevölkerungsbefragungen ein gegenüber anderen Lebensbereichen eher geringer Stellenwert der Politik ermittelt.

21 Die Unterschiede zu Ostdeutschland insgesamt belaufen sich durchweg auf über zehn Prozentpunkte; vgl. Statistisches Bundesamt 2004b: 640f.

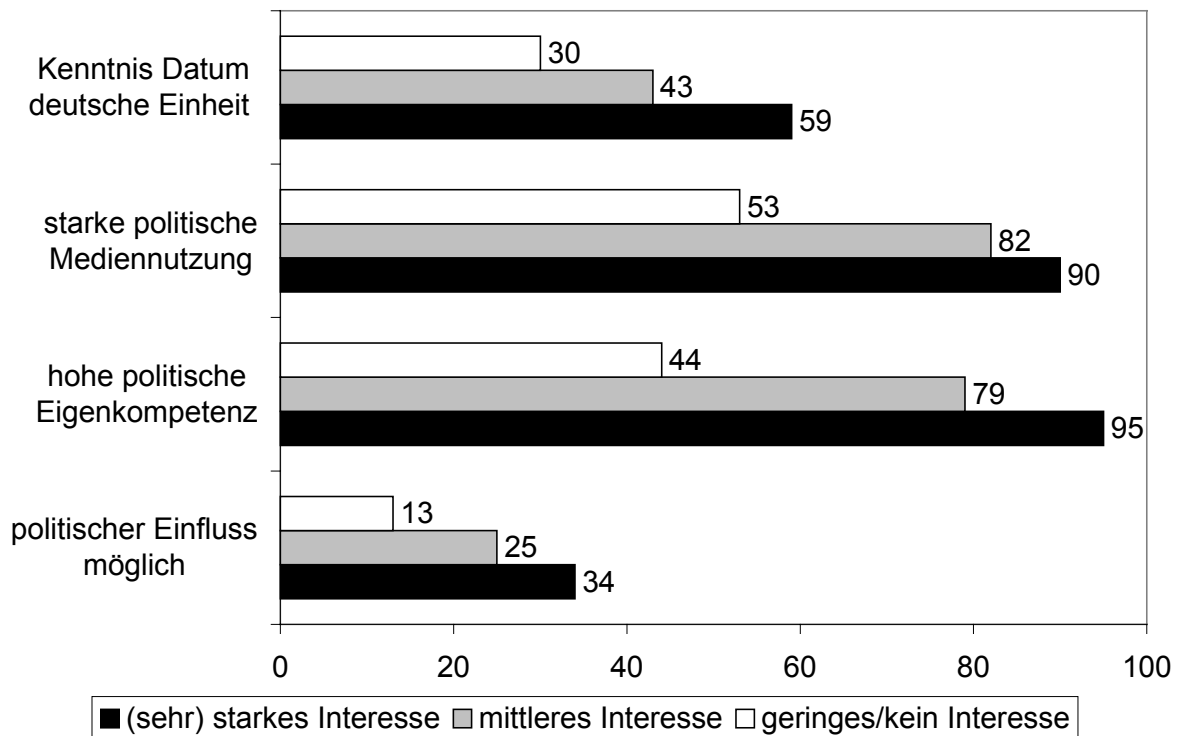
Abb. 24: *Entwicklung des politischen Interesses 2002-2005*
(in Prozent)



Aufschlussreicher und vor allem folgenreicher sind die Zusammenhänge, die zwischen dem politischen Interesse und anderen Wahrnehmungen des Politischen bestehen. So führt ein ausgeprägtes Interesse an politischen Fragestellungen zu einem anderen politischen Kenntnisstand und zu einem anderen Mediennutzungsverhalten als ein schwaches Interesse. Gewaltige Unterschiede zwischen politisch stark und wenig Interessierten ergeben sich etwa bei der Zuschreibung politischer Eigenkompetenz, also hinsichtlich der Fähigkeit, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können. Generell zeigen sich die Thüringer sehr überzeugt von der eigenen Urteilskraft – sogar stärker noch als in den beiden vorausgegangenen Jahren: Drei von zehn sind voll und ganz davon überzeugt, weitere 50 Prozent überwiegend. Unter den Befragten mit (sehr) starkem politischen Interesse liegt der Anteil derjenigen mit hoher Eigenkompetenzzuschreibung mehr als doppelt so hoch als bei den kaum oder gar nicht Interessierten (vgl. Abb. 25).

Ähnlich groß fallen die Unterschiede beim zeitgeschichtlichen Basiswissen aus: Den 30 Prozent der politisch Desinteressierten, die hier den 3. Oktober 1990 als Datum nennen konnten, steht ein doppelt so hoher Anteil unter den Befragten mit (sehr) starkem Interesse gegenüber. Im Umkehrschluss bedeutet dies allerdings auch, dass trotz des Nationalfeiertags vier von zehn politisch Interessierten die deutsche Einheit nicht korrekt terminieren konnten. Gleichwohl gilt auch nach den früheren Befragungen: Politisches Interesse führt zu einer höheren Eigenkompetenzzuschreibung und zu besseren politischen Kenntnissen.

Abb. 25: *Verhältnis zur Politik nach politischem Interesse*
(in Prozent)

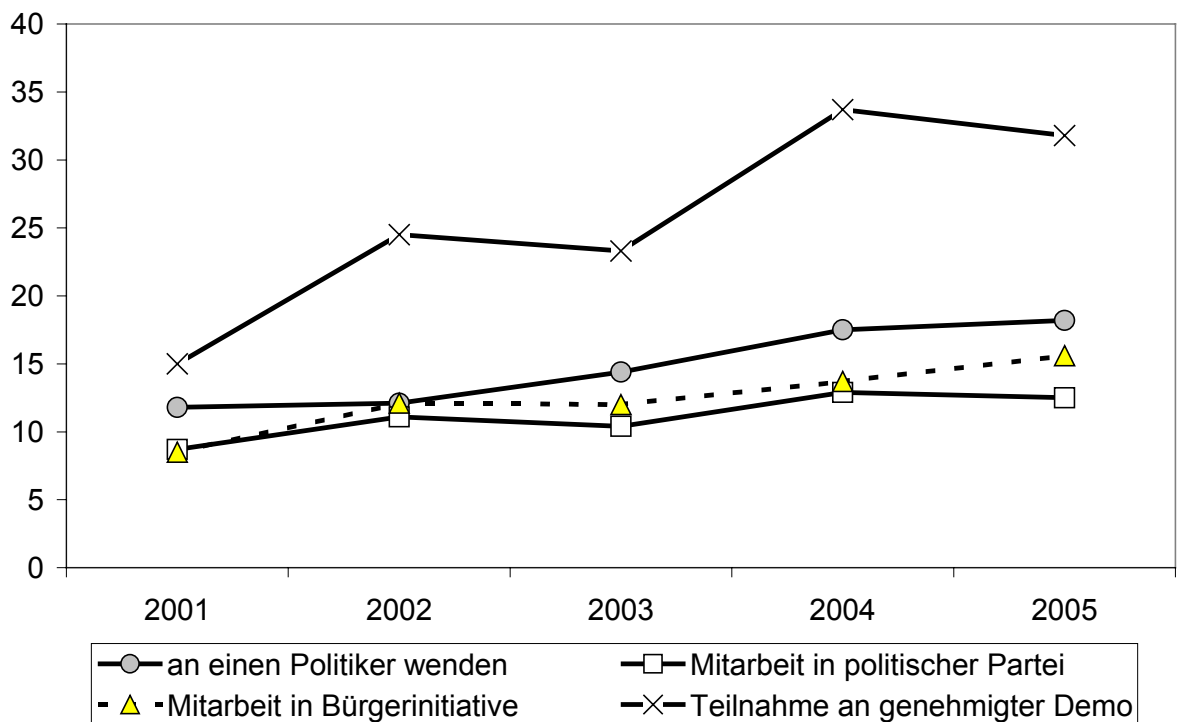


Die Relevanz des politischen Interesses erschöpft sich jedoch nicht in den Kenntnissen. Wer sich für politische Angelegenheiten interessiert, geht auch mit sehr viel größerer Wahrscheinlichkeit davon aus, dass sich politisch etwas bewirken, sich also ganz konkret das Regierungshandeln beeinflussen lässt. Sehr ausgeprägt ist diese Überzeugung auch unter den politisch Interessierten nicht – was schlicht daran liegen dürfte, dass ein Einfluss in aller Regel nur vermittelt und langfristig geltend gemacht werden kann –, interessant sind jedoch ihre weit überdurchschnittlichen Einschätzungen in puncto politische Selbstwirksamkeit. Demgegenüber erweist sich der Grad des politischen Interesses für die Bewertung von Politik und Parteien allgemein als bedeutungslos. Auch das Institutionenvertrauen und die Demokratiezufriedenheit stehen damit nicht in Zusammenhang.

Wichtig ist das politische Interesse dafür beim Mediennutzungsverhalten. Erwartungsgemäß informieren sich die Interessierten sehr viel stärker anhand von Fernsehen, Rundfunk und Presse über politische Fragen als die Kontrastgruppe. 60 Prozent nutzen zwei oder sogar drei verschiedene Medien, um sich über die politischen Geschehnisse auf dem Laufenden zu halten, unter den gering oder gar nicht Interessierten sind es hingegen nicht einmal 15 Prozent. Bei der Präferenz für einzelne Fernseh- oder Rundfunksender, die zur politischen Information genutzt werden, unterscheiden sich die Gruppen jedoch nur geringfügig voneinander. Politisch Interessierte nutzen stärker die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, während die gar nicht bis mittelmäßig Interessierten eher zu privaten Anbietern tendieren. Die größten Unterschiede finden sich bei den Hörern des Deutschlandfunks/Deutschlandradios, die allerdings mit sieben Prozent der sich aus dem Radio politisch Informierenden nur eine kleine Gruppe stellen: Unter ihnen sind die politisch Interessierten drastisch überrepräsentiert. Ganz allgemein hat sich der Anteil der Befragten, die sich aus Tageszeitung, Rundfunk oder Fernsehen über Politik informieren, gegenüber dem Jahr 2003, für das Vergleichszahlen vorliegen, mit etwa 80 Prozent nicht nennenswert verändert.

Sind die genannten Faktoren – politisches Interesse, basales Wissen, Eigenkompetenz-zuschreibung und Mediennutzung – jenseits der internen Zusammenhänge auch relevant für das politische Handeln? Wie wirken sie sich auf die Partizipation der Thüringer Bürger aus? Wie in den vergangenen Jahren ist im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2005 nach sechs Formen politischer Beteiligung gefragt worden, von denen sich vier im Rahmen des gesetzlich Zulässigen bewegen. Wie bei allen bisherigen Befragungen ist darunter die nur schwach institutionalisierte und zeitlich begrenzte Teilnahme an einer Demonstration die relativ am häufigsten praktizierte Partizipationsform (vgl. Abb. 26). Knapp ein Drittel hat sich schon einmal in dieser Art und Weise politisch engagiert, während nur jeder Achte angibt, schon einmal in einer politischen Partei mitgewirkt zu haben. Diese gleichermaßen konventionelle wie auf Dauer angelegte Variante politischer Partizipation ist zugleich die einzige, die eine deutliche Mehrheit der Befragten für sich ausschließt. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative und das Herantreten an einen Politiker mit einem bestimmten Anliegen kann sich hingegen die Mehrheit der Befragten vorstellen, auch wenn sie bislang nicht in dieser Weise tätig geworden ist.

Abb. 26: *Tatsächliche legale politische Partizipation 2001 bis 2005 (in Prozent)*



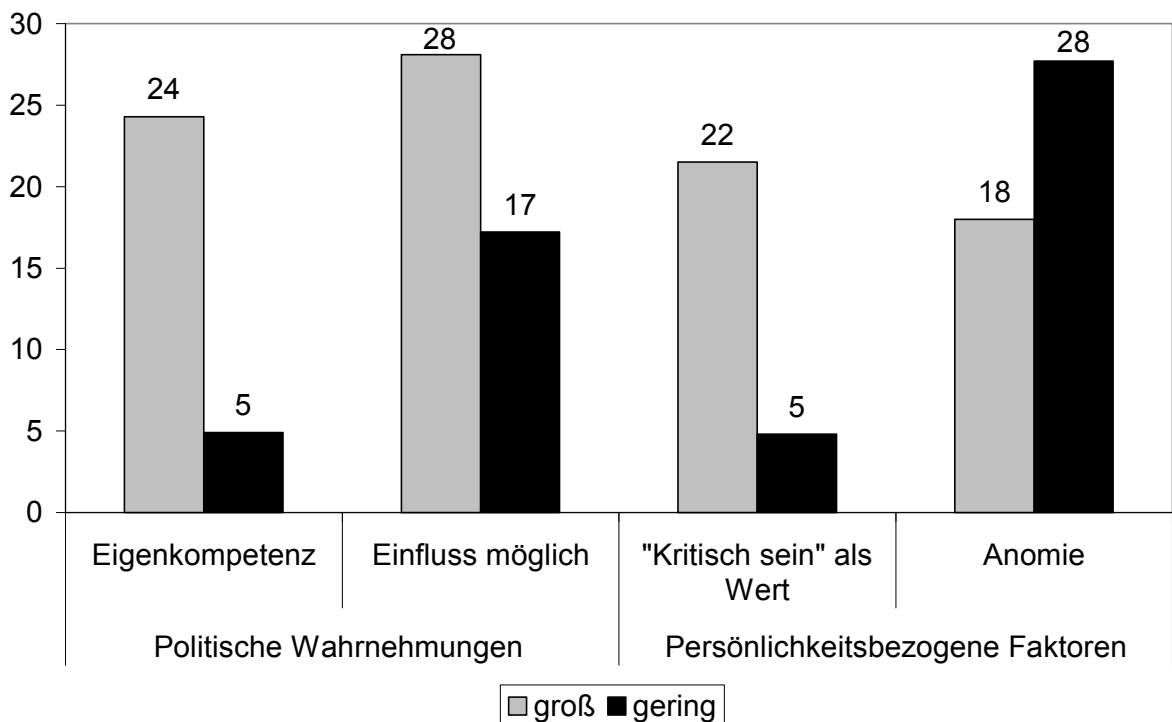
Insgesamt bestätigt sich sowohl die vergleichsweise große Bereitschaft zur politischen Partizipation – bei deutlich niedrigeren Werten für die tatsächliche Beteiligung –, als auch die Neigung zu eher unkonventionellen und sporadischen Varianten der Partizipation. Im Zeitverlauf hat sich dabei das Beteiligungsniveau durchweg erhöht, auch wenn 2005 für einen etwas größeren Anteil der Befragten als im Vorjahr die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative und die Beteiligung an einer angemeldeten Demonstration nicht in Frage kommt. Die Älteren verfügen wohl schon bedingt durch den Vorsprung an Lebensjahren über mehr Erfahrung mit allen Formen der politischen Partizipation als die Jüngeren. Dies gilt zumindest für die legalen Varianten politischer Beteiligung, denn für die unangemeldeten Demonstrationen und

die Durchsetzung politischer Ziele mit Gewalt ergibt sich ein anderes Bild. Für beide Handlungsformen gilt, dass sie nur von einer kleinen Minderheit der Thüringer jemals ausgeübt worden sind. Die Bereitschaft dazu ist jedoch in der jüngsten Alterskohorte mit Abstand am deutlichsten ausgeprägt. Dies gilt insbesondere für die politische Gewaltbereitschaft. Sie findet sich bei mehr als 20 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, während entsprechende Aussagen in allen anderen Altersgruppen nicht einmal von jedem Zehnten getroffen werden.

Die legalen politischen Partizipationsformen hängen eng mit dem Verhältnis der Befragten zur Politik zusammen. So steigt die politische Beteiligung linear mit dem politischen Interesse und der Verfolgung der auf die Politik bezogenen Medienberichterstattung an. Nahe-liegenderweise ist auch die Einschätzung der Wirksamkeit politischen Handelns von Gewicht: Von denjenigen, die meinen, das Regierungshandeln lasse sich durch eigene Aktivitäten verändern, sind beinahe 30 Prozent auch stark politisch aktiv, das heißt sie haben mindestens zwei der genannten legalen Partizipationsformen bereits einmal praktiziert (vgl. Abb. 26). In der Kontrastgruppe sind es lediglich 17 Prozent. Weit größer sind die Unterschiede bei der Selbstzuschreibung politischer Kompetenz. Jeder Vierte, der sich in der Lage sieht, politische Fragen gut zu verstehen und einzuschätzen, ist politisch stark engagiert – ein fünfmal höherer Anteil als unter den Befragten, die ihre eigene politische Urteilskraft gering einschätzen.

Neben den allgemeinen politischen Wahrnehmungen hängt das politische Engagement der Befragten auch von ihrer Persönlichkeit ab. Starke soziale Desorientierung wirkt sich dabei negativ auf die politische Beteiligung und die Partizipationsbereitschaft aus. Ganz ähnliche aktivitätshemmende Effekte gehen von autoritären Einstellungen aus. Noch deutlicher macht sich allerdings die Geringschätzung der Kritikfähigkeit bemerkbar: Unter denjenigen, die den Wert kritischen Prüfens bestreiten, ist nur etwa jeder Zwanzigste stark politisch aktiv, während es in der Kontrastgruppe 22 Prozent sind (vgl. Abb. 27). Andere Wertorientierungen wie Hedonismus, Materialismus und selbst Prosozialität haben demgegenüber keinerlei Einfluss auf das politische Engagement.

Abb. 27: *Starke politische Partizipation nach ausgewählten Wertorientierungen und politischen Wahrnehmungen*
(in Prozent)



Weit weniger noch als die Partizipation(-sbereitschaft) hängen das politische Interesse, die Mediennutzung, die Eigenkompetenzzuschreibung und die Überzeugung von der Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns mit persönlichen Eigenschaften oder Wertorientierungen der Befragten zusammen. Umso größere Beachtung verdienen die wenigen persönlichkeitsbezogenen Faktoren, die sich hier als wichtig erweisen. So macht sich eine hohe Wertschätzung von Kritikfähigkeit positiv beim politischen Interesse und bei der politischen Eigenkompetenzzuschreibung bemerkbar. Noch stärkere Effekte lassen sich für die Anomie nachweisen: Befragte mit einem starken Desorientierungsempfinden sind weit weniger an Politik interessiert; sie schätzen insbesondere ihre politischen Einflussmöglichkeiten drastisch schlechter ein als andere.

Das Gefühl einer Desorientierung angesichts raschen sozialen Wandels ist zugleich auch der einzige persönlichkeitsbezogene Faktor, der stark mit den generalisierten Bewertungen von Politik und Parteien zusammenhängt: Je größer das Empfinden von Anomie, desto negativer fallen die Urteile über *die* Politik und *die* Parteien aus. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich das Misstrauen insbesondere gegenüber den Parteien nochmals verstärkt. Es erstreckt sich auf sämtliche gesellschaftliche Gruppen, ohne dass aber deswegen die Neigung zu *einer* spezifischen Partei merklich gelitten hätte. Immerhin eine knappe Mehrheit der Befragten bringt die Verbundenheit mit einer der drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien zum Ausdruck. Auch wenn dies der nach 2001 niedrigste Wert der vergangenen sechs Jahre ist, unterstreicht er doch die schon in früheren Erhebungen konstatierte Kluft zwischen der allgemeinen Parteienbewertung und der Sympathie für die „eigene“ Partei.

Nicht zuletzt diese Kluft lässt die generalisierte Einstellung zu den Parteien im Ensemble der auf die Unterstützung des demokratischen Systems bezogenen Fragen als nur wenig informa-

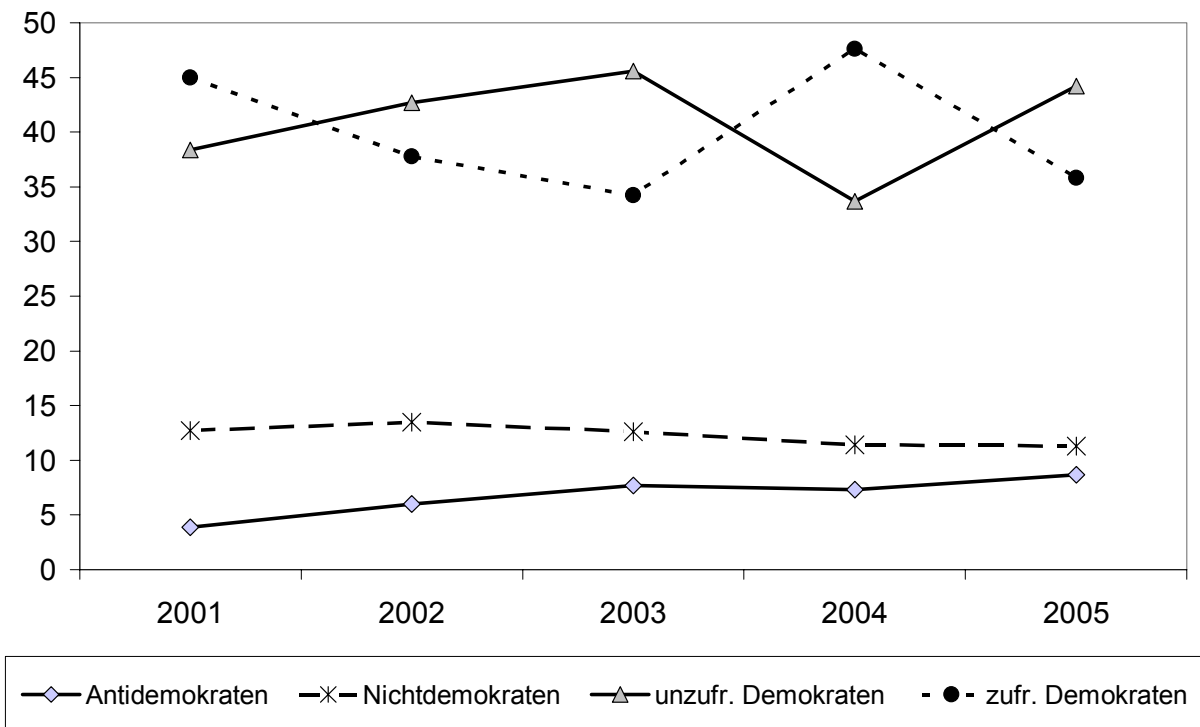
tiv erscheinen. Sehr viel aussagekräftiger ist demgegenüber die auch in den bisherigen Untersuchungen des THÜRINGEN-MONITORS gebildete Typologie demokratiebezogener Einstellungen. Dabei werden die Fragen zur Demokratie als bester Staatsidee und zur Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis in Beziehung zueinander gesetzt. Als *zufriedene Demokraten* gelten diejenigen, die beide Aussagen unterstützen. *Unzufriedene Demokraten* zeigen sich zwar von der Idee der Demokratie überzeugt, sind jedoch mit ihrer Anwendung in der Praxis nicht zufrieden. Diesen beiden Gruppen stehen die Nicht-Demokraten gegenüber, die die Demokratie als Werteordnung ablehnen. Diese Gruppe lässt sich zusätzlich anhand ihrer Einstellung zu der Aussage „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ differenzieren: Wer zusätzlich eine Diktatur unterstützt, ist wegen seiner solchermaßen bekundeten Gegnerschaft zur demokratischen Ordnung ein *Antidemokrat*, ist dies nicht der Fall, handelt es sich um einen *Nichtdemokraten*.

Wie Abbildung 28 illustriert, hat sich der Anteil der Antidemokraten seit dem Jahr 2001 etwa verdoppelt, verbleibt aber mit nunmehr knapp neun Prozent weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Zusammen mit der Gruppe der Nichtdemokraten ergibt sich ein gutes Fünftel der Befragten, das der demokratischen Werteordnung ablehnend gegenübersteht. Diese Größenordnung hat sich im Laufe der vergangenen fünf Jahre nur geringfügig verändert.²² Im Umkehrschluss zeigen sich vier von fünf Befragten von der Idee der Demokratie überzeugt. Innerhalb dieser Gruppe, also zwischen zufriedenen und unzufriedenen Demokraten, ergeben sich traditionell die stärksten Verschiebungen. Dabei macht auch die aktuelle Befragung keine Ausnahme. Nach einem rapiden Anstieg des Prozentsatzes zufriedener Demokraten im vergangenen Jahr ist ihr Anteil 2005 wieder auf das Niveau der Jahre 2002 und 2003 gefallen. Die relative Mehrheit stellen erneut die unzufriedenen Demokraten mit nunmehr 44 Prozent aller Befragten – ein Anstieg um etwa zehn Prozentpunkte.

In ihrer sozialen Zusammensetzung unterscheiden sich die einzelnen Typen weiterhin sehr deutlich voneinander. So sind unter den Nicht-Demokraten die formal niedriger Gebildeten und die Frauen erheblich überrepräsentiert. Während fast 30 Prozent der Frauen der demokratischen Werteordnung ablehnend gegenüberstehen, sind es unter den Männern lediglich gut elf Prozent. Noch deutlicher fallen die Unterschiede zwischen Befragten ohne und mit Abitur aus. Jeweils auf etwa ein Drittel beläuft sich der Anteil der Nicht-Demokraten unter den Thüringern, die ihre eigene finanzielle Lage als schlecht charakterisieren und die im sozio-kulturellen Sinne depriviert sind. Unter den Arbeitslosen übersteigt der Anteil der Antidemokraten mit 20 Prozent gar den der zufriedenen Demokraten (17 %). Während den sozialstrukturellen Faktoren damit einige Bedeutung zukommt, ist der Zusammenhang mit den meisten Wertorientierungen bzw. persönlichkeitsbezogenen Merkmalen eher gering. Allein das Gefühl der sozialen Verunsicherung und der – damit eng verbundene – Autoritarismus erscheinen hier einschlägig. In beiden Fällen stehen vor allem die Gruppen mit den niedrigen Werten hervor. Unter ihnen stellen die zufriedenen Demokraten zumindest die relative Mehrheit, während die Antidemokraten eine verschwindend kleine Minderheit sind.

22 Der geringe Anstieg liegt am Rande der statistischen Fehlermarge.

Abb. 28: *Typen demokratiebezogener Einstellungen im Zeitverlauf
(in Prozent)*



Die Typen demokratiebezogener Einstellungen stehen schließlich auch im Zusammenhang mit einer Frage zum Demokratieverständnis: der nach der Behandlung von Schwerverbrechern vor Gericht. Unter den Befragten, die entschieden für eine Gleichbehandlung eintreten, finden sich nur halb so viele Antidemokraten und Nichtdemokraten wie unter denjenigen, die sich nachdrücklich dagegen aussprechen. Dieser Zusammenhang ist insofern plausibel, als die Aussage, dass Schwerverbrecher vor Gericht nicht die gleichen Rechte haben sollten, die Unterstützung der rechtsstaatlichen Dimension der Demokratie – im Spannungsfeld mit der Verbrechensbekämpfung – misst. Wie schon in den Jahren 2003 und 2004 ergibt sich ein eher schwach ausgeprägtes rechtsstaatliches Bewusstsein: Fast zwei Drittel der Befragten sprechen sich gegen gleiche Rechte von Schwerverbrechern vor Gericht aus. Dies bedeutet nach dem Rückgang im vergangenen Jahr nicht nur einen deutlichen Anstieg, sondern auch den bislang höchsten Wert.

Neben dem in rechtsstaatlicher Hinsicht restriktiven Demokratieverständnis findet sich auch die deutliche Ergebnis- oder Output-Orientierung aus den beiden vorausgegangenen Jahren bestätigt. Nach wie vor vertritt eine Mehrheit der Thüringer die Auffassung, dass es in einer Demokratie nicht so sehr auf die Beteiligung jedes Einzelnen, sondern auf das Ergebnis ankommt. Allerdings ist die Zustimmung zu dieser Aussage seit 2003 um zehn Prozentpunkte auf nunmehr 56 Prozent gesunken. Offenbar verschieben sich hier die Präferenzen der Befragten zugunsten der Beteiligung; die Input-Orientierung ist inzwischen stärker ausgeprägt.

Kombiniert man die beiden 2005 wiederholten Fragen zum Demokratieverständnis miteinander, ergibt sich eine Vierfelder-Tafel (vgl. Tab. 8), bei der jedes Feld für einen Typ stehen kann. Nummeriert man die Felder im Uhrzeigersinn beginnend mit dem Quadranten links oben, so finden sich im ersten und dritten Feld die Kontrastgruppen: Befragte, deren Lesart

der Demokratie ergebnisbezogenen und exklusiv ist, stehen denjenigen gegenüber, die Demokratie inputbezogen und inklusiv verstehen. Inklusiv bezeichnet in diesem Kontext eine weite, unterschiedliche Gruppen – eben auch Schwerverbrecher – einschließende Interpretation des Rechtsstaats. Wie in den Jahren zuvor befinden sich die Befragten mit einem outputbezogenen und exklusiven Demokratieverständnis in der relativen Mehrheit. Ihr Anteil ist nach einem deutlichen Rückgang 2004 wieder gestiegen, auf nunmehr 40 Prozent. Die entsprechende Gruppe ist damit doppelt so groß wie die Kontrastgruppe, die für die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien eintritt und die Inputseite der Demokratie betont. Erstmals an zweiter Stelle in puncto öffentlicher Unterstützung liegt die Kombination aus Inputorientierung und Exklusion.

Tab. 8: *Typologie des Demokratieverständnisses*
(in Prozent)

		in der Demokratie Ergebnis wichtiger als Beteiligung	
		stimme voll und ganz zu / stimme eher zu	lehne völlig ab / lehne eher ab
Keine gleichen Rechte für Schwer- verbrecher	stimme voll und ganz zu /	outputbezogen & exklusiv 40 (2005)	inputbezogen & exklusiv 25 (2005)
	stimme eher zu	36 (2004) 45 (2003)	16 (2004) 17 (2003)
	lehne völlig ab /	outputbezogen & inklusiv 16 (2005)	inputbezogen & inklusiv 19 (2005)
	lehne eher ab	23 (2004) 21 (2003)	25 (2004) 17 (2003)

Mehr noch als das Demokratieverständnis hat die Unterstützung des demokratischen Systems einen breiten Raum in den bisherigen Studien des THÜRINGEN-MONITORS eingenommen. Dabei ist wiederholt das Dreiebenenmodell der Demokratieunterstützung von Dieter Fuchs zugrunde gelegt worden (vgl. Fuchs 1997, 2002). Daran soll auch in diesem Jahr angeknüpft werden. Das Modell unterscheidet drei verschiedene Ebenen der Unterstützung, denen spezifische Einstellungsobjekte zugeordnet sind. Die Ebene der Werte erfasst die Akzeptanz demokratischer Normen und zielt damit auf die diffuse Demokratieunterstützung. Dies gilt in abgeschwächter Form auch für die Regime-Ebene, auf der die politische Ordnung des Gemeinwesens, im Fall der Bundesrepublik Deutschland also die grundgesetzliche (Verfassungs-)Ordnung, das Einstellungsobjekt darstellt. Auf der dritten Ebene der demokratischen Performanz wird die Unterstützung der konkreten demokratischen Praxis, also gewissermaßen die der lebenden Verfassung gemessen.

Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2005 stehen zur Messung der drei Einstellungsobjekte der Demokratieunterstützung jeweils zwei Indikatoren zur Verfügung. Im Fall der demokratischen Performanz, also der Akzeptanz von praktizierten Entscheidungsverfahren und -akteuren sind mit der Demokratiezufriedenheit und dem Vertrauen in politiknahe Institutionen die beiden aussagefähigsten Fragen ausgewählt worden. Die insgesamt sechs

Indikatoren ermöglichen eine genaue Einschätzung des Unterstützungsniveaus für das demokratische System auf allen drei Ebenen und damit auch im Ebenenvergleich. Da sie – mit Ausnahme der Frage nach der Zufriedenheit mit dem politischen System, so wie es in der Verfassung verankert ist – bereits seit fünf Jahren im selben Wortlaut erhoben werden, lassen sich gerade die Entwicklungen im Zeitverlauf nachvollziehen. In Tabelle 9 sind die entsprechenden Veränderungen in den Jahren 2001 bis 2005 dokumentiert.

Tab. 9: *Unterstützung des demokratischen Systems nach Ebenen 2001 bis 2005 (Zustimmung in Prozent)*

	2001	2002	2003	2004	2005
Ebene der demokratischen Werte					
Demokratie beste Staatsidee	83	80	79	80	79
Ablehnung einer Diktatur	83	83	80	83	81
Ebene des demokratischen Regimes					
Zufriedenheit mit Verfassungsordnung	nicht erhoben			77	76
Vertrauen in politikferne Institutionen ²³	63	65	68	79	71
Ebene der demokratischen Performanz					
Demokratiezufriedenheit	48	40	37	50	37
Vertrauen in politiknahe Institutionen ²⁴	37	32	30	32	27

Die aus dem Vorjahr bekannten Diskrepanzen im Unterstützungsniveau zwischen den drei Ebenen finden sich auch in der aktuellen Befragung bestätigt. Die stärkste Unterstützung erfahren die demokratischen Normen, denen vier von fünf Befragten zustimmen. Weit niedriger fällt die Zufriedenheit mit der demokratischen Performanz aus. Bislang hat sich zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit der Befragten gefunden, die auch nur eine der beiden zur Messung herangezogenen Aussagen unterstützt. Die Zustimmung zum demokratischen Regime bewegt sich zwischen diesen Polen, liegt aber mit Werten zwischen 70 und 80 Prozent in den letzten beiden Jahren sehr viel näher bei den Unterstützungsraten, die die demokratische Werteordnung erreicht.

Ebenendifferenzen ergeben sich jedoch nicht allein für den Grad der Unterstützung, sondern auch im Ausmaß der im Zeitverlauf auftretenden Schwankungen. Bemerkenswert stabil fällt die Zustimmung zu den demokratischen Werten aus: Die Demokratie als Staatsidee erfährt ebenso kontinuierlich eine etwa 80-prozentige Unterstützung wie eine „Diktatur im nationalen Interesse“ bei vier von fünf Thüringern auf Ablehnung stößt. Keine Veränderungen haben sich auch bei der Beurteilung des politischen Systems in Deutschland, „so wie es in der Verfassung festgelegt ist“, ergeben. Wie bei der erstmaligen Messung im vergangenen Jahr

23 Summenindex aus dem Vertrauen in Gerichte und Polizei. Bei einem Wert oberhalb des Skalenmittelpunkts wird von einem hohen Vertrauen ausgegangen.

24 Summenindex aus dem Vertrauen in Landesregierung und Bundesregierung. Bei einem Wert oberhalb des Skalenmittelpunkts wird von einem hohen Vertrauen ausgegangen.

äußern sich drei Viertel der Befragten positiv. Damit findet sich zugleich die Ende August 2005 bei einer Repräsentativbefragung in Ostdeutschland ermittelte hohe Unzufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt wurde, für Thüringen nicht bestätigt.²⁵

Rückläufig ist hingegen das Vertrauen in die politikfernen Institutionen. Davon sind beide Institutionen betroffen, deren Vertrauenswerte in den Summenindex Eingang gefunden haben: die Gerichte und die Polizei. Die Gerichte sind von diesem Vertrauensverlust etwas stärker betroffen, sie genießen aber weiterhin das starke oder weitgehende Vertrauen einer Mehrheit der Thüringer; im Fall der Polizei äußern sich sogar drei Viertel der Befragten entsprechend. Der 2005 beobachtete Rückgang ist darüber hinaus vor dem Hintergrund eines kontinuierlichen und 2004 bei den Gerichten besonders rasanten Vertrauensgewinns zu interpretieren. Die aktuellen Werte sind denn auch die zweithöchsten seit der erstmaligen Erhebung dieser Fragen im Jahr 2001.

Die stärksten Schwankungen finden sich auf der Ebene der demokratischen Performanz. Die entsprechenden Einstellungen sind folglich besonders sensibel gegenüber aktuellen Stimmungen und tagespolitischen Entwicklungen. An keinem anderen Indikator ist dies so deutlich abzulesen wie an der Demokratiezufriedenheit: Nach einem sprunghaften Anstieg von 37 auf 50 Prozent im vergangenen Jahr hat sich bei der aktuellen Befragung wieder eine Absenkung auf das Niveau des Jahres 2003 vollzogen. Besonders drastisch gesunken ist die Demokratiezufriedenheit unter den Männern – nachdem sie im Vorjahr ähnlich sprunghaft angestiegen war –, in den mittleren Altersgruppen und bei Befragten mit niedrigem formalen Bildungsabschluss.

Wie die Demokratiezufriedenheit ist in diesem Jahr auch das Vertrauen in die politiknahen Institutionen zurückgegangen. Anders als bei den politikfernen Institutionen verlief dieser Rückgang im Unterstützungsniveau jedoch nicht gleichgewichtig zwischen Landes- und Bundesregierung, sondern vorwiegend zu Lasten letzterer. So erreichte die Bundesregierung 2005 mit gut 15 Prozent den niedrigsten Vertrauenswert seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000. Demgegenüber ist das Vertrauen in die Landesregierung nur geringfügig gesunken. Dass das Ausmaß des bekundeten Vertrauens selbst bei zeitlich nahe liegenden Wahlen keine Rückschlüsse auf das Stimmverhalten erlaubt, dürften die Thüringer Ergebnisse der Bundestagswahl am 18. September unterstrichen haben.²⁶

Insgesamt zeichnen sich die Einstellungen der Thüringer zur Demokratie als Werteordnung und zum demokratischen Regime auch im Jahr 2005 durch bemerkenswerte Kontinuität und eine starke Akzeptanz aus. Dies gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass die Zuordnung des Vertrauens in die politikfernen Institutionen zur Ebene des demokratischen Regimes umstritten ist (TM 2004: 76). Hingegen bewegt sich die Unterstützung der demokratischen Performanz in Thüringen auf einem (auch im Vergleich zu Westdeutschland) sehr niedrigen Niveau. Die Bewertung der Demokratie in der Praxis und ausgewählter demokratischer Entscheidungsträger unterliegt darüber hinaus starken Schwankungen. So hat die Zustimmung zu beiden Indikatoren der demokratischen Performanz, vor allem die Demokratiezufriedenheit von 2004 auf 2005 deutlich abgenommen.

25 43 Prozent der befragten Ostdeutschen kamen nach dieser Forsa-Befragung zu einem negativen Urteil über die Verfassungsordnung der Bundesrepublik; vgl. „Ostdeutsche sind eher unzufrieden“, in: taz vom 1.9.2005.

26 Die die meisten Mitglieder des Bundeskabinetts stellende SPD erhielt trotz deutlicher Verluste die relative Mehrheit der Zweistimmen und konnte sechs der neun Thüringer Wahlkreise für sich gewinnen.

Geht von der niedrigen und zuletzt sinkenden Unterstützung der praktizierten Demokratie und der politischen Akteure die Gefahr aus, dass mittelfristig auch die bislang breite Akzeptanz von demokratischen Werten und Verfassungsordnung erodiert? Diese Befürchtung ist auch in der Literatur immer wieder geäußert worden. Auch Fuchs (2002: 37f.) ging in seinem Modell von Wirkungen der Einstellung zur Performanz zumindest auf die Unterstützung des demokratischen Regimes aus. Zuverlässige Angaben dazu ließen sich nur machen, wenn über mehrere Jahre hinweg dieselben Personen befragt würden. Dennoch bietet der THÜRINGEN-MONITOR zumindest einige Anhaltspunkte für die Beantwortung dieser Frage.

Zunächst ist festzustellen, dass die Zusammenhänge zwischen den Einstellungen zur praktizierten Demokratie und denen zu Werten und Regime unterschiedlich stark sind. Die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in politiknahe Institutionen hängen stark mit der Unterstützung des demokratischen Regimes zusammen. Hingegen sind sie mit der Einstellung zur Demokratie als Staatsidee nur schwach verknüpft; zur Diktaturbewertung besteht überhaupt kein Zusammenhang. Mit anderen Worten: Die Unterstützung der Demokratie als Norm wird von den Bewertungen der demokratischen Performanz nicht nachhaltig beeinflusst. Hingegen ist eine Wirkung auf die Bewertung der bundesdeutschen Verfassungsordnung angesichts der starken Zusammenhänge durchaus plausibel. Dagegen spricht empirisch bislang vor allem die hohe Akzeptanz des politischen Systems, wie es im Grundgesetz verankert ist, die trotz sinkender Demokratiezufriedenheit stabil geblieben ist.

Wenn die drei Ebenen der Demokratieunterstützung, wie im Modell von Fuchs angenommen, unterschiedliche Dimensionen der demokratiebezogenen Einstellungen erfassen – und dafür sprechen nicht nur die Unterschiede im Unterstützungsniveau, sondern auch die Zusammenhänge innerhalb und zwischen den Ebenen –, dann ist zu erwarten, dass sich die Unterstützung aus je nach Ebene unterschiedlichen Quellen speist. Diese Annahme konnte bereits im vergangenen Jahr im Rahmen einer multivariaten Analyse der Bestimmungsfaktoren der Demokratieunterstützung bestätigt werden (TM 2004: 84f.). Dabei wurde für jede Einstellungsebene eine besonders aussagekräftige Variable ausgewählt – die Demokratie als Staatsidee auf der Werteebene, die Verfassungsordnung auf der Regimeebene und die Demokratiezufriedenheit auf der Performanzebene – und diese mit Hilfe verschiedener Bestimmungsfaktoren zu erklären versucht.

Entsprechend wurde auch in diesem Jahr vorgegangen, wobei sozialstrukturelle und sozioökonomische Variablen ebenso Berücksichtigung fanden wie die Gerechtigkeitswahrnehmungen, das Verhältnis zur Politik und – breiter als in allen früheren Studien des THÜRINGEN-MONITORS – Wertorientierungen.²⁷ Anders als 2004 wurden zunächst die Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Ebenen der Demokratieunterstützung ausgeblendet, um ein genaues Bild von den Wirkungen demokratieexogener Einstellungen zu erhalten. Wie der in Tabelle 10 ausgewiesenen Varianzaufklärung I zu entnehmen ist, bleibt die Leistungskraft eines solchen Modells für alle drei Einstellungsobjekte begrenzt. Besonders schlecht wird die Unterstützung des politischen Systems, so wie es in der Verfassung verankert ist, erklärt.

Sowohl auf der Ebene der Performanz als auch auf der des Regimes erweisen sich in der multivariaten Analyse allein die Deprivation und das Gerechtigkeitsempfinden als relevante Einflussgrößen; bei der Performanz kommt noch die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage hinzu, beim Regime das Geschlecht. Demgegenüber werden für die Erklärung der Unterstützung demokratischer Werte sehr viel mehr Faktoren benötigt. Zusätz-

27 Im Unterschied zum Vorjahr sind hier die Einflüsse der DDR-Bewertungen nicht einbezogen, da ihr Zusammenhang mit der Demokratieunterstützung wegen des diesjährigen Schwerpunktthemas gesondert in Kap. V.3 untersucht wird.

lich zur Perzeption der Gesellschaft als gerecht und zum Diskriminierungsempfinden sind das Geschlecht, die Zuschreibung politischer Selbstkompetenz sowie insgesamt drei persönlichkeits- oder wertebezogene Variablen bedeutsam für die Erklärung: die Richtungsentscheidung zwischen Freiheit und Gleichheit/Sicherheit, prosoziale Einstellungen und der Autoritarismus. Die Bewertung der Demokratie als Staatsidee lässt sich demnach zum Teil auf den Faktor Persönlichkeit zurückführen, während dieser für die Erklärung der Regimeunterstützung und der Demokratiezufriedenheit ohne Belang ist. Nur eine Einstellung hat Erklärungskraft für die Demokratieunterstützung auf allen drei Ebenen: die Einschätzung der Gesellschaft als gerecht oder ungerecht.

Besonders überraschend ist der Einfluss des Geschlechts auf die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee und der demokratischen Verfassungsordnung der Bundesrepublik. Selbst in der multivariaten Analyse erweist sich die skeptische Haltung der Frauen als erklärungsrelevant. Der Einfluss des Geschlechts nimmt zwar ab, sobald zusätzlich die Wechselwirkungen zwischen den Einstellungsobjekten der Demokratieunterstützung und weitere demokratiebezogene Variablen berücksichtigt werden, er bleibt aber grundsätzlich erhalten. Die Erklärungskraft des erweiterten Modells (vgl. Varianzaufklärung II in der letzten Zeile von Tab. 10) erhöht sich erwartungsgemäß erheblich. Die stärksten wechselseitigen Einflüsse bestehen einmal mehr zwischen den Ebenen der Werte und des Regimes. Im Gegensatz dazu trägt die Demokratiezufriedenheit nichts zur Erklärung der Demokratie als Staatsidee bei – und *vice versa*.

Die Befunde des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS haben ergeben, dass viele der Faktoren, die für die Unterstützung der Demokratie auf der einen oder anderen Ebene wichtig waren, keinen Beitrag zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen leisteten. Im folgenden Unterkapitel kann dies auch anhand der aktuellen Daten überprüft werden.

Tab. 10: *Erklärungsgrößen der Demokratieunterstützung nach Ebenen
(Beta-Koeffizienten)*

Ebene	Werte	Regime	Performanz
Einfluss auf...	Unterstützung der Demokratie als Staatsidee	Unterstützung des politischen Systems wie in Verfassung	Demokratiezufriedenheit
Erklärungsgröße			
Sozialstruktur			
Alter	+09 *	+07	+06
Bildung	+01	-04	-03
Geschlecht	-017**	-013**	-02
Konfession	-04	-05	-06 *
Verhältnis zur Politik			
Politisches Interesse	+07	+04	+02
Politische Eigenkompetenz	+012 *	+05	-03
Politische Einflusschancen	+02	-08 *	-07 *
Sozioökonomische Faktoren u. Gerechtigkeitsempfinden			
Allg. wirtschaftliche Lage	+01	+04	+014**
Sozioökonom. Deprivation	-08 *	-03	-020**
Diskriminierung als Ossi	-011 *	-015**	-08 *
Gerechte Gesellschaft	+012**	+014**	+026**
Persönlichkeit und Werte			
Gleich-/Sicherheit vor Freiheit	-013**	-08	+05
Hedonismus	-03	+04	+04
Materialismus	+05	+02	+02
Soziale Desorientierung	-06	-04	+01
Autoritarismus	-010 *	-06	-03
Prosozialität	+011**	+06	-03
Varianzaufklärung I (R²)	27,7 %	19,5 %	27,3 %
bei zusätzlicher Aufnahme demokratiebezogener Faktoren und unter Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen den Ebenen			
Politikskepsis	-04	-010 *	-012 *
Institutionenvertrauen	+011 *	+016**	+020**
Demokratiezufriedenheit	+02	+014**	—
Unterstützung Verfassung	+021**	—	+013**
Unterstützung demokrat. Idee	—	+021**	+02
Varianzaufklärung II (R²)	32,3 %	30,1 %	34,9 %

* p < 0.5, ** p < 0.01

2. Rechtsextreme Einstellungen

Geht man von einem weiten Demokratiebegriff aus, so lässt sich auch die Positionierung zu rechtsextremen Aussagen unter die Einstellungen zur Demokratie subsumieren. Darauf deutet etwa die in der Literatur vereinzelt vorgenommene Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Demokratiefeindschaft hin (Stöss 1989: 18). Zwar greift eine derartige Definition des Rechtsextremismus zu kurz, da sie das Spezifische an der Demokratiefeindschaft von Rechtsaußen übergeht. Richtig daran ist jedoch, dass sich der Rechtsextremismus auch auf der hier interessierenden Einstellungsebene im Widerspruch zu demokratischen Ideen und Grundsätzen befindet. Während die freiheitliche Demokratie von einer Gleichwertigkeit der Menschen ausgeht, wie sie etwa in der Gleichheit vor Gericht oder im Grundsatz des „one man, one vote“ zum Ausdruck kommt, bestreitet der Rechtsextremismus gerade diesen normativen Kern der Demokratie. Das rechtsextreme Weltbild basiert im Gegensatz dazu auf der Zuschreibung unterschiedlicher Wertigkeit. In Abhängigkeit von askriptiven Merkmalen wie Hautfarbe oder ethnischer Herkunft wird Menschen ein unterschiedlicher Wert zugesprochen und ein diesem Menschenbild entsprechendes Gesellschaftsmodell entwickelt. Das rechtsextreme Weltbild muss dabei weder geschlossen noch konsistent sein. Vielmehr gibt es verschiedene Facetten rechtsextremen Denkens, die untereinander durchaus in einem Spannungsverhältnis stehen können.

Diesem Charakter des Rechtsextremismus als einem Einstellungssyndrom trägt die Messung insofern Rechnung, als – wie in den Vorjahren – zehn Fragen gestellt worden sind, die sechs Dimensionen des Syndroms erfassen: Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, überstarken Nationalismus (Chauvinismus), Antisemitismus, die Unterstützung einer rechten Diktatur und die Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes (vgl. Tab. 11). Die für die letzten drei Dimensionen ausgewählten Indikatoren messen eher den „alten“ Rechtsextremismus, der in der Tradition von Denkmustern der extremen Rechten aus der Weimarer Zeit und schließlich dem NS-Regime steht. Mit den drei ausländerfeindlichen Statements werden demgegenüber neuere Erscheinungsformen rechtsextremen Denkens erhoben. Angesichts der Ergebnisse aus den bisherigen Erhebungen ist zu erwarten, dass „alter“ und „neuer“ Rechtsextremismus zwar unterschiedliche Zustimmung erfahren, dass sie aber untereinander stark verknüpft sind.

Diese Annahme findet sich nicht nur bestätigt, sondern generell sind die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Indikatoren rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2005 noch deutlicher als in den Vorjahren. Korreliert man jedes der zehn Statements mit jedem anderen, so ergeben sich in *allen* Fällen höchst signifikante Zusammenhänge – und dies zumeist mit starken Korrelationen.²⁸ Die Korrelationsanalyse bestätigt damit den Charakter des Rechtsextremismus als ein Syndrom miteinander verknüpfter Einstellungen. Dieser Befund ist alles andere als trivial, impliziert er doch, dass beispielsweise Befragte mit ausländerfeindlichen Einstellungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zugleich überproportional starke nationalistische und antisemitische Orientierungen haben – und *vice versa*.

28 Dieser Befund wird durch das Ergebnis einer Faktorenanalyse noch zusätzlich unterstrichen. Mit diesem statistischen Verfahren wird versucht, die Antworten auf verschiedene einzelne Fragen auf einen oder mehrere gemeinsame Hintergrundfaktoren zurückzuführen. Die Zustimmungen zu den jeweiligen Fragen lassen sich dann als Ausprägungen desselben Phänomens interpretieren. Tatsächlich „laden“ alle zehn Statements auf einen einzigen Faktor, eben den Rechtsextremismus.

Darüber hinaus bestehen die erwarteten Unterschiede im Ausmaß der Unterstützung für den „alten Rechtsextremismus“ und den „neuen Rechtsextremismus“. Bei den Statements, die dem traditionellen Rechtsextremismus zuzurechnen sind, fällt die Zustimmung eher moderat aus. Dies gilt für die antisemitische Aussage ebenso wie für die Frage nach den positiven Seiten des Nationalsozialismus und der Diktatur „im nationalen Interesse“ (vgl. Tab. 11). Bei der Befürwortung dieser drei Statements haben sich zudem über die Jahre hinweg keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Ähnliches gilt für die Aussage zum unwerten Leben, die allerdings weit größere Zustimmung findet und kontinuierlich von etwa einem Drittel der Befragten bejaht worden ist. Stärkeren Schwankungen unterliegt das zweite sozialdarwinistische Statement zum Recht des Stärkeren. Die Zustimmung schwankt hier zwischen 20 und 30 Prozent, wobei 2005 der bisherige Tiefststand erreicht worden ist. Im Vergleich dazu sind die ausländerfeindlichen Einstellungen weit verbreitet – und der „neue“ Rechtsextremismus findet entsprechend große Akzeptanz. Hohe bis sehr hohe Zustimmungswerte erreichten 2005 wie in den Jahren zuvor auch die nationalistischen Aussagen, vor allem die Forderung nach einer energischen Durchsetzung deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Bei der diesjährigen Befragung hat vor allem die rassistische Dimension der Ausländerfeindlichkeit, die Aussage zur gefährlichen Überfremdung durch Ausländer also, erneut deutlich an Zustimmung gewonnen. Sie wird mittlerweile von 60 Prozent der Thüringer bejaht. Auch wenn die Frage dem Wortlaut nach nicht auf Thüringen bezogen ist, muten diese ausgeprägten Überfremdungsängste vor dem Hintergrund eines Ausländeranteils im Freistaat von etwa zwei Prozent merkwürdig an. Wie bei der sozioökonomisch motivierten Ausländerfeindlichkeit ist die Zustimmung innerhalb der vergangenen fünf Jahre von einem hohen Ausgangsniveau nochmals um 20 Prozent oder zehn Prozentpunkte gestiegen. Gleichzeitig hat sich allerdings – gegen diesen Trend – die Akzeptanz binationaler Ehen merklich erhöht. Lediglich ein gutes Fünftel der Befragten war 2005 noch der Meinung, dass Ausländer nur untereinander heiraten sollten. Lag die Zustimmung zu dieser Aussage im Jahr 2001 um 20 Prozentpunkte niedriger als bei den beiden anderen ausländerfeindlichen Aussagen, so hat sich dieser Unterschied mittlerweile verdoppelt. Der relativen Toleranz gegenüber Eheschließungen zwischen Ausländern und Deutschen ist zuzuschreiben, dass der Anteil der ausländerfeindlich Eingestellten in Thüringen seit 2003 konstant geblieben ist.²⁹

29 Die Zuordnung erfolgte auf der Basis eines Summenindexes. Dieser Index wurde aus den Antworten auf die drei ausländerfeindlichen Statements gebildet, wobei jeweils zwischen einem Punkt (bei völliger Ablehnung) und vier Punkten (bei völliger Zustimmung) vergeben werden. Insgesamt können somit drei bis zwölf Punkte erreicht werden; der Skalenmittelpunkt liegt bei 7,5. Als ausländerfeindlich gelten alle Befragten, die einen Punktwert oberhalb des Skalenmittelpunkts, also zwischen 8 und 12 Punkten erreichen. Dies traf 2005 wie im Vorjahr für knapp 44 Prozent der Thüringer zu.

Tab. 11: *Zustimmung zu den zehn Aussagen zum Rechtsextremismus 2001 bis 2005*
(in Prozent; letzte Spalte: Durchschnittswerte 2001-2005)

Dimensionen und Aussagen	2001	2002	2003	2004	2005	Ø 01-05
Ausländerfeindlichkeit						
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	49	55	56	56	60	55
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	48	50	55	57	58	53
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	28	25	25	24	21	25
Sozialdarwinismus						
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	35	33	34	31	32	33
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	29	29	23	28	21	26
Nationalismus / Chauvinismus						
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	56	53	66	63	64	60
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	34	28	38	33	36	34
Verharmlosung des Nationalsozialismus						
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	21	19	20	20	20	20
Antisemitismus						
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	15	13	14	13	14	13
Rechte Diktatur						
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	17	17	20	18	19	18

Anmerkung: „Stimme voll und ganz zu“ „Stimme eher zu“ zusammengefasst

Gleiches gilt für den Rechtsextremismus, wenn analog zur Ausländerfeindlichkeit diejenigen Befragten als rechtsextrem eingestuft werden, die auf einem aus den zehn Aussagen gebildeten Summenindex (mit zehn Punkten als Minimum und 40 Punkten als Maximum)³⁰ einen Wert oberhalb des Skalenmittelpunkts, also mehr als 25 Punkte, aufweisen. Bei dieser über die Jahre hinweg einheitlichen Messung ergibt sich für das Jahr 2005 ein Anteil von 22 Prozent rechtsextrem Eingestellten. Dieser Wert entspricht fast genau denen der Vorjahre (2002: 21 %, 2003 und 2004: 23 %); lediglich vor vier Jahren waren rechtsextreme Orientierungen im Freistaat weniger verbreitet (19 %). Die oben berichteten Veränderungen in der Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Aussagen gleichen sich demnach im Saldo annähernd aus; zu einem moderaten Anstieg rechtsextremer Orientierungen ist es lediglich zwischen 2001 und 2002 gekommen. Hinter dieser relativen Kontinuität können sich allerdings durchaus gravierende Schwankungen bei einzelnen Bevölkerungsgruppen verbergen.

Die Untersuchung der Entwicklungen im Zeitraum von 2001 bis 2005 beschränkt sich hier zunächst auf die gängigsten sozialstrukturellen Merkmale Alter, Bildung und Geschlecht. Zusätzlich werden die Arbeitslosen und die Berufstätigen mit Vollzeiterwerb miteinander verglichen. Die geringsten Veränderungen im Zeitverlauf finden sich für die Bildung, die unter den sozialstrukturellen Faktoren zugleich einen besonders starken Einfluss auf den Rechtsextremismus hat. Unterteilt man die Befragten in solche mit und ohne Abitur, ergeben sich nicht nur frappierende Unterschiede im Ausmaß rechtsextremer Denkmuster, sondern diese Unterschiede sind zugleich bemerkenswert stabil. Im gesamten Beobachtungszeitraum lag der Anteil rechtsextrem Eingestellter unter den höher Gebildeten niemals über sieben Prozent, in der Gruppe mit POS-Abschluss oder formal niedrigerem Bildungsstand hingegen niemals unter 27 Prozent. Der maximale Abstand ist im Jahr 2005 mit einer Differenz von 30 Prozentpunkten erreicht worden.

Sehr viel mehr Varianz bei den rechtsextremen Einstellungen über die Zeit ergibt sich beim Geschlechtervergleich. Abweichend von den Ergebnissen einer Reihe anderer Repräsentativbefragungen waren in Thüringen entsprechende Orientierungen unter Frauen durchweg weiter verbreitet als bei Männern.³¹ Sind die Unterschiede anfänglich eher gering gewesen, so fallen sie seit 2004 deutlich aus. In der aktuellen Befragung sind 28 Prozent der Frauen, aber nur 16 Prozent der Männer als rechtsextrem eingestuft. Die entsprechende Geschlechterdifferenz besteht wie im Vorjahr in allen Altersgruppen – anders noch als 2002 und 2003, als entsprechende Einstellungen zumindest in den mittleren Altersgruppen häufiger bei Männern als bei Frauen zu finden waren. Die überdurchschnittlichen Werte bei den Frauen lassen sich allerdings überwiegend auf andere Erklärungsfaktoren zurückführen: so auf das gegenüber Männern insgesamt niedrigere Bildungsniveau und die schlechtere finanzielle Situation

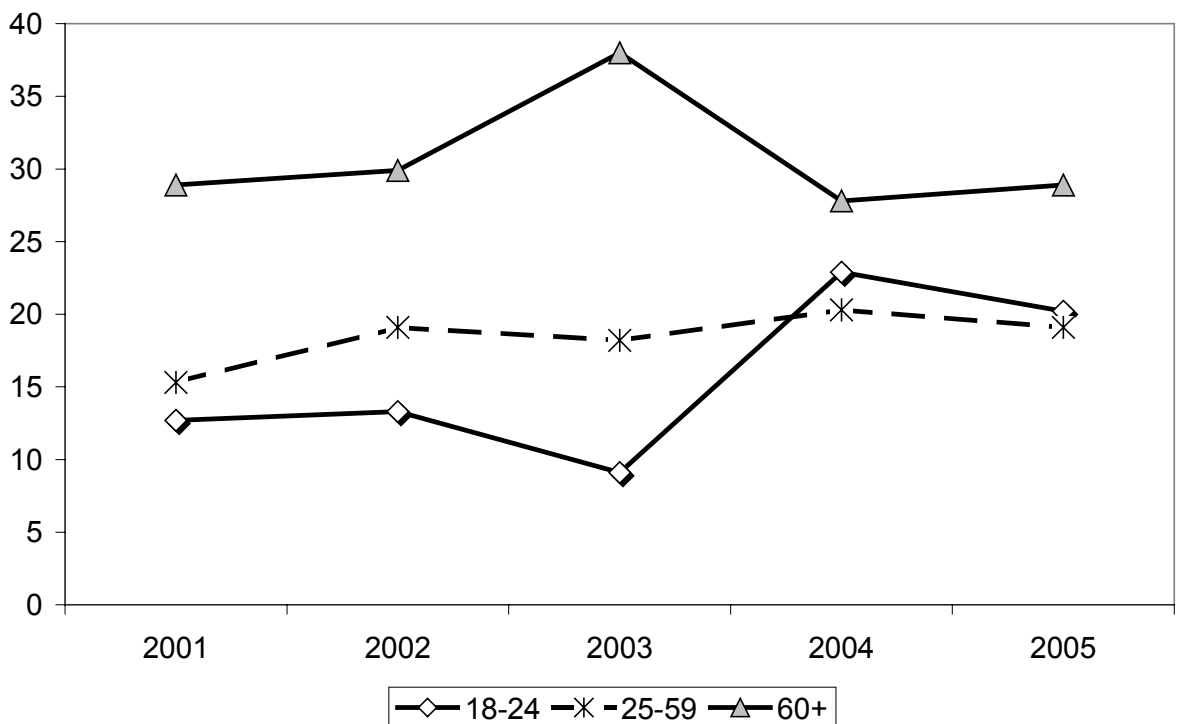
Ähnlich wie die Geschlechterunterschiede sind auch die Differenzen zwischen den Altersgruppen im Hinblick auf den Rechtsextremismus nur insofern stabil geblieben, als die Befragten über 60 Jahren Positionen am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums durchweg stärker befürworten als alle anderen Altersgruppen. Dabei ist unerheblich, ob die Befragten unter 60 Jahren in vier oder, wie in Abbildung 29 geschehen, in zwei Gruppen unterteilt werden. Die jüngste Altersgruppe der 18-24-Jährigen weist in den Jahren 2001 bis 2003 – ebenso wie die 25-45-Jährigen – weit unterdurchschnittliche Anteile Rechtsextremer

30 Dieser Index rechtsextremer Einstellungen wird zusätzlich zu den Korrelationen der einzelnen Aussagen untereinander durch einen engen Zusammenhang mit der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala validiert.

31 Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern erwiesen sich in den meisten Untersuchungen als gering. Ergab sich eine Diskrepanz zwischen Frauen und Männern, wiesen letztere „so gut wie immer“ stärkere rechtsextreme Einstellungen auf als die Frauen (Rommelspacher 2000: 200).

auf. Erst 2004 stieg der Prozentsatz deutlich an, und es kam insgesamt zu einer Angleichung zwischen den drei Altersgruppen. In der aktuellen Befragung öffnet sich die Schere zwischen der jüngsten und der ältesten Alterskohorte wieder. Erweitert man die Altersgrenze in der jüngsten Gruppe auf 29 Jahre, so ergeben sich für diese jungen Erwachsenen im gesamten Zeitraum niedrigere Werte auch im Vergleich zur mittleren Alterskohorte. Das mitunter in den Medien kolportierte Bild einer besonderen Affinität der jüngeren Generation für Parolen und Programme von Rechtsaußen lässt sich für die Einstellungsebene überhaupt nicht bestätigen.

Abb. 29: *Rechtsextreme Einstellungen nach Altersgruppen 2001 bis 2005*
(in Prozent)



Besonders auffällige Veränderungen in der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen sind im Vergleich von Vollzeitbeschäftigten und Arbeitslosen zu beobachten. Erwartungsgemäß waren entsprechende Orientierungen unter den Erwerbslosen weitaus stärker verbreitet als bei Befragten, die gantztägig einer Arbeit nachgehen. Im Jahr 2001 lag der Anteil Rechtsextremer unter den Arbeitslosen etwa doppelt so hoch wie bei den Vollzeitbeschäftigten. Nach einer leichten Verringerung der Differenz zwischen beiden Gruppen im Folgejahr kam es 2003 zu einer fast vollständigen Angleichung. Im vergangenen Jahr tat sich dann wieder eine erhebliche Kluft auf, die in etwa dem Ausgangsniveau 2001 entsprach. 2005 haben sich diese Unterschiede nochmals verstärkt, sodass nunmehr 42 Prozent der Arbeitslosen nach der oben erläuterten Definition als Rechtsextreme gelten müssen – im Vergleich zu 16 Prozent unter den Thüringern, die gantztägig eine Erwerbstätigkeit ausüben. Wie ein Vergleich unter den Befragten mit sicherem oder unsicherem Arbeitsplatz zeigt, begünstigt jedoch nicht nur die aktuelle Arbeitslosigkeit die Herausbildung von rechtsextremen Einstellungen, sondern auch die Arbeitsplatzsicherheit spielt eine Rolle. Kaum Einfluss hat überraschenderweise jedoch eine frühere Arbeitslosigkeit.

Auch wenn die auf die Sozialstruktur bezogene Analyse interessante Intergruppenunterschiede, teils mit Veränderungen im Zeitverlauf ergeben hat, ist die Erklärungskraft sozialstruktureller Merkmale – sieht man von der Bildung ab – für die Genese rechtsextremer Orientierungen begrenzt. Diese ist die Quintessenz sowohl der früheren Erhebungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS als auch verschiedener bundesweiter Studien. Aus diesem Grund werden an dieser Stelle weitere Bestimmungsfaktoren herangezogen, die zumal in Kombination miteinander sehr viel genaueren Aufschluss über das Einstellungssyndrom Rechtsextremismus versprechen. Grob vereinfacht können dabei wie in den vergangenen Jahren umweltbezogene und persönlichkeitsbezogene Erklärungsfaktoren unterschieden werden. Zu letzteren gehören einerseits die sozioökonomische Lage und Gerechtigkeitswahrnehmungen – theoretisch fundiert im Konzept des deprivationsbedingten Rechtsextremismus –, andererseits die verschiedenen Facetten politischer Unzufriedenheit bzw. mangelnder Systemunterstützung. Auf Seiten der Persönlichkeitsvariablen stehen erstmalig über den Autoritarismus hinaus zahlreiche Wertorientierungen zur Verfügung, insbesondere die Aussagen zur persönlichen Bedeutung bestimmter Verhaltensweisen (vgl. oben Kap. IV.4).

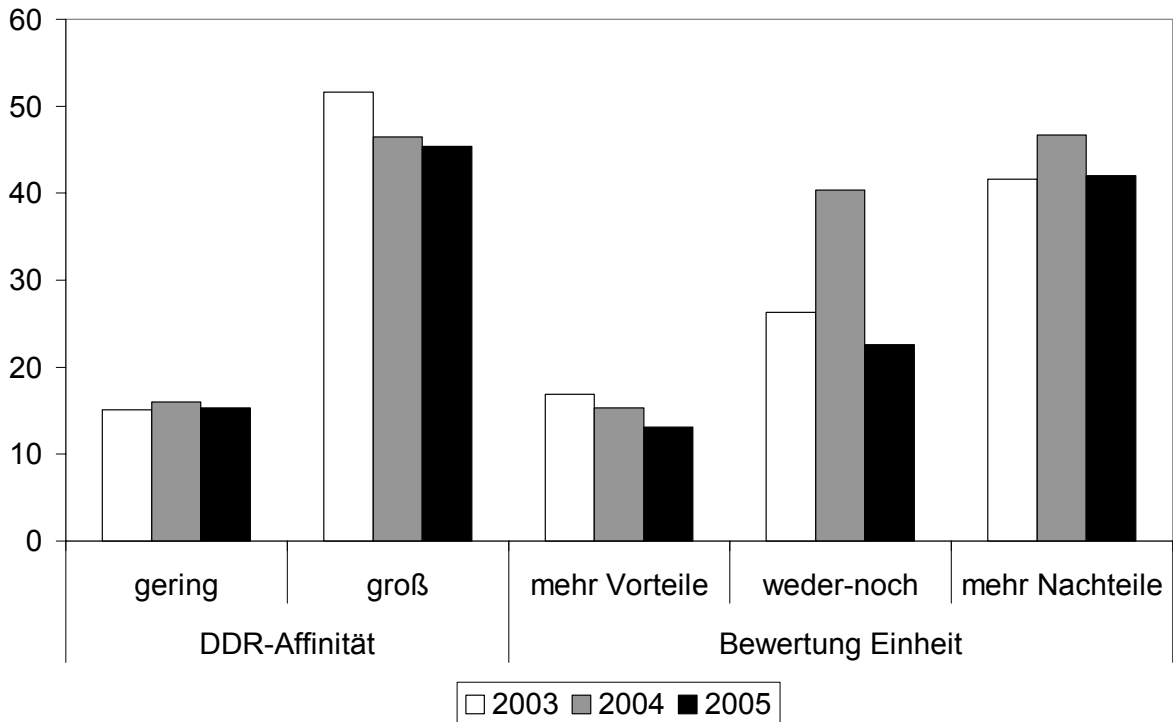
Die bisherigen Befragungen haben für Thüringen einen großen Einfluss der Persönlichkeit auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen ergeben. Maßgeblich dafür war vor allem der enge Zusammenhang des Rechtsextremismus mit autoritären Einstellungen, von denen im Einklang mit dem Mainstream der Autoritarismusforschung angenommen werden kann, dass sie in frühen Sozialisationsphasen ausgebildet worden sind. Dieser Zusammenhang findet sich 2005 ein weiteres Mal bestätigt und kann als extrem stark charakterisiert werden. So finden sich unter den Autoritären 36 Prozent mit rechtsextremen Einstellungen, während die kleine Gruppe der Nicht-Autoritären ausnahmslos in Distanz zum Rechtsextremismus steht; in der Mittelgruppe liegt der Anteil bei acht Prozent.

Unter den persönlichkeitsnahen bzw. mit Wertorientierungen verbundenen Faktoren gibt es abseits des Autoritarismus lediglich einen einzigen, der *sehr* stark mit dem Rechtsextremismus verknüpft ist: die Anomie. Ins Auge stechen dabei insbesondere die Befragten, die die Aussage „Heute ändert sich alles so schnell, dass man nicht weiß, woran man sich halten soll.“ ablehnen. In dieser Gruppe finden sich lediglich sechs Prozent Rechtsextreme; unter denjenigen, die voll und ganz zustimmen, liegt der Anteil sechsmal so hoch. Unterdurchschnittliche Anteile rechtsextremer Einstellungen finden sich darüber hinaus bei Befragten, für die die Entfaltung eigener Fähigkeiten und/oder die Kritikfähigkeit einen hohen Wert darstellen. Hingegen hängt der Rechtsextremismus schwach positiv mit materialistischen Orientierungen zusammen und findet stärkere Verbreitung, je mehr die Werte Gleichheit und Sicherheit der Freiheit vorgezogen werden.

Mit dem Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS 2005 bietet sich in diesem Jahr die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen dem Rechtsextremismus auf der einen und den retrospektiven DDR-Bewertungen sowie der Einschätzung der deutschen Einheit auf der anderen Seite genauer unter die Forscherlupe zu nehmen. Im Zeitverlauf zeigt sich ein kontinuierlich starker und höchst signifikanter Zusammenhang zwischen einem positiven DDR-Bild und dem Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung mit dem Rechtsextremismus. Entgegen dem antifaschistischen Selbstverständnis des einstigen „Arbeiter- und Bauernstaats“ ist dieser Zusammenhang positiv. Damit bestätigen sich die Befunde aus den vergangenen Jahren. Wie stark dieser Zusammenhang ist, veranschaulicht Abbildung 30, für die das DDR-Bild und der Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung zu einem Summen-

index „Affinität zur DDR“ zusammengefasst sind.³² Während sich unter den Befragten mit großer Distanz zur DDR nur 15 Prozent mit rechtsextremen Einstellungen finden, ist es in der Kontrastgruppe ungefähr die Hälfte – bei leicht rückläufiger Tendenz.

Abb. 30: *Rechtsextremismus nach Nähe zur DDR und Bewertung der deutschen Einheit (in Prozent)*



Ähnlich deutlich fallen die Unterschiede zwischen der positiven und negativen Bewertung der deutschen Einheit aus. Befragte, die mehr Vor- als Nachteile sehen, neigen ausländerfeindlichen, nationalistischen und rassistischen Positionen sehr viel weniger zu als Befragte, bei denen das Urteil umgekehrt ausfällt. Zwischen 2003 und 2005 ist in der Gruppe mit positiver Bewertung der Anteil Rechtsextremer sogar leicht zurückgegangen (vgl. Abb. 30). Die größten Schwankungen haben sich in dieser Zeit bei der relativ kleinen Gruppe der Unentschiedenen ergeben. Für die Frage, ob sich die mit der deutschen Einheit verbundenen Hoffnungen erfüllt haben, liegen nur Werte für 2005 vor. Die Unterschiede in den rechtsextremen Einstellungen zwischen den Thüringern mit und ohne erfüllte Hoffnungen entsprechen annähernd den Werten bei der Beurteilung der Einheit.

Dieses Ergebnis ist aufschlussreich angesichts der Brisanz der wissenschaftlichen und politischen Debatte um die Gründe für schwache Systemunterstützung in Ostdeutschland und im weiteren auch für den Rechtsextremismus in den neuen Ländern. Während Verfechter des Situationsansatzes im Wesentlichen die Belastungen des Transformationsprozesses anführen, argumentieren Verfechter des Sozialisationsansatzes mit den prägenden Sozialisationserfahrungen, die sich auch im neuen System nicht wie Hemden abstreifen ließen. Die Formu-

32 Der Index reicht von 2 bis 8. Bei Werten oberhalb des Skalenmittelpunkts, also ab 6 wird von einer großen DDR-Affinität ausgegangen.

lierung der oben genannten Frage macht wegen der zeitlichen Abfolge – ursprüngliche Hoffnungen, spätere Erfüllung – eine kausale Interpretation besonders plausibel. Mit anderen Worten: Rechtsextreme Einstellungen in Thüringen können als Ergebnis enttäuschter Hoffnungen interpretiert werden. Dies würde für ein erhebliches Gewicht situativer Faktoren, also der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre, bei der Entstehung des Rechtsextremismus im Freistaat sprechen.

Diese Interpretation wird jedoch durch einen weiteren Befund in Zweifel gezogen: Die Veränderung in der Bewertung der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2005 steht in keinem Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus. Das Ausmaß entsprechender Einstellungen ist also unabhängig davon, ob sich das Urteil über das neue System seit der Einheit verbessert oder verschlechtert hat. Die Veränderung der DDR-Bewertung hängt hingegen zumindest schwach positiv mit dem Rechtsextremismus zusammen. Für die aktuelle Bewertung der früheren DDR 2005 ergibt sich ein mittelstarker Zusammenhang, während die (erinnerte) DDR-Bewertung im Jahr 1990 völlig unabhängig von etwaigen rechtsextremen Orientierungen war. Das gleiche Muster findet sich für die Differenz zwischen den Bewertungen der DDR und der Bundesrepublik. Für 1990 ergab sich keinerlei Bezug zum Rechtsextremismus, 2005 hingegen besteht ein mittelstarker Zusammenhang. Diese Entwicklungen belegen, dass die Genese rechtsextremer Orientierungen in Thüringen zumindest nicht losgelöst von 15 Jahren deutscher Einheit betrachtet werden kann.

Die Bewertungen der deutschen Einheit lassen sich den struktur- bzw. umweltbezogenen (potenziellen) Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus zurechnen. Zu den übrigen Einflussgrößen, die oftmals in komplexere Erklärungsmodelle aufgenommen werden, gehören die eigene finanzielle Lage und die relative Deprivation. Die vermutete Wirkung auf die rechtsextremen Einstellungen lässt sich an Hand der beiden Indizes zur Deprivation überprüfen (vgl. Kap. III.2). Legt man den von 10 bis 40 reichenden Rechtsextremismus-Index zugrunde, weisen die sozioökonomisch Deprivierten mit 22,6 Punkten einen höheren Mittelwert auf als die Kontrastgruppe (19,1). Noch deutlicher fallen die Unterschiede bei der sozio-kulturellen Deprivation aus, in die auch das spezifisch ostdeutsche Diskriminierungsempfinden eingegangen ist. Der Mittelwert der in diesem Sinne Deprivierten liegt um annähernd fünf Punkte höher als in der Vergleichsgruppe. In der bivariaten Betrachtung tragen demnach Gefühle der Benachteiligung erkennbar zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei – und verleihen insoweit dem Deprivationsansatz empirische Substanz.

Gilt Vergleichbares auch für die politische Unzufriedenheit, für die ebenfalls ein Effekt auf den Rechtsextremismus behauptet wird (überblicksartig Neureiter 1996: 229-258)? Zur Prüfung dieser Hypothese können hier sämtliche auf die Demokratie im weiteren Sinne bezogene Fragen analysiert werden, neben fünf der sechs Indikatoren der Demokratieunterstützung (vgl. Kap. V.1)³³ also auch die allgemeinen Bewertungen von Politik und Parteien. Ein sehr starker Zusammenhang ergibt sich dabei ausschließlich mit der Frage zur Demokratie als Staatsidee, demnach mit der Demokratieunterstützung auf der Ebene der Werte. Mittelstarke Bezüge ergeben sich für die Zufriedenheit mit dem politischen System, wie es in der Verfassung verankert ist, und überraschenderweise auch für die zu einem Summenindex der Politikskepsis zusammengefassten Urteile über Politik und Parteien.³⁴

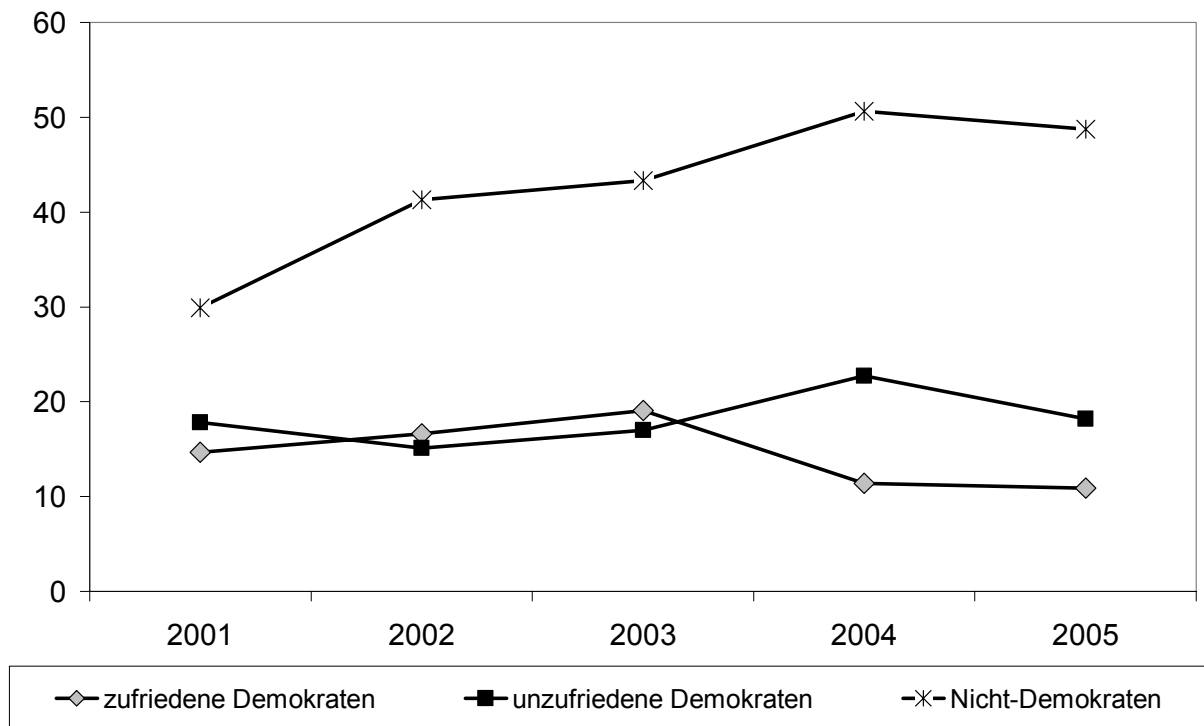
33 Die Unterstützung einer „Diktatur im nationalen Interesse“ kann hier nicht herangezogen werden, da sie als eines von zehn Items in den Rechtsextremismus-Index eingegangen ist.

34 Der Index setzt sich aus den Bewertungen der folgenden beiden Aussagen zusammen: „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.“ und „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“

Demgegenüber tragen die beiden Varianten des Institutionenvertrauens gar nicht und die Demokratiezufriedenheit nur schwach zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen bei.

Insbesondere hinsichtlich des Vertrauens in die politiknahen Institutionen gilt dieser Befund über den gesamten Zeitraum von 2001 bis 2005. Der Zusammenhang zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Demokratie als Staatsidee auf der einen und dem Rechtsextremismus auf der anderen Seite hat hingegen im Zeitverlauf durchaus Schwankungen aufgewiesen. So bestand 2004 anders als bei der aktuellen Befragung ein starker Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit. Für die Demokratie als Staatsidee wiederum ergab sich 2001 ein eher schwacher, 2004 ein besonders starker Zusammenhang. Kombiniert man diese beiden Fragen (vgl. Kap. V.1) zu drei Typen demokratiebezogener Einstellungen, so zeigt sich, dass die Nicht-Demokraten in einem starken und über die Jahre hinweg steigenden Maße anfällig sind für Ideologeme von Rechtsaußen. Hat der Anteil Rechtsextremer in dieser Gruppe anfänglich noch unter einem Drittel gelegen, beläuft er sich seit 2004 auf knapp die Hälfte (vgl. Abb. 31). Zwischen zufriedenen und unzufriedenen Demokraten bestanden zunächst kaum Unterschiede; erst in den vergangenen beiden Jahren befanden sich die Zufriedenen in größerer Distanz zum Rechtsextremismus.

Abb. 31: *Rechtsextremismus nach Typen demokratiebezogener Einstellungen (in Prozent)*



Mit Blick auf das Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS interessiert bei der abschließenden Analyse vor allem, ob die Urteile über die deutsche Einheit und die DDR-Bewertungen auch in einem multivariaten Erklärungsmodell noch relevant sind. Verfügen diese Faktoren also über eine eigenständige Erklärungskraft? Wie in allen Jahren zuvor ist der Autoritarismus, berücksichtigt man sämtliche Wechselwirkungen zwischen den erklärenden Variablen, die Größe, die am stärksten zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen beiträgt. Verlangt man höchstes Signifikanzniveau, gibt es neben dem Autoritaris-

mus fünf weitere Faktoren im Erklärungsmodell. Nach ihrem relativen Beitrag zur Varianzaufklärung sind dies die Affinität zur DDR, die Anomie, die Ablehnung der Demokratie als Staatsidee, fehlendes politisches Interesse und der Hedonismus. Die Einstellungen zur DDR sind demnach wesentlich für die Genese rechtsextremer Orientierungen – und dies unabhängig vom Autoritarismus. Die Bewertungen der Einheit sind im Gegensatz dazu für den Rechtsextremismus ohne größere Relevanz. Beachtung verdient, dass neben dem Autoritarismus zwei weitere Faktoren aus dem Ensemble der persönlichkeitsbezogenen Variablen bzw. Wertorientierungen Teil des Erklärungsmodells sind. Der frühere Befund, dass der Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene nur durch die Einbeziehung der vor allem frühen Sozialisation angemessen erklärt werden kann, lässt sich damit erhärten.

Konnten für den Rechtsextremismus klare Zusammenhänge mit den Einstellungen zur DDR und schwächere mit der Einheitsbewertung nachgewiesen werden, so wird hier abschließend nach den Wirkungen der Urteile über die Einheit und die beiden deutschen Staaten auf die demokratiebezogenen Einstellungen gefragt. Damit erfolgt zugleich die Verknüpfung von aktuellem Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS und dem überwiegend auf replizierten Fragen beruhenden Politikteil.

3. Die Bewertung der Demokratie und die Bilanz der deutschen Einheit

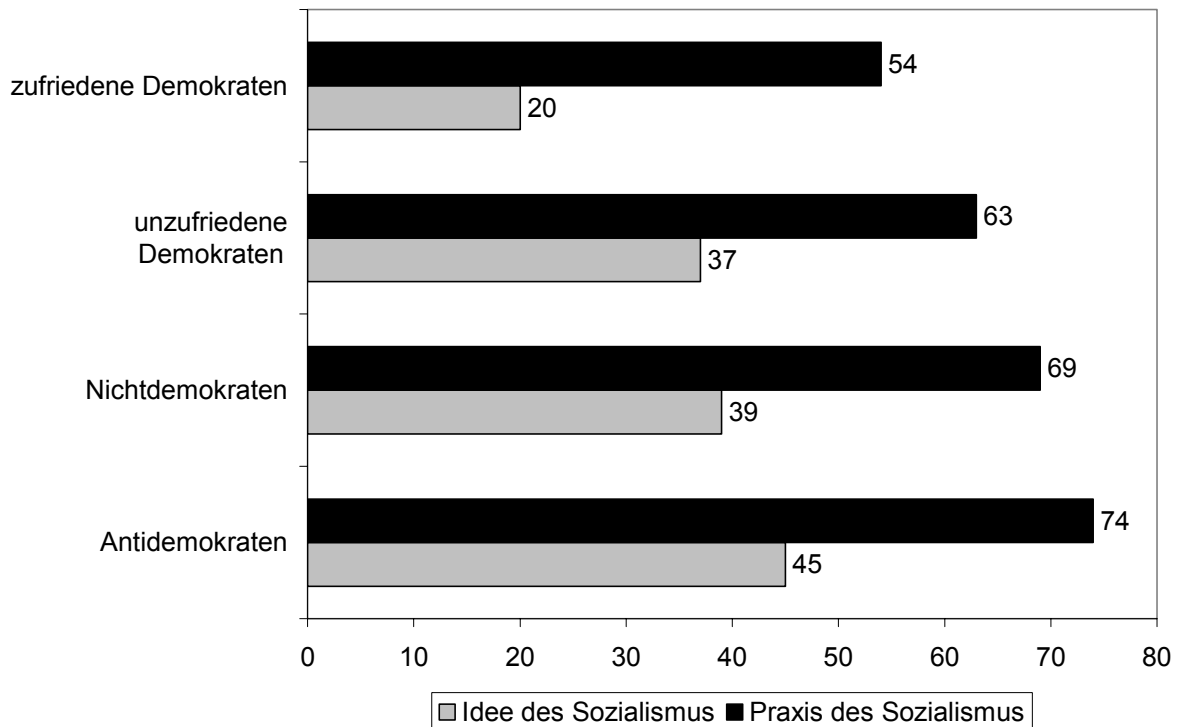
Dass die Bewertung der Demokratie mit der Bilanz der deutschen Einheit in einem sehr engen Verhältnis steht, ist beinahe selbstverständlich. In einer beispiellosen friedlichen Revolution hatten sich die Bürger der DDR im Herbst 1989 ihres bisherigen Regimes entledigt. Viele haben damals geglaubt, dass binnen kürzester Zeit die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sein würden. Die dafür benötigte Zeitspanne wurde in den Augen der Bevölkerung dann aber mit zunehmender Distanz zur Wende größer statt kleiner (Noelle-Neumann / Köcher 2002: 501). Die Vision von den baldigen gleichen Lebensverhältnissen wurde zunehmend unrealistischer, die Bevölkerung wurde realistischer.

Fünfzehn Jahre nach der „Wende“ glaubt etwa ein Drittel der Thüringer, dass es weitere zehn Jahre dauern wird, bis eine Angleichung erreicht ist. Knapp 40 Prozent der Befragten gehen von einem Zeitraum von bis zu 20 Jahren aus, während etwa jeder Zehnte davon ausgeht, dass der Prozess noch länger dauern wird. Sieben Prozent der Thüringer denken, dass die Angleichung nie zustande kommt. Der anfängliche Optimismus ist also einem skeptischen Realismus bzw. auch Pessimismus in der Bevölkerung gewichen. Je skeptischer die Einheit betrachtet wird, desto größer wird auch die für die Angleichung der Lebensverhältnisse benötigte Zeitspanne eingeschätzt. Ein Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit und auch mit der Einschätzung des Sozialismus in Theorie und Praxis ist jedoch kaum greifbar. Einzig bemerkenswert daran ist, dass zufriedene Demokraten und Sozialismusgegner seltener glauben, die Angleichung der Lebensverhältnisse käme nie.

Die beiden Einstellungen zu Idee und Praxis von Demokratie und Sozialismus erbringen beinahe ein spiegelverkehrtes Ergebnis: Vier von fünf Befragten unterstützen die Idee der Demokratie, aber mit der Praxis ist die Mehrheit unzufrieden. Den Sozialismus als Staatsidee lehnen zwei Drittel der Befragten ab, aber eine Mehrheit war zufrieden mit dem Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat. Tatsächlich hängen die Einstellungen zu beiden Regierungsformen negativ zusammen.

Die Praxis des Sozialismus findet in allen Gruppen eine Mehrheit und die Zustimmung steigt mit zunehmender Distanz zur Demokratie (vgl. Abb. 32). Die zufriedenen Demokraten sind die klarsten Gegner der Idee des Sozialismus. Die Antidemokraten fallen auf der anderen Seite durch größere Neigung zur Idee des Sozialismus auf: Ein gewisser Teil dieser Gruppe ist nicht am rechten, sondern am linken Rand des politischen Spektrums zu finden.

Abb. 32: *Unterstützung für den Sozialismus in Theorie und Praxis – nach Demokratiebewertung (in Prozent)*



Was die Antidemokraten über die deutsche Einheit denken, kann man bereits ahnen: Sie werden in starker Opposition dazu stehen, denn schließlich hat sich im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre in Ostdeutschland eine stabile Demokratie entwickelt. Tatsächlich erweisen sich auch zwei von drei Antidemokraten gleichzeitig als Einheitsgegner; die übrigen sind zumeist unentschlossen, Einheitsbefürworter sind der Ausnahmefall.

Die Meinungen der zufriedenen Demokraten stehen beinahe genau entgegengesetzt dazu: Sechs von zehn sind Einheitsbefürworter, der Rest ist unentschieden und die Einheitsgegner sind bei den zufriedenen Demokraten marginalisiert. Bei den unzufriedenen Demokraten und den Nichtdemokraten bilden die Unentschiedenen mit jeweils etwa 50 Prozent die größte Gruppe. Bei den unzufriedenen Demokraten gibt es mehr Einheitsbefürworter als -gegner, bei den Nichtdemokraten ist es umgekehrt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Blick auf weitere demokratiebezogene Einstellungen. Ein Rückgriff auf die Typologie aus Kapitel V.1, nach der es neben einer Mischgruppe Einheitsgegner und Einheitsbefürworter gibt, zeigt, dass sich die beiden Kontrastgruppen in ihren Einstellungen bezüglich aller Ebenen des demokratischen Systems signifikant voneinander unterscheiden (vgl. Tab. 12). Befürworter der Einheit unterstützen die demokratische Werteordnung, das demokratische Regime und auch die Performanz des demokratischen Systems

weitaus stärker als die Einheitsgegner und auch die Unentschiedenen. Die abstrakteste Ebene der Werte wird in allen drei Gruppen am stärksten unterstützt, die der Performanz am wenigsten.

Tab. 12: *Unterstützung des demokratischen Systems nach Ebenen – nach Einstellungen zur Einheit (Zustimmung in Prozent)*

	Einstellung zur deutschen Einheit		
	Gegner	unentschieden	Befürworter
Ebene der demokratischen Werte			
Demokratie beste Staatsidee	53	81	93
Ablehnung einer Diktatur	60	82	92
Ebene des demokratischen Regimes			
Zufriedenheit mit Verfassungsordnung	50	75	90
Vertrauen in politikferne Institutionen	59	71	78
Ebene der demokratischen Performanz			
Demokratiezufriedenheit	13	31	60
Vertrauen in politiknahe Institutionen	10	25	38

Bemerkenswert ist weiterhin, dass die Einstellungen in der Gruppe der Unentschiedenen in fast allen Bereichen näher bei den Einheitsbefürwortern liegen als bei den Gegnern. Der Unterschied ist vor allem auf der Ebene der Werte und des Regimes ausgeprägt. Einzig die Ebene der demokratischen Performanz unterbricht dieses Schema: Der Unterschied beim Vertrauen in die politiknahen Institutionen zwischen den Unentschiedenen und den beiden Extremgruppen ist beinahe gleich; bei der Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis liegen die Unentschiedenen sogar näher bei den Einheitsgegnern als bei den Einheitsbefürwortern. In dieser Gruppe scheint es also keinen grundsätzlichen Widerstand gegen die neue Bundesrepublik als demokratischen Staat zu geben, sondern „lediglich“ Unzufriedenheit mit der Performanz.

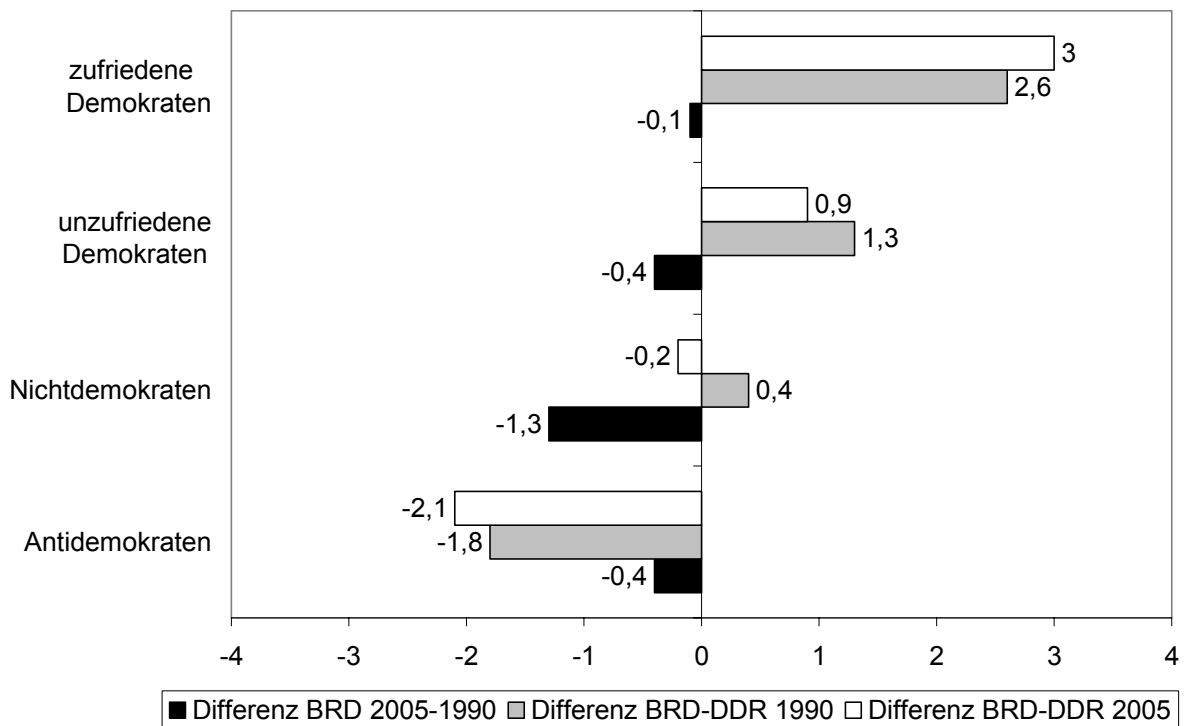
Das Ursache-Wirkungs-Verhältnis zwischen den Einstellungen zur Demokratie und zur deutschen Einheit ist aber noch ungeklärt. Man kann plausibel vermuten, dass die Überzeugung von der Idee der Demokratie, die seit Jahren stabil von vier Fünfteln der Thüringer geteilt wird, die Bewertung der Einheit positiv beeinflusst. Dennoch kann die Enttäuschung über den Verlauf und die persönlichen Konsequenzen der Einheit auch auf die Bewertung der Demokratie rückwirken. Sind die überzeugten Demokraten der Wendezeit durch ihre Enttäuschung darüber, wie die Einheit vollzogen wurde, zu Nicht- oder Antidemokraten geworden? Oder sind – wie oben vermutet wurde – die Demokratiegegner schon deshalb Einheitsgegner, weil das wiedervereinigte Deutschland demokratisch verfasst ist?

Diese Fragen lassen sich ansatzweise mit Hilfe der in Kapitel IV.2 vorgestellten Skalen beantworten, auf denen die Bundesrepublik und die DDR für das Jahr 2005 und im Rückblick

für 1990 bewertet werden sollten. Auf den ersten Blick zeigen sich – aufgrund der beschriebenen Nähe wenig überraschend – große Ähnlichkeiten zur Bewertung der Einheit: Die Bundesrepublik wird für 1990 und 2005 von den Demokraten besser bewertet als von den Nicht- und Antidemokraten, bei der DDR ist es genau umgekehrt. Diese Unterschiede sind zumindest zwischen Anti- und Nichtdemokraten auf der einen Seite sowie unzufriedenen und zufriedenen Demokraten auf der anderen Seite auch statistisch signifikant.

Dem Verhältnis beider Einstellungen kommt man auf die Spur, wenn man die individuellen Veränderungen der Einschätzungen über die Zeit betrachtet. Dafür eignen sich die Unterschiede in der Bewertung der Bundesrepublik von 1990 bis 2005 und die Veränderungen des Unterschieds zwischen Bundesrepublik und DDR über die Zeit. Die Mittelwerte dieser Skalen für die vier Gruppen der Demokratiebewertung sind in Abbildung 33 abgetragen.

Abb. 33: *Entwicklung der Bewertungen von Bundesrepublik und DDR – nach Demokratiebewertung (in Prozent)*



Anmerkung: Alle drei Skalen reichen von -10 bis +10

Lesehilfe: Die Bewertung der Bundesrepublik durch die Nicht-Demokraten hat sich zwischen 1990 und 2005 erkennbar (um 1,3 Skalenpunkte) verschlechtert und damit zu einem negativen Saldo der Bewertungen von Bundesrepublik und DDR 2005 (-0,2) beigetragen

Bei den zufriedenen Demokraten hat die Bundesrepublik sowohl 1990 als auch 2005 einen deutlichen Vorsprung vor der DDR, der sogar noch leicht ausgebaut werden konnte. Bei den unzufriedenen Demokraten schneidet die Bundesrepublik ebenfalls 1990 und 2005 besser ab als die DDR, der Unterschied ist aber geringer als bei den zufriedenen Demokraten und wird von 1990 zu 2005 kleiner. Diese „Verschlechterung“ findet sich auch bei Nichtdemokraten, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. Das hat zur Folge, dass die Nichtdemokraten

heute der DDR im Durchschnitt bessere Noten geben als der Bundesrepublik. Die Antidemokraten haben das bereits 1990 getan und tun es weiterhin, sogar noch leicht verstärkt.

Die Differenz in der Bewertung der Bundesrepublik könnte man als zusammengefasstes Maß für die Beurteilung der deutschen Einheit interpretieren: Bei den Nichtdemokraten ist die Enttäuschung über die Gestaltung der Einheit daran klar ablesbar. Zufriedene Demokraten sind nicht enttäuscht, unzufriedene nur leicht. Ebenfalls nur leichte Enttäuschung zeigen die Antidemokraten. Offenbar haben sie gar keine Hoffnung in die deutsche Einheit gelegt, sie sind die eigentlichen Einheitsgegner und waren es auch schon immer. Viele der Nichtdemokraten hingegen sind von der Einheit enttäuscht; möglicherweise ist das der Grund, warum sie heute Nichtdemokraten sind.

VI. Fazit

Wer die alles andere als einfachen und keineswegs immer widerspruchsfreien politischen Einstellungen der Thüringer, so wie sie sich im Jahre 2005 präsentieren, in ein Bild kleiden will, dem drängt sich die seit Platon bekannte Metapher des Staatsschiffs förmlich auf. Die Thüringer haben sich dem deutschen Einheitsschiff ohne Wenn und Aber anvertraut und sie stehen zu dieser Entscheidung. Sie vertrauen der demokratischen Bauweise des Schiffes und lehnen Alternativen sozialistischer Ingenieure ab. Mit der Verpflegung an Bord sind sie zufrieden, wenngleich sie ihre Verteilung unter den Passagieren nicht gerade für gerecht halten. Als wirkliche Schicksalsgemeinschaft vor allem mit den westdeutschen Passagieren sehen sie sich nur bedingt: Beim gemeinsamen Singen ziehen sie den Thüringen-Chor vor, und beim Sport werden westdeutsche Fouls mit vernehmbaren und anhaltenden Pfeifkonzerten quittiert. Der Kurs und die Geschwindigkeit des Schiffes, auch der Zeitpunkt, zu dem das Reiseziel erreicht werden kann, erscheint ihnen zunehmend fraglich – und dies verunsichert sie gewaltig. Nur ganz wenige wollen zurück zum Ausgangshafen, aber deutlich mehr Thüringer Passagiere versuchen, die heraufziehende Seekrankheit durch ein positives Bild des verlassenen Gestades zu beschwichtigen: Man hatte Land unter den Füßen und war sich seiner Daseinswege sicher. Der Besatzung fühlt man sich, je nach Seegang mal mehr, mal weniger, aber doch eher ausgeliefert, als dass man ihr wirklich vertraut, und in der äußersten rechten Ecke des Achterdecks sollen in kleinen Zirkeln zwar, aber gleichwohl Meutergedanken die Runde machen.

Die Ähnlichkeit mit dem von Platon in seiner Schrift „Der Staat“ überlieferten, berühmten Steuermannsgleichnis gezeichneten Bild frappiert durchaus, aber Geschichte wiederholt sich nicht. Deshalb ist zunächst das oben in groben Strichen gezeichnete Bild in einer Zusammenfassung der empirischen Befunde zu den Einstellungen zur deutschen Einheit und zur Demokratie aufzuschlüsseln, ehe auf den Zusammenhang beider Einstellungssyndrome einzugehen ist und einige Schlussfolgerungen versucht werden.

Die Thüringer unterstützen die Wiedervereinigung mit großer Mehrheit, haben aber mit der Gestaltung der deutschen Einheit Probleme. 82 Prozent ziehen die Vereinigung beider deutscher Staaten einem Weiterbestehen der DDR vor, wollen also das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Bei der heutigen Bewertung des vereinten Deutschlands überwiegen die positiven Beurteilungen deutlich. Weniger als ein Drittel wollen zur sozialistischen Ordnung zurückkehren oder halten den Sozialismus für eine überlegene Staatsidee. Auch im Rückblick empfinden 71 Prozent die Beendigung des SED-Regimes als Befreiung. Und die meisten Bürger sehen mehr Vorteile als Nachteile in der Vereinigung. Bei den Jugendlichen ist die positive Bewertung der Einheit in nahezu allen Hinsichten noch stärker ausgeprägt.

In einem zunächst schwer begreiflichen Kontrast dazu steht freilich der Befund, dass im Rückblick nach 15 Jahren die DDR im Einzelnen überraschend gut bewertet wird. Mehrheitlich positiv eingeschätzt werden das Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung, die Entwicklungschancen von Kindern, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die soziale Sicherheit. So verwundert es nicht, dass das bereits im Vorjahr festgestellte Ergebnis bestätigt wird, nach dem 55 Prozent der Befragten an der DDR mehr gute als schlechte Seiten sehen wollen. Gar 60 Prozent der Befragten waren trotz der deutlichen Ablehnung des Sozialismus als überlegene Staatsidee mit dem Sozialismus, so wie er in der DDR praktiziert wurde, durchaus zufrieden. Und die mit der Vereinigung verbundenen Hoffnungen sind zwar bei

einer Mehrheit der Befragten mehr oder weniger erfüllt, aber die skeptischen Stimmen erreichen doch immerhin mehr als 40 Prozent. Weniger überraschend hingegen fällt der Vergleich zur Bewertung der Bundesrepublik aus: Sie wird von den Thüringern insgesamt besser beurteilt als die DDR; vor allem unter den Einheitsbefürwortern ist ihr Ansehen groß. Zu ergänzen ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich eine leichte Mehrheit der Befragten von Westdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt fühlt.

Hier mag es aufschlussreich erscheinen, sich die Bewertung der Einheit im Zeitverlauf, vor allem aber die Gruppe der Einheitsskeptiker näher anzuschauen. Zwar wird die deutsche Einheit von der Mehrheit der Thüringer positiv bewertet, jedoch hat sich die Bilanz in diesem Jahr verschlechtert und der Anteil der Kritiker ist gestiegen. Wer sind diese Kritiker? Frauen, Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss, die mittleren Jahrgänge und finanziell Schwache haben die größten Probleme mit der Wiedervereinigung und beurteilen sie am kritischsten. Darüber hinaus wird die Wiedervereinigung von denen besonders skeptisch betrachtet, die zugleich die allgemeine wirtschaftliche Lage schlecht beurteilen. Wird die Gesellschaft und vor allem der eigene Anteil als ungerecht empfunden, so verschlechtert sich die Einstellung zur Vereinigung weiter, wobei soziale Desorientierung und die Neigung zu autoritären Einstellungen diese Tendenz noch verstärken.

Die damit angesprochenen Gruppen unter den Befragten verfügen insgesamt über die wenigsten Ressourcen, um die Verwerfungen des Transformationsprozesses zu bewältigen und scheinen der stärker gefragten Eigenverantwortung in der Gesellschaft am wenigsten gewachsen. Dem entspricht auch ein Befund, der in dieser Weise 2005 erstmals sichtbar wurde: die Verbreitung so genannter Anomie-Empfindungen: Bei fast 80 Prozent der Thüringerinnen und Thüringern fand die Aussage „Heute ändert sich alles so schnell, dass man nicht weiß, woran man sich halten soll.“ Zustimmung. Hier wird ein Orientierungsverlust manifest, der weit über die Politik hinaus in allen gesellschaftlichen Institutionen als Herausforderung ernst genommen werden muss und dem begegnet werden sollte.

Die Thüringerinnen und Thüringer sind stolz auf ihr Land, halten die Demokratie als Staatsform hoch und legen ein überdurchschnittliches politisches Interesse an den Tag. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung der Demokratie überwiegen jedoch Skepsis und Unsicherheit. Im Einzelnen: Die Thüringer Bevölkerung ist sehr selbstbewusst und stolz auf das, was seit der Wende erreicht wurde. Der Stolz auf Thüringen steigt wie in den Vorjahren weiter leicht an, den Vergleich mit ost- oder westdeutschen Ländern scheut man nicht. Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird besser, die eigene finanzielle Situation allerdings schlechter eingeschätzt als im Vorjahr.

Die Thüringer haben nicht nur ein überdurchschnittliches politisches Interesse, sie halten sich auch für politisch durchaus kompetent. Bei hohem politischen Interesse traut man sich politischen Einfluss eher zu und denkt auch eher, dass solcher Einfluss im gegenwärtigen politischen System möglich ist. Analog dazu ist die Bereitschaft zur politischen Beteiligung hoch, wobei allerdings eine Neigung zu unkonventionellen und kurzfristigen politischen Aktivitäten, erneut aber nicht die Mitwirkung in politischen Parteien im Vordergrund steht. Illegale Partizipationsformen werden nur von einer kleinen Minderheit in Betracht gezogen.

Stabil steht bei vier von fünf Thüringern die Demokratie als Staatsidee hoch im Kurs. Demokratische Werte und die demokratische Verfassungsordnung werden hoch bewertet. Gleichwohl: Es gibt ein Potenzial von ca. einem Fünftel an Nichtdemokraten, und es gibt mehr unzufriedene als zufriedene Demokraten in Thüringen. Wie bei der Bewertung der Einheit, so fällt auch bei der Bewertung der Demokratie das Urteil über die faktische Verwirklichung drastisch schlechter aus. Mehr oder minder stabil ist die besorgniserregende Häufigkeit

rechtsextremer und besonders ausländerfeindlicher Einstellungen; letztere haben 2005 Zustimmungswerte von bis zu 60 Prozent erhalten. Auch hier hat sich die Anomie, also die Orientierungslosigkeit angesichts der als allzu rasch empfundenen Veränderung der Verhältnisse, als begünstigender Faktor erwiesen.

Politisch kann davon ausgegangen werden, dass die Erwartungen der Thüringer an die deutsche Einheit und an das demokratische System ausgesprochen hoch sind. Insoweit findet sich das Fazit des Jahres 2004 im Grunde genommen bestätigt. Dies gilt auch für die Erwartungsenttäuschungen. Insgesamt lassen sich vier Faktoren ausmachen, welche die immer wieder auffallende Diskrepanz zwischen positiver Bewertung der Einheit und deutlicher Skepsis gegenüber ihrer konkreten Umsetzung, zwischen der positiven Bewertung des demokratischen Verfassungsstaates, aber dem kritischen Urteil über die demokratische Performanz plausibel machen: Dies sind die retrospektive Verklärung der DDR, die Wahrnehmung der gegenwärtigen Gesellschaft als ungerecht, politische Unzufriedenheit und schließlich die hier als Anomie bezeichnete Orientierungslosigkeit. Alle vier Faktoren jedoch sind keine schicksalhaften Fügungen, sondern grundsätzlich beeinflussbar. Politische Bildung, auf die bereits in früheren Studien des THÜRINGEN-MONITORS Bezug genommen worden ist, erscheint hierbei als ebenso bedeutsam wie die Entwicklung einer demokratisch orientierten Erinnerungskultur.

Literatur

Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Der Wert der Freiheit. Ergebnisse einer Grundlagenstudie zum Freiheitsverständnis der Deutschen.

Dennis, Mike (1998): The East German Family. Change and Continuity, in: German Politics 7, S. 83-101.

Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2004): Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt a.M. etc.

Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) (2000): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen.

Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud / Weßels, Bernhard (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51, S. 3-12.

Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (1997): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen.

Gabriel, Oscar W. (2002): Ein demokratischer Konsens in Ost und West? Demokratie und Extremismus im Spiegel von Umfragen, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz, Opladen, S. 70-104.

Geißler, Rainer (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden.

Giesen, Bernd / Leggewie, Claus (Hrsg.) (1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin.

Habermas, Jürgen (1990): Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?, in: ders.: Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII, Frankfurt a.M., S. 179-204.

Hirschman, Albert O. (1992): Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte, in: Leviathan, S. 330-358.

Kaase, Max (2002): Zur Entwicklung der Lebensverhältnisse und der Politischen Kultur im vereinigten Deutschland 1990-2000, in: Peter März (Hrsg.): Die zweite gesamtdeutsche Demokratie, München, S. 273-301.

Kaase, Max / Lepsius, M. Rainer (2001): Transformationsforschung, in: Hans Bertram / Raj Kollmorgen (Hrsg.): Die Transformation der DDR, Opladen, S. 343-364.

Kollmorgen, Raj (2003): Transformationstheorien. Postsozialistische Karriere und Kritik, Münster.

Kollmorgen, Raj (2003a): Postsozialistische Gesellschaftstransformationen in Osteuropa. Prozesse, Probleme und Perspektiven ihrer Erforschung, in: ders. / Heiko Schrader (Hrsg.): Postsozialistische Transformationen: Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Würzburg, S. 19-60.

- Lehmbruch, Gerhard (2002): Einheit als Improvisation. Rationalitätsdefizite des Vereinigungsprozesses, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz, Opladen, S. 35-53.
- Merkel, Wolfgang (1994): Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, in: ders. (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen, S. 303-332.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation, Opladen.
- Niedermayer, Oskar (2001): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar (2005): Parteimitgliedschaften im Jahr 2004, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 36, S. 382-389.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (2002), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998 – 2002, Band 11, München.
- Opp, Karl-Dieter (1991): DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, S. 302-321.
- Pickel, Susanne / Pickel, Gert / Walz, Dieter (1998) (Hrsg.): Politische Einheit – Kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt a.M.
- Reißig, Rolf (1998): Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift 39, S. 301-328.
- Rommelspacher, Birgit (2000): Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Winfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, S. 199-219.
- Statistisches Bundesamt (2004a): Statistisches Jahrbuch 2004.
- Statistisches Bundesamt (2004b): Datenreport 2004.
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen.
- Wehling, Hans-Georg (Hrsg.) (1985): Regionale Politische Kultur, Stuttgart.
- Weins, Cornelia (2004): Fremdenfeindliche Vorurteile in den Staaten der EU, Wiesbaden 2004.
- Neureiter, Marcus (1996): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze, Marburg.
- Wiesenthal, Helmut (Hrsg.) (1996): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt a.M. / New York.
- Wiesenthal, Helmut (2001): Systemwechsel als sozialwissenschaftlicher Großversuch: Zum Erkenntniswert der Transformationsforschung. Festrede zur Eröffnungsveranstaltung des Sonderforschungsbereichs 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ am 12. November 2001 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: SFB 580 Mitteilungen, Heft 1, S. 15-24.

Zapf, Wolfgang (1991): Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, in: Bernd Giesen / Claus Leggewie (Hrsg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin, S. 38-51.

Zapf, Wolfgang (2000): Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?, in: Oskar Niedermayer / Bettina Westle (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, Wiesbaden, S. 160-176.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als Dicke, Klaus u.a. [2001]: Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt).

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.